

vib-akzente

Berufliche Bildung in Bayern



Berufliche Oberschule fest im Bildungssystem verankert.



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

UNSERE THEMEN

DQR-Kompromiss – VLB fordert Nachbesserung 04



VLB-Vorstand bei Abteilung VII im Kultusministerium 08



FOS/BOS weiterentwickeln – Fachtagung in Nürnberg 16

THEMA DES TAGES

- 03 Josef Westenthanner: „Veränderungen im Dialog diskutieren“

BILDUNGSPOLITIK

- 04 Manfred Greubel: DQR-Kompromiss – es besteht erheblicher Nachholbedarf
05 Martin Ruf: VLB 2020 – Zukunftswerkstatt
07 Bernhard Bonz: Inklusive Berufsbildung
09 Günther Schuster: Der VLB im Gespräch mit der Abteilung VII des Kultusministeriums

DIENSTRECHT

- 11 Wolfgang Lambl: Dienstrecht aktuell

FOS / BOS

- 16 Martin Ruf: 7. VLB-Fachtagung FOS/BOS in Nürnberg

WIRTSCHAFTSSCHULE

- 20 Randolf John: Zur Neuausrichtung der bayerischen Wirtschaftsschule
24 R./U. Reemtsma: Erweiterte Einsatzmöglichkeiten der Textverarbeitungslehrkräfte

PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

- 26 S. Fischer/W. Schiffelholz: Ausbildung in der JVA
27 Claudia Wegmann: Studieren vor dem Abitur
27 Horst Völker: Zeit, über Menschenpflichten zu sprechen

AUS DEM VERBANDSLEBEN

- 29 **Landesverband**
30 **Fachgruppen**
34 **Referendare**
36 **Personalien**
39 **Vermischtes**
40 **Bücher/Medien**
42 **Nachrichtliches**
44 **BBB: Kein Streikrecht für Beamte**

akzente-spezial:

Dr. Hermann Fußstetter: Profil21 und die „mittlere Führungsebene“ – anstößig oder Anstoß?



„Veränderungen im Dialog diskutieren“

Wir leben in einer schnelllebigen Zeit. Die Gesellschaft wandelt sich in einer nie dagewesenen Geschwindigkeit. Die Anforderungen, insbesondere die kognitiven Anforderungen an die Menschen wachsen in gleichem Maße und Schule muss darauf reagieren. Das fordert unsere Bildungspolitiker, das fordert die Bildungsverwaltung, das fordert die Schulen und natürlich die Schüler.

Schulstrukturen müssen verändert und angepasst werden und ebenso Lehrpläne. Wichtig ist, dass diese Veränderungen von der Politik nicht übergestülpt werden, sondern in einem breiten Dialog mit allen Betroffenen diskutiert werden und gemeinsam um die beste Lösung gerungen wird. Zwei Beispiele zeigen den Weg in die richtige Richtung.

Schulstrukturen müssen verändert und angepasst werden und ebenso Lehrpläne. Wichtig ist, dass diese Veränderungen von der Politik nicht übergestülpt werden, sondern in einem breiten Dialog mit allen Betroffenen diskutiert werden und gemeinsam um die beste Lösung gerungen wird. Zwei Beispiele zeigen den Weg in die richtige Richtung.

Bereich Wirtschaftsschule – ein wesentliches Etappenziel ist erreicht

Es war ein langer und beschwerlicher Weg bis wir dahin gekommen sind, wo wir jetzt stehen. Die Details der Neuausrichtung der Wirtschaftsschule sind in der vorliegenden Ausgabe ausführlich beschrieben, deshalb will ich darauf auch nicht näher eingehen.

Mir geht es vielmehr um den Weg, den Prozess bis zum heutigen Tag. Er war nicht immer einfach zu gehen, das ist unbestritten und – wenn man sich die Strukturen der bayerischen Wirtschaftsschulen betrachtet – auch vollkommen nachvollziehbar. Staatliche, kommunale, private, ländliche, städtische, eigenständige oder in einem beruflichen Schulzentrum agierende Wirtschaftsschulen haben die unterschiedlichsten Interessen, müssen die verschiedenartigsten Bedürfnisse erfüllen und spüren alle gemeinsam die Auswirkungen der demografischen Entwicklung bis hin zur Existenzangst.

Ich erlaube mir an dieser Stelle kein Urteil über das Ergebnis, das überlasse ich den Fachleuten, erlaube mir aber eine Wertung des Prozesses, des Weges. Seit 2010 gab es ein „Ringeln“ um die Frage, wie gelingt es, die Wirtschaftsschule wettbewerbs- und zukunftsfähig zu halten. Die Demografie mag dafür der Auslöser gewesen sein, tatsächlich ging es aber sehr schnell um Strukturen und Inhalte. Ich kenne im beruflichen Schulwesen keine schulartspezifische Diskussion, die annähernd intensiv und transparent mit allen handelnden Personen geführt worden ist. Bayerisches Kultusministerium, der Lehrstuhl Wilbers, das ISB, der VLB, zahlreiche Wirtschaftsschulen, die Wirtschaft sowie die Elternschaft haben offen, manchmal kontrovers und im Ziel konstruktiv diskutiert. Jeder konnte seine Position einbringen, das war uns insbesondere wichtig. Geben wir der Neukonzeption eine Chance, verfallen wir nicht der „Versuchung des Zerredens“, bevor die Konzeption überhaupt gegriffen hat!

Bereich Fachoberschule/Berufsoberschule – Qualität hat Bestand

Vom 07. bis 09. Februar veranstaltete das Bayerische Kultusministerium in Zusammenarbeit mit der Friederich-Naumann-Stiftung, der Thomas-Dehler-Stiftung, dem ISB und der vbw (Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft) eine Arbeitstagung mit dem Thema „40 Jahre Fachoberschule und Berufsoberschule – Innovation mit Tradition“. Dabei wurde mit Vertretern aus der Wirtschaft, der Politik und der Hochschule ebenso wie mit Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern über die künftige Ausrichtung der beruflichen Oberschule vor dem Hintergrund demographischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen diskutiert.

Themen waren insbesondere die Unterrichtsentwicklung, mögliche Änderungen der Studentafel, eine evtl. Erweiterung der Ausbildungsrichtungen (z. B. Gesundheit und Pflege), die Optimierung der MINT-Fächer, eine Anpassung der fachpraktischen Ausbildung, internationale BWL/VWL, die Optimierung der Übergänge an die Berufliche Oberschule, EDV in Unterricht und Schulverwaltung, die eigenverantwortliche Schule und Schulmarketing.

Es wurde ergebnisoffen diskutiert, Gedanken wurden angestoßen, die Kreativität hatte freien Raum. Diese Themen müssen jetzt weiterdiskutiert werden. Auf der Grundlage einer breiten Diskussion, in die alle an Bildung beteiligten Gruppen eingebunden sind, wird sicherlich eine zukunftsorientierte Ausgestaltung der Fachoberschulen und Berufsoberschulen gefunden.

Für uns, für den VLB, war die nächste Gelegenheit zur Meinungsbildung, unter Einbeziehung aller interessierten Kolleginnen und Kollegen, die FOS/BOS-Fachtagung in Nürnberg.

So stelle ich mir Meinungsbildung im Bildungsbereich vor: Zuerst muss die Frage geklärt werden, welche gesellschaftlichen Veränderungen eingetreten sind, wo wir in Zukunft hin wollen und welche Anforderungen daraus an die junge Menschen erwachsen. Mit dieser Zielvorgabe muss dann unter Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen nach Lösungen im Bildungsbereich gesucht werden.

In diesem Kontext ist klar, dass auch die Arbeit des VLB in die Zukunft gerichtet sein muss. So haben sich Hauptvorstand und Geschäftsführender Vorstand trotz des sicherlich richtigen Spruchs von Karl Valentin „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen“ auf den Weg gemacht und mit der „Zukunftswerkstatt – VLB 2020“ eine breite Diskussion über die Arbeit des VLB für die nächsten Jahre angestoßen. Über das Ergebnis dieser Auftaktveranstaltung erfahren Sie mehr im Innenteil dieser Ausgabe. Ich rufe Sie jedoch auf, liebe Leserinnen und Leser, und bitte Sie auch darum: Beteiligen Sie sich an der Diskussion über die künftigen Schwerpunkte der Arbeitsfelder ihres Verbandes, bringen Sie Ihre Meinung ein und stärken Sie damit unsere gemeinsame Arbeit.

Herzlichst Ihr
Josef Westenthanner,
stellv. VLB-Landesvorsitzender

DQR – Kompromiss:

Es besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf

MANFRED GREUBEL

Was wurde beschlossen?

Nach sehr zähem Ringen haben Bundesregierung, Kultusministerkonferenz, Wirtschaftsministerkonferenz der Länder, Sozialpartner und Wirtschaftsverbände einen Kompromiss zur Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) sowie dem weiteren Vorgehen gefunden. Dieser hat folgenden Inhalt:

1. Für die berufliche Erstausbildung wird eine Zuordnung zunächst auf Niveau 3 (2-jährige Ausbildungen) und auf Niveau 4 (3- und 3 ½ jährige Ausbildungen) vorgenommen.
2. Von einer Zuordnung allgemeinbildender Schulabschlüsse zum DQR wird vorerst abgesehen. Da die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen im europäischen und internationalen Rahmen durch völkerrechtliche Staatsverträge geregelt ist, entstehen damit für Schülerinnen und Schüler keinerlei Benachteiligungen.
3. Nach einem Zeitraum von fünf Jahren werden auf der Grundlage kompetenzorientierter Ausbildungsordnungen der beruflichen Erstausbildung und kompetenzorientierter Bildungsstandards für die allgemeinbildenden Schulabschlüsse unter Maßgabe der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung alle Zuordnungen erneut beraten und gemeinsam entschieden. Dabei soll die weitere Entwicklung auf der europäischen Ebene mit berücksichtigt und auch eine Höherstufung geprüft werden.
4. Um den weiteren Arbeitsprozess des DQR mit dem Ziel einer zeitnahen Referenzierung an den EQR sicherzustellen, wird der Arbeitskreis DQR gebeten, die noch ausstehenden Zuordnungen vorzunehmen.

Konsens bestand bereits vor Beginn der Verhandlungen bei der Zuordnung der an Fachschulen und Fachakademien erworbenen Abschlüsse zur Niveau-

stufe 6. Damit wird die Verbandsforderung nach Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung erfüllt. Diese Gleichstellung kann zum einen als ein Erfolg für die langjährige und die sehr intensive Verbandsarbeit und zum anderen als eine Wertschätzung für das deutsche Berufsbildungssystem gewertet werden. Weiterhin erfolgt dadurch eine wichtige Weichenstellung für die vertikale Durchlässigkeit von den beruflichen Schulen hin zu den Hochschulen und Universitäten.

Insgesamt muss der gefundene Kompromiss jedoch als unzureichend betrachtet werden, da es durch den Ausschluss der Zuordnung der allgemeinen Schulabschlüsse zum DQR nicht gelungen ist, insbesondere die Gleichwertigkeit zwischen Allgemeiner Hochschulreife und der beruflichen Erstausbildung herzustellen. Welcher weitere Handlungsbedarf ergibt sich daraus?

Was ist noch zu regeln?

Wie der Vereinbarung zu entnehmen ist, sollen in den nächsten fünf Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung im DQR zu dokumentieren. Mit der anzustrebenden höchstmöglichen Einstufung sind die Chancen der deutschen Jugendlichen im europäischen Wettbewerb zu sichern. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Ausbildungsordnungen und Lehrpläne kompetenzorientiert abgefasst werden und bei den Formulierungen auf eine niveaugerechte Formulierung geachtet wird. Der VLB wird sich dieser Aufgabe intensiv annehmen.

Zuständig für die Zuordnung der Bildungsabschlüsse soll zukünftig eine Koordinierungsstelle sein, die mit unabhängigen Experten besetzt wird. Diese ist umgehend einzurichten, damit frühzeitig politisch die notwendigen Weichen auf nationaler und europäischer Ebene gestellt werden können. Hilfreich wäre es jedoch gewesen, wenn dieser Prozess bereits zu einem früheren Zeitpunkt an-

gestoßen worden wäre, vielleicht hätten die bildungspolitisch maßgeblichen Akteure mehr Vertrauen zueinander gewonnen und es wäre ihnen möglich gewesen, sich auch in den noch offenen Punkten zu einigen.

Im dualen System sind es hauptsächlich zwei Lernorte, welche an der Vermittlung der Kompetenzen beteiligt sind. An jedem werden jedoch andere Schwerpunkte gesetzt. Folgerichtig werden deshalb auch zwei Zeugnisse ausgestellt. Es ergeben sich daraus mehrere Fragen, die zu klären sind:

1. Wer bescheinigt die Zuweisung zu einer bestimmten Niveaustufe. Dies müsste systemgemäß sowohl die Berufsschule als auch die Kammer auf dem jeweiligen Zeugnis vornehmen.
2. Setzt die Bescheinigung sowohl den erfolgreichen Abschluss der Berufsschule als auch der Kammerprüfung voraus? Für alle, die beide Lernorte besucht haben, ist die Frage mit ja zu beantworten. Probleme ergeben sich jedoch, dann, wenn die Berufsschule nicht besucht wurde. Genügt dann das Bestehen der Kammerprüfung? Sind damit alle für die Zuweisung relevanten Kompetenzen vermittelt worden oder wurden diese bereits durch vorgeschaltete Lernorte vermittelt? Hier besteht dringender Klärungsbedarf.

Eine besondere Problematik ergibt sich hinsichtlich der Zuweisung einer Niveaustufe bei der Vielzahl von Berufsfachschulen. Denn hier ist wegen des noch fehlenden klaren Bezugs zwischen Qualifikation und Kompetenzniveau eine Aussage schwierig. Dieser Mangel ist rasch zu beheben, damit den Absolventen dieser Schulen keine Nachteile entstehen und damit auch eine Wertschätzung der hoch qualifizierten Arbeit der Lehrkräfte an diesen Schulen erfolgt.

Handlungsbedarf besteht nicht nur bei der Frage der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, sondern auch bei einem Vergleich der Wertigkeit von beruflichen Fort- und Weiterbil-

dungsabschlüssen, die einerseits von beruflichen Schulen und andererseits von den Kammern oder sonstigen Bildungsträgern vergeben werden. Als Beispiel sei hier der von den Fachakademien für Wirtschaft vergebene Abschluss „Staatlich geprüfter Betriebswirt“ und der von den IHK's vergebene Abschluss „Geprüfter Betriebswirt“ angeführt. Die Industrie- und Handelskammer würde ihren Abschluss gerne auf der Stufe 7 einstufen. Für dieses Ansinnen gibt es bei einem Vergleich der vermittelten Kompetenzen keine Rechtfertigung und muss deshalb unmissverständlich zurückgewiesen werden. Hier ist höchste Vorsicht geboten,

damit die beruflichen Schulen nicht das Nachsehen haben.

Fazit

Obwohl der vereinbarte Kompromiss nicht den Vorstellungen des VLB entspricht, ist es als positiv zu werten, dass sich alle am Kompromiss Beteiligten darin einig sind, dass sich die berufliche und die allgemeine Bildung durch eine hohe Qualität und Gleichwertigkeit auszeichnen. Dies ist noch durch die Zuordnung auf ein und dieselbe Niveaustufe im DQR zu dokumentieren. Der VLB fordert von den beteiligten Akteuren weiterhin den intensiven und nachhaltigen Ein-

satz für eine im europäischen Raum angemessene Bewertung deutscher Qualifikationen. Dies muss sich eindeutig in der Zuordnung zum gemeinsamen europäischen Referenzrahmen (EQR) niederschlagen. Es darf auf europäischer Ebene nicht geschehen, dass es zu einer höheren Bewertung nur dadurch kommt, weil bestimmte Abschlüsse an Hochschulen erworben werden. Siehe hierzu das allseits beliebte Beispiel des englischen „Bachelor of Hairdressing“. Es ist alles zu unternehmen, um den Stellenwert der qualitativ hochwertigen beruflichen Bildung im europäischen Vergleich deutlich sichtbar werden zu lassen. ■

VLB 2020 – Zukunftswerkstatt:

VLB 2020 oder welche Zukunftsvisionen hat der VLB?

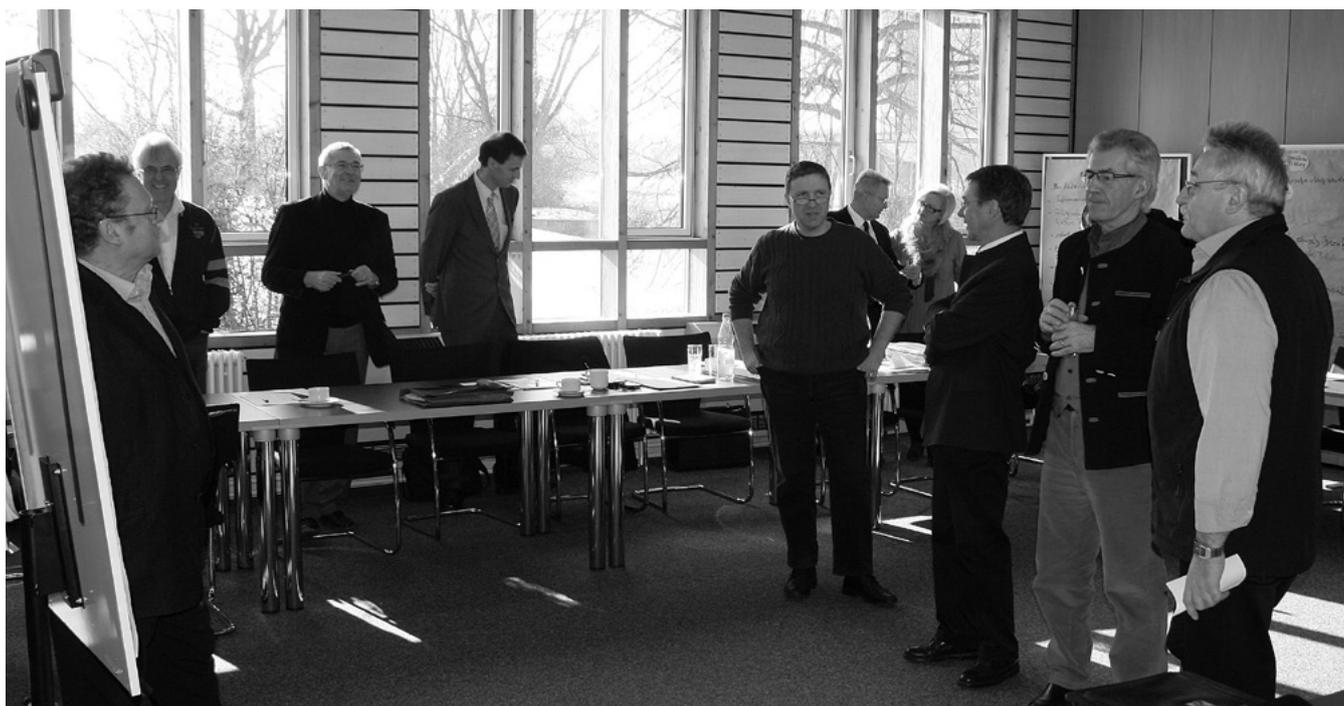
MARTIN RUF

Für einen Berufsverband wie dem VLB, dessen Mitglieder nachhaltig an der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft beteiligt sind, ist es nur selbstverständlich, dass er sich in Abständen damit beschäf-

tigt, wie er bei dieser Zukunftsbewältigung gestaltend mitwirken kann.

Wie gestaltet der VLB künftig in der Bildungslandschaft in Bayern mit? Was will der VLB bis zum Jahre 2020 erreichen bzw. erreicht haben? Was lehren uns die Erfahrungen der zurückliegenden

Zeit? Was lag also näher, sich mit diesen und weiteren Fragen zukunftsweisend zu beschäftigen. In der Einladung zu dieser Klausurtagung hatte VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich zu Recht formuliert: Ziel dieser „VLB 2020 – Zukunftswerkstatt“ sollte sein, wegweisend



Moderator Theo Lausch (links) sowie die VLB'ler beim Weg in die verbandspolitische Zukunft.

die künftigen Schwerpunkte der VLB-Arbeit zu definieren und neue Betätigungsfelder aufzuzeigen.

Den Startschuss in Zukunft des VLB hat die Anfang Februar in Nürnberg stattgefundene Zukunftswerkstatt gegeben, zu der sich Geschäftsführende Vorstand sowie die Mitglieder des Hauptvorstandes trafen. Mit unserem Mitglied Theo Lausch hatten die VLB-Verantwortlichen einen erprobten und erfahrenen Moderator für den Tag gewonnen. Das große Methodenrepertoire von Lausch und die Bereitschaft der VLB-Verantwortlichen sich darauf einzulassen, machte es möglich, dass am Ende der Klausur Handlungsfelder für die Zukunft festgelegt werden konnten.

Nach intensiver Diskussion und Workshoparbeit kristallisierten sich letztendlich sieben Handlungsbereiche heraus, denen sich der VLB in Zukunft widmen sollte: (die Reihung erfolgt nach Gewichtung)

1. Verbandsarbeit – Intern
2. Lobbyarbeit
3. Lehrerstatus
4. Unterrichtsqualität
5. Struktur des Bildungswesens
6. Bildungsinhalte
7. Internationalisierung

Diese Bereiche sind eine erste Momentaufnahme, die aber deutlich zeigen, dass dem VLB sehr wohl bewusst ist, in welche Richtung er künftig agieren muss.

Der Prozess in die Zukunft des VLB ist angestoßen. In der nächsten Zeit ist es nun Aufgabe des Geschäftsführenden Vorstandes, den Zug „VLB 2020“ energiegeladen in Bewegung zu setzen. Wichtig dabei wird sein, dass alle Funktionsebenen aber auch alle Mitglieder des VLB in den Prozess miteinbezogen werden – sicherlich eine Herausforderung.

In einer äußerst konstruktiven Arbeitatmosphäre gelang es Theo Lausch, den VLB auf den Weg in die Zukunft zu bringen.

Der Startschuss ist gegeben – aber: Nur wer sich Herausforderungen stellt, sie anpackt und sich auf den Weg macht, wird sein Ziel erreichen. ■

Impressionen von der Klausurtagung



Inklusive Berufsbildung:

Inklusion in beruflichen Schulen

BERNHARD BONZ

Das Recht auf inklusive Bildung

In Konsequenz zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) – in Deutschland seit dem 26. März 2009 verbindlich – wird das Recht auf Bildung zu einem Recht auf inklusive Bildung fortentwickelt. Dementsprechend muss in Deutschland schrittweise ein inklusives Bildungssystem aufgebaut und unterhalten werden. Dieses schließt den Zugang zu Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen ausdrücklich ein (UN-BRK Art. 24).

Für die Berufsbildung und für die beruflichen Schulen im Besonderen bedeutet Inklusion, dass konkret solche Rahmenbedingungen für das Lernen geschaffen werden müssen, die auch Menschen mit Behinderungen von vornherein gerecht werden. Man beachte: Inklusion geht über Integration hinaus: Wir müssen nicht nur – wie bisher bereits erfolgreich praktiziert – Menschen mit Behinderung durch besondere Bildungsgänge und spezielle Maßnahmen gezielt fördern, wie dies z.B. in Sonderberufsschulen oder Werkstätten für behinderte Menschen der Fall ist, wir müssen die bestehenden Strukturen so weiterentwickeln, dass in allen beruflichen Schulen auch Menschen mit Behinderungen lernen können.

Barrierefreier Zugang und barrierefreies Lernen

Am (einfachen) Beispiel des barrierefreien Zugangs wird es deutlich: In jeder beruflichen Schule darf es keine Barrieren geben für Menschen mit Behinderungen. Beispielsweise sollte über eine Rampe der Zugang zur Schule für alle Schüler, auch für Rollstuhlfahrer, möglich sein. Die Beschriftung im Aufzug erfolgt auch in Blindenschrift – und niemand, der gut sieht, wird dadurch beeinträchtigt. So können Gebäude und andere räumlichen Rahmenbedingungen für

das Lernen universell gestaltet sein, d.h. so, dass der Zugang allen, auch behinderten Menschen offen steht.

Die Möglichkeiten des barrierefreien Zugangs sind heute weit entwickelt und erstrecken sich bis hin zu „barrierefreiem Internet und barrierefreiem Zugang zur mobilen Kommunikation“ (Bühler 2011, S. 51) und zum Universal Design, einem „Gestaltungsansatz für Produkte und Umgebungen, die von allen Menschen gleichermaßen ... genutzt werden können“ (Fisseler/Schaten 2011, S. 208). Ziel ist „nicht ... Speziallösungen für Menschen mit Behinderung zu finden, sondern ... ein integrativer Ansatz, der die Bedarfe möglichst vieler Menschen berücksichtigt“ (Ebenda S. 214). Doch die Umsetzung in der Praxis und für die Praxis der inklusiven Berufsbildung ist noch nicht vollzogen.

Analog zu der Bautechnik kann die Problematik des Lernens und Lehrens gesehen werden: Die bautechnische Frage ist nicht mehr, wie zweckmäßig – funktionsgerecht, preiswert, dauerhaft, schön – gebaut wird für durchschnittliche Menschen, sondern wie zu bauen ist, damit alle, auch behinderte Menschen, zurecht kommen. Die Frage in der Berufsbildung ist nicht mehr, wie effizient der Unterricht für homogene Gruppen von Lernenden gestaltet wird, sondern wie er zu gestalten ist, damit allen, auch Schülerinnen und Schülern mit Behinderung, das Lernen ermöglicht wird.

Paradigmenwechsel – Inklusion statt Separation

Mit der inklusiven Bildung ändert sich die grundsätzliche didaktische Auffassung, die unseren Bildungssystemen zugrunde liegt. Traditionell geht man davon aus, dass effizienter Unterricht homogene Lerngruppen voraussetzt und dass deshalb Lernende in Gruppen mit möglichst gleichen Lernvoraussetzungen eingeteilt werden müssen. Für behinderte Menschen sind folgerichtig Sonderschulen und Subsysteme der Rehabilita-

tion und Benachteiligtenförderung entstanden – eine Separierung, um je nach Lernbeeinträchtigung eine gezielte Förderung zu erreichen. Die Folge war in Deutschland „ein Trend zu Segmentierung und Verästelung der Berufsbildung“ (Biermann/Bonz 2011, S.225).

Die Inklusion hingegen verzichtet auf diese Separierung von behinderten Menschen. Weil die verschiedenen Lernenden dann unterschiedliche Lernvoraussetzungen mitbringen, entstehen heterogene Lerngruppen. Diesen Wandel im Bildungswesen von der Separation, um homogene Lerngruppen zu erhalten, zur Inklusion – mit Heterogenität als Kennzeichen von Lerngruppen – kann man als Paradigmenwechsel auffassen, der die grundsätzliche Einstellung zum Unterricht in beruflichen Schulen betrifft.

Unterricht mit heterogenen Lerngruppen

Manche Barrieren im Unterricht sind relativ einfach abzubauen oder zu vermeiden: Sitzen beispielsweise im Frontalunterricht auch schwerhörige Schüler, die buchstäblich den Lehrpersonen von den Lippen ablesen müssen, so darf man sich nicht von den Schülerinnen und Schülern abwenden, während man spricht, sonst entsteht eine Barriere bei der Kommunikation. Wenn sich aber die Sinneseinschränkung auf das Tempo der Aufnahme- und Auffassungsfähigkeit auswirkt, so bleiben nur die Möglichkeiten individueller Zuwendung und Anregung. Die altbewährten Methoden, die auf einen Gleichschritt des Lernens im Klassenverband ausgerichtet waren, kommen nicht mehr in Frage, wenn die Gruppe der Lernenden heterogen ist.

Dieser didaktisch-methodischen Herausforderung durch Heterogenität begegnet man mit Binnendifferenzierung. Im Unterricht mit heterogenen Lerngruppen muss das Lern-Arrangement Raum lassen für individuell unterschiedliches Lernen sowie für individuelle Anregungen durch andere Lernende und durch Lehrpersonen. Die Lernprozesse verlaufen individuell und können auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit erfolgen. Praktikabel sind deshalb vor allem

Methoden, die selbstgesteuertes Lernen anregen (vgl. Bonz 2009, S. 81ff.). Beispiele: Im Gruppenunterricht kann die Lehrperson individuelle und gezielte Hilfestellungen geben; bei der Leittextmethode sind die Lernunterlagen individuell zugänglich und können auch Sinneseinschränkungen berücksichtigen (vgl. Riedl 2011, S. 241ff.) und das Fachgespräch schließt wiederum individuelle und gezielte Hilfestellung ein (ebenda S. 204ff.).

Es reicht aber nicht aus, wenn die Lehrenden in beruflichen Schulen die adäquaten Methoden für Unterricht mit heterogenen Klassen aus ihrem Methodenrepertoire auswählen und praktizieren. Sie müssen über ihre allgemeine didaktisch-methodische Kompetenz hinaus in der Lage sein, den sonderpädagogischen Förderbedarf einzelner Schülerinnen und Schüler zu diagnostizieren, ehe sie entsprechende individuelle Hilfe oder Unterstützung zum Einsatz bringen. Wenn sie die diesbezügliche Kompetenzen nicht selbst in ausreichendem Maß besitzen, müssen Unterstützungssysteme hinzugezogen werden.

Unterstützung des Lehrpersonals

Zu Unterstützung des Lehrpersonals müssen folgende Kompetenzen an den beruflichen Schulen verfügbar sein (BLV-Magazin 5/2011, S.7-8):

- > Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen,
- > Schulpsychologen und Schulpsychologinnen,
- > Reha- und Sonderpädagogen und -pädagoginnen,
- > Therapeuten und medizinische Fachkräfte.

Ohne solche Unterstützungssysteme kann man behinderten Schülerinnen und Schülern nicht gerecht werden. Auch Helfer und Begleitpersonen müssen je nach Bedarf mitwirken.

Keine Frage: Der zusätzliche Zeitaufwand der Lehrpersonen, den sie für die individuelle Unterstützung und Förderung von Lernenden erbringen, ist beträchtlich. Die zusätzlichen Fachkräfte gibt es bisher nur an Förderschulen oder im Umkreis solcher Institutionen. „Wie viel Arbeit, Probleme, Organisati-

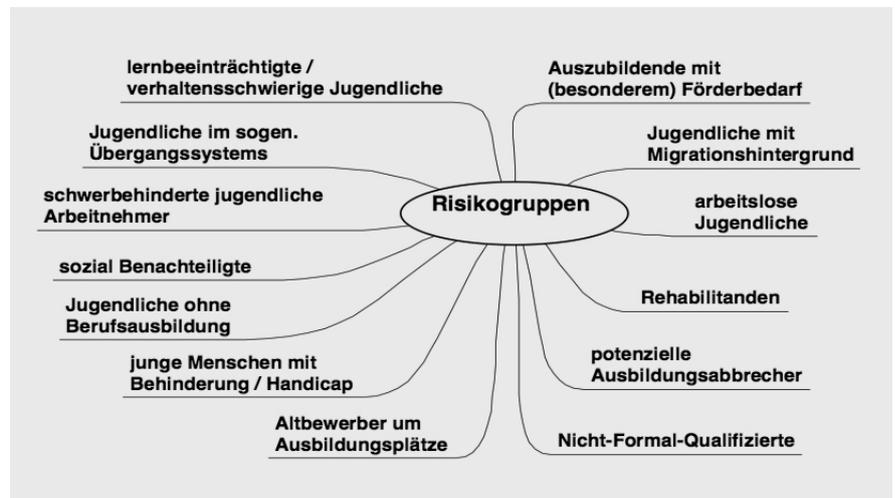


Abb. 1: Risikogruppen in der Phase der vorberuflichen und beruflichen Bildung (Biermann/Bonz 2011, S. 8)

on und mögliche Kosten durch eine inklusive Beschulung an den beruflichen Schulen entstehen können“, zeigt Margarete Schaefer, die Vorsitzende des BLV (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg), an Beispielen verschiedener Behinderungen/Probleme aus ihrer Schule auf; sie erstrecken sich von blinden oder hörgeschädigten Schülern bis hin zu Epileptikern und Autisten (BLV-Magazin 5/2011, S.7-8).

Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen

Selbst dann, wenn man davon ausgeht, dass Lehrende an beruflichen Schulen aufgrund ihrer Ausbildung die allgemeine und professionelle didaktisch-methodische Kompetenz besitzen und sich ein umfassendes Methodenrepertoire erworben haben, liegen in der Regel die speziellen sonderpädagogischen Kompetenzen und diagnostischen Fähigkeiten nicht vor. In den Studiengängen für ein Lehramt an beruflichen Schulen ist Sonderpädagogik bisher nur in Ansätzen oder als Wahlfach enthalten. Die Seiteneinsteiger entstammen nur in sehr seltenen Fällen sozial- oder sonderpädagogischen Studiengängen (vgl. Bonz 2011).

Insofern kommt der Weiterbildung große Bedeutung zu. Sie sollte sich in erster Linie auf die sonderpädagogischen Anforderungen an Lehrpersonen in be-

ruflichen Schulen konzentrieren. Dies schließt ein die diagnostische Kompetenz bezogen auf Behinderungen und Krankheiten sowie das aufgrund des Paradigmenwechsels weiterentwickelte Rollenverständnis als Lehrkraft heterogener Klassen. Gegebenenfalls ist eine Aktivierung oder Erweiterung des Methodenrepertoires bezüglich der Heterogenität von Lerngruppen zu empfehlen.

Im übrigen muss darauf hingewiesen werden, dass die Umsetzung der inklusiven Berufsbildung dazu führt, dass künftig alle Lehrkräfte mit heterogenen Lerngruppen, in denen auch behinderte Menschen inkludiert sind, rechnen müssen und dass deshalb solch eine Fort- und Weiterbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen einzuplanen ist. Ratsam wäre, dass man dabei auf die Empfehlungen und Vorschläge jener Kolleginnen und Kollegen an beruflichen Schulen berücksichtigt, die dort bereits auf Erfahrungen mit Heterogenität zurückblicken können (vgl. die Berichte im BLV-Magazin 5/2011, S.7-8; 5/2010; 5/2010, S. 3-4 und S.4-5; 4/2010, S. 23-24).

Weiterentwicklung der inklusiven Berufsbildung

Die inklusive Berufsbildung für behinderte Menschen ist beschlossen, und die institutionelle Umsetzung kommt in Gang. Der Paradigmenwechsel wird dazu führen, dass Heterogenität der Lern-

gruppen so selbstverständlich erscheint wie die Inklusion von Menschen mit Behinderung. Spätestens dann wird man fordern, dass konsequenter Weise auch jene Schüler und Schülerinnen zu inkludieren sind, deren Lernvoraussetzungen aus anderen Gründen vom Standard abweichen. Die Risikogruppen sind in Abteilung 1 zusammengestellt.

Normalerweise werden dann in beruflichen Schulen so genannte Mischklassen entstehen, wie sie – in der Vergangenheit – in beruflichen Schulen aus anderen Gründen eingerichtet wurden: Mischung von Berufen, von Jahrgängen, mit „Hilfsarbeitern“ usw. Die Inklusion in „normale“ Lerngruppen wird bei Risikogruppen prinzipiell und problemlos möglich sein, wenn die Lernfähigkeit und die Interaktion mit der Lernumgebung nicht durch Handicaps oder Sinneseinschränkungen erschwert wird. Doch bleiben weiterhin große didaktisch-methodische Probleme, weil beispielsweise verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler „allein jede Stunde sprengen können: Hyperaktive, denen es nicht an Intelligenz, sondern an Disziplin mangelt; psychisch Kranke, die so sehr mit sich selbst zu kämpfen haben, dass sie einem geregelten Unterricht kaum folgen können“ (BLV-Magazin 5/2011, S.1). ■

Literatur:

- Bonz, Bernhard: Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals. In: Biermann/Bonz 2011, S. 36-43
 Bonz, Bernhard: Methoden der Berufsbildung – ein Lehrbuch. 2. Aufl., Stuttgart: Hirzel, 2009
 Biermann, Horst; Bonz, Bernhard (Hrsg.): Inklusive Berufsbildung - Didaktik beruflicher Teilhabe trotz Behinderung und Benachteiligung (Berufsbildung konkret Bd. 11) Baltmannsweiler: Schneider 2011
 Bühler, Christian: Lernen und Arbeiten ohne Barrieren. In: Biermann/Bonz 2011, S. 44-52
 Fisseler, Björn; Schaten, Michael: Barrierefreies E-Learning und Universal Design. In: Biermann/Bonz 2011, S. 208-218
 Riedl, Alfred: Didaktik der beruflichen Bildung. 2. Aufl. Stuttgart: Steiner, 2011

Angaben zum Autor

Bernhard Bonz, Dr. phil., Dipl.-Gewerbelehrer, Univ.-Prof. a. D. für Berufspädagogik an der Universität Hohenheim

Der VLB im Gespräch ...

... mit der Abteilung VII des Kultusministeriums



Der VLB-Vorstand.

GÜNTHER SCHUSTER

Auch 2012 traf sich der Geschäftsführende Vorstand des VLB mit den Referatsleiterinnen und Referatsleitern zum traditionellen bildungspolitischen Jahresgespräch am Münchner Salvatorplatz. In mehr als zwei Stunden konstruktiv-kritischem Dialog konnten sich die Gesprächsteilnehmer gegenseitig informieren und einzelne Fragestellungen der beruflichen Bildung aus verschiedenen Blickwinkeln. Zunächst begrüßte Abteilungsleiter German Denneborg die Anwesenden und bedankte sich für den konstruktiv-kritischen Dialog mit dem VLB. Der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich gab den Dank zurück und stieg unmittelbar in das erste Thema der Gesprächsrunde ein.

Fachlehrer befördern

Jürgen Wunderlich und Josef Westenthanner erkundigten sich nach den im neuen Dienstrecht vorgesehenen Aufstiegschancen für Fachlehrer. Ministerialdirigent German Denneborg und Ministerialrat Claus Pommer machten deutlich, dass z. B. bei einem Unterrichtseinsatz in Fachtheorie, bei mindestens zwei guten dienstlichen Beurteilungen sowie einer Erweiterungsprüfung an einer Universität in bestimmten Fällen ein „Aufstieg“ für Lehrkräfte des gehobenen Dienstes möglich sei. Im Hinblick auf

rückläufige Bewerberzahlen machte der Ministerialrat darauf aufmerksam, dass der Bedarf an Regionalmentoren künftig sinken werde. VLB-Vorstand Josef Westenthanner regte an, für die Regionalmentoren konkrete Beförderungsmöglichkeiten zu schaffen.

Deutscher Qualifikationsrahmen – Gleichwertigkeit einfordern

Der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich bedauerte die zähe und schleppende Diskussion, die derzeit um die Einstufung der Beruflichen Bildung in den Deutschen Qualifikationsrahmen stattfindet. Ministerialdirigent German Denneborg erinnerte dabei an den KMK-Beschluss über die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Derzeit würden Spitzengespräche mit der Wirtschaft geführt. Bei diesen zeichne sich für die Wirtschaft ein Konflikt ab. Für die Wirtschaft bedeute einen eine höhere Einstufung im Qualifikationsrahmen auch eine höhere Gruppierung im Tarifgefüge, so der Ministerialdirigent.

Berufsgruppenbeschulung reflektieren

Auf Nachfrage von VLB-Vorstand Alexander Liebel machte Ministerialrat Werner Lucha darauf aufmerksam, dass im gewerblich-technischen Bereich ins-



**Ministerialdirigent
German Denneborg.**

besondere in der Gastronomie durch die Berufsgruppenbeschulung die Zahl der Minderklassen deutlich reduziert werden konnten. Damit sei es gelungen, einzelne Standorte zu erhalten. Ministerialrat Dr. Horst Güttler zeigte für den kaufmännischen Bereich auf, dass die künftigen Neuordnungen der Büroberufe sowie die Neuordnung der pharmazeutisch kaufmännischen Angestellten maßgeblichen Einfluss auf die derzeitigen Berufsgruppenbeschulungskonzepte haben werden.

Einstellungssituation verbessern

VLB-Vorstand Wolfgang Lambl erkundigte sich nach dem Sachstand bei der von der Politik angekündigten Rückführung der Arbeitszeiterhöhung für Beamte. Er forderte das Ministerium dazu auf, die Schulen zeitnah schriftlich zu informieren. Ministerialrat Maximilian Pangerl erläuterte ausführlich, wie sich dieser Beschluss je nach Lebensalter auf die verbeamteten Lehrkräfte auswirken wird. Ein entsprechendes Schreiben ging den Schulen inzwischen zu. Der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich bekräftigte noch einmal die VLB-Forderung, dass von den angekündigten 1.000 Lehrerstellen auch eine angemessene Zahl für die beruflichen Schulen abfallen müsse. Pangerl kündigte an, dass auch für das kommende Schuljahr der Einstellungsbedarf gesichert sei. Für die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen seien bereits 50 Stellen für Vorklassen sowie 50 Stellen für mobile Reserven zugesagt. German Denneborg wies darauf hin, dass das Ministerium beabsichtige, die sog. Trainees zu übernehmen. Außerdem werde es in nächster Zeit „keine weiteren Sondermaßnahmen“ geben, so der Ministerialdirigent. Es sei weiterhin damit zu rechnen, dass immer mehr

Lehrkräfte aus dem gymnasialen Bereich sich an den beruflichen Schulen bewerben werden.

Wirtschaftsschulen neu gestalten

Ministerialdirigent German Denneborg bedankte sich beim VLB für die eingebrachten Vorschläge zur Neugestaltung der Wirtschaftsschulen. Der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich gab den Dank für die sehr konstruktive Zusammenarbeit an die Abteilung VII zurück. Beide Seiten stellten fest, dass es in den wesentlichen Punkten es zwischen den Vorschlägen „viel Übereinstimmung“ gibt, so Denneborg. Ministerialrat Dr. Horst Güttler wies auf veränderte Einsatzmöglichkeiten für Textverarbeitungslehrkräfte hin. Es bestehe die Möglichkeit, dass die Aufgabengebiete der Fachlehrkräfte erweitert werden. Denkbar sei dabei das gesamte Spektrum des so genannten „Office-Paketes“. Allerdings müsse darauf geachtet werden, dass die Fachlehrerinnen und Fachlehrer keinen wissenschaftlichen Unterricht halten. Dr. Güttler sprach sich dafür aus, dass im Rahmen der „eigenverantwortlichen Schule“ hier sowohl an den Wirtschaftsschulen als auch an den Berufsschulen in verschiedenen Fächern und Ausbildungsberufen entsprechende Lerninhalte identifiziert werden können. Voraussetzung sei dabei jedoch eine enge Zusammenarbeit mit den Lehrkräften des höheren Dienstes. Auch Wahlfachangebote im Bereich der Textverarbeitung könnten unter bestimmten Voraussetzungen eingerichtet werden.

Etats der Schulen erhöhen

Mit Hilfe eines eindrucksvollen Beispiels machte VLB-Vize Wolfgang Lambl deutlich, dass der Etat für Fortbildungen an

den beruflichen Schulen derzeit zwischen 2,50 EUR und 8,00 EUR pro Lehrkraft und pro Jahr liege. Auch die Reisekosten für Lehrkräfte z. B. für Klassenfahrten seien mit den vorhandenen Etats schlichtweg nicht zu finanzieren. Lambl forderte, diese Beträge mit dem enormen Mitteleinsatz für externe Evaluationen zu vergleichen. Ministerialdirigent Denneborg zeigte „großes Verständnis“ für die VLB-Forderung, die Etats zu erhöhen. Er kündigte an, sich weiterhin für Verbesserungen einzusetzen.

Fachoberschulen und Berufsoberschulen

Ministerialrat Günter Liebl informierte ausführlich über die so genannten Einführungsklassen am Gymnasium. Es sei davon auszugehen, dass durch diese künftig mehr Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe des Gymnasiums eintreten werden. In diesem Zusammenhang prognostizierte er eine neue Qualitätsdiskussion um die Gleichwertigkeit der Abiturzeugnisse an FOS/BOS und Gymnasium. Für Liebl sei es wichtig bei der Beratung der Schülerinnen und Schüler und der Eltern deutlich zu machen, dass das Abitur an der Fachoberschule und Berufsoberschule keinesfalls ein Abitur zweiter Klasse sei. Wolfgang Lambl wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Lehrkräfte an Fach- und Berufsoberschulen bei Beförderungen eine um durchschnittlich 3,5 Jahre längere Wartezeit als ihre Kolleginnen und Kollegen an den Berufsschulen hätten. Eine Verbesserung sei hier dringend notwendig.

Konstruktive Gesprächsrunde

Abschließend stellte der VLB-Landesvorsitzende Jürgen Wunderlich fest, dass diese jährlich stattfindende Gesprächsrunde in hervorragender Weise dazu geeignet sei, „die beruflichen Schulen gemeinsam voranzubringen“. In der Kantine des Kultusministeriums begrüßten Jürgen Wunderlich und German Denneborg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung VII des Kultusministeriums sowie die VLB-Betriebsvorsitzenden, Bezirkspersonalräte und Fachreferenten zum traditionellen VLB-Neujahrsempfang. ■



Aktuelle Informationen in Personalratsangelegenheiten und zum Dienstrecht erhalten Sie, wie in jeder Ausgabe der vib-akzente, vom stellvertretenden VLB-Landesvorsitzenden und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl.

Datenschutz an Schulen – Internet

Veröffentlichung von personenbezogenen Daten

Viele Schulen präsentieren sich im Internet mit einer Homepage und wollen dort auch personenbezogene Informationen veröffentlichen: Sprechstundenverzeichnis, Vertretungspläne, Name und Anschriften der Elternbeiräte, Sieger von Mal-, Sport-, Musikwettbewerben, Lehrer- und Schüler-Interviews, Mitglieder einer Internet-AG, Schulfotos mit Schülern und Lehrern, Abiturienten der letzten 20 Jahre etc.

Es ist dabei zu beachten, dass in Hinblick auf die enge lokale Begrenzung des Aufgaben- und Wirkungsbereichs von Schulen das Persönlichkeitsrecht der Schüler, Eltern, Lehrer und des sonstigen Schulpersonals Vorrang vor dem Informationsinteresse der Internetnutzer hat. Auch die Tatsache, dass es Berufsschulen mit zum Teil bundesweiten Schulsprengeln gibt, vermag daran nur wenig zu ändern.

Einwilligung der Betroffenen. Schüler und Eltern

Vor der Einstellung personenbezogener Daten ins Internet ist daher die Einwilligung der Betroffenen einzuholen (bei minderjährigen Schülern bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres die Erziehungsberechtigten sowie bei Minderjährigen ab Vollendung des 14. Lebensjahres diese selbst und die Erziehungs-

berechtigten). Dies gilt auch für Fotos mit identifizierbaren Personen und zwar auch dann, wenn den Fotos keine Namensangaben beigefügt sind.

Die Einholung der Einwilligung hat so zu erfolgen, dass sich die Betroffenen nicht einem „Gruppendruck“ ausgesetzt fühlen. Bei der Einholung der Einwilligung ist darauf hinzuweisen, dass sich ins Internet eingestellte Daten (auch Bilder) in der Regel problemlos unkontrolliert weiterverarbeiten und -verbreiten lassen (Dasa- bzw. Web-Mining) und damit nachteilige Auswirkungen für die Betroffenen verbunden sein können. Bei der Planung der Einstellung von Schülerbildern ins Internet muss auch bedacht werden, dass Homepages mit Schülerbildern bei pädophil veranlagten Menschen recht beliebt sein sollen. Aufreizende Darstellungen daher unbedingt vermeiden und ggf. Nicknames (Pseudonyme) verwenden. Bei der Einholung der Einwilligung auch auf diesen Sachverhalt hinweisen.

Lehrkräfte

Daten der Lehrkräfte können ebenfalls nur mit deren Einwilligung (entsprechend obiger Vorgaben) veröffentlicht werden. Eine Ausnahme bilden z.B. Sprechstundenlisten und Vertretungspläne, die auch ohne schriftliche Einwilligung der Betroffenen in einen nur Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern zugänglichen, geschützten

Bereich der Schulhomepage eingestellt werden. Nähere Hinweise dazu sind im 24. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz abgedruckt.

Elternbeirat

Anschriftenlisten des Elternbeirats und dgl. können im Internet wegen der notwendigen Einwilligung der Betroffenen keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Der Sinn derartiger Verzeichnisse im Internet ist daher fraglich. Dies umso mehr, als Eltern die entsprechenden Informationen ohnehin durch unmittelbare Kommunikation mit der Schule erfahren.

Jahresbericht

Die Regelungen für das Einstellen personenbezogener Daten ins Internet gelten insbesondere auch für den Jahresbericht der Schule. Darüber hinausgehend ist festgelegt, dass klassenweise oder klassenübergreifende Schülerlisten sowie Lehrerlisten des Jahresberichts nicht ins Internet eingestellt werden dürfen (insbesondere damit auch keine Klassenfotos mit Schülernamen).

Funktionsträger

Die Namen (auch Funktion, Amtsbezeichnung, Lehrbefähigung, dienstliche Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse) von Personen, die Funktionen mit Außenwirkung wahrnehmen (z. B. der Schulleiter und seine Vertreter) können entsprechend der Praxis bei anderen staatlichen und kommunalen Behörden im Internet veröffentlicht werden.

An staatlichen Schulen sind Einwilligungserklärungen für Texte und Fotos ab Schuljahr 2011/12 verbindlich vorgeschrieben. Wird eine auf Grundlage dieser Erklärungen eingeholte Einwilligung nicht widerrufen, gilt sie grundsätzlich zeitlich unbeschränkt, d.h. über das Schuljahr und auch über die Schulzugehörigkeit hinaus. Für Ton-, Video- und Filmaufnahmen ist eine eigene zusätzliche schriftliche Einwilligung einzuholen. ■

Hinweise zu Teilzeit und Beurlaubung

Allgemeine Hinweise

Die Besoldung erfolgt anteilig zum Teilzeitmaß, bei wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Unterricht entsprechend der Aufteilung z.B. mit $7/24 + 9/28 = 412/672$. Die Dienstzeit wird anteilig als ruhegehaltfähig anerkannt und kann dazu führen, dass man nicht mehr den Höchstsatz erreicht. Beihilfeberechtigung besteht bei Teilzeit, bei Beurlaubung nur bei der familienpolitischen Beurlaubung (außer man wird berücksich-

tigungsfähiger Angehöriger oder wird mitversichert nach SGB IX).

Bei der Beurlaubung ist eine Höchstdauer von 15 Jahren zu beachten – zuzüglich Elternzeiten, Sonderurlaub und unter Beachtung von Zeiten nach dem Pflegezeitgesetz.

1. Bei der familienpolitischen Teilzeitbeschäftigung nach Art. 89 BayBG gibt es bei Vorliegen der Voraussetzungen (Kind unter 18 Jahren, pfl-

gebedürftige Angehörige) keine Einschränkungen, bei Teilzeit zur Pflege von Angehörigen ist ein Nachweis erforderlich.

2. Bei der Teilzeit gem. Art. 88 BayBG (voraussetzungslose Teilzeit) kann es sein, dass dienstliche Belange (Lehremangel, Unterrichtsausfall) der Bewilligung entgegenstehen. Die bisherigen Beschränkungen „Mindeststundenzahl bei 18 WStd.“ werden aufgehoben. Je nach Situation der Schule (Bedarf in den entsprechenden Fächern) kann vom beantragten Stundenmaß um bis zu 2 Wochenstunden nach oben bzw. unten abgewichen werden.
3. Bei gesundheitlicher Beeinträchtigungen ist evtl. Teildienstfähigkeit zu beantragen, auch ein Antrag auf Anerkennung von Schwerbehinderung (Anträge www.zbfs.bayern.de) kann sinnvoll sein.
4. Beim Freistellungsjahr gibt es verschiedene Laufzeitmodelle: von unter 3- bis zu 7-jährigen Modellen.
5. Bei der arbeitsmarktpolitischen Beurlaubung (Art. 90 BayBG (1) Ziffer 1. BayBG) ist die gesetzliche Grundlage „außergewöhnlicher Bewerbungsüberhang“ derzeit wieder gegeben.
6. Die familienpolitische Beurlaubung und Beurlaubungen im Rahmen der Elternzeit werden bewilligt. Bei der Elternzeit ist darauf zu achten, dass der Termin (z.B. bei den „Vätermonaten“) und die Wochenstundenzahl richtig gewählt werden, um Kürzungen beim Elterngeld zu vermeiden.
7. Altersteilzeit kann beantragen, wer vor dem 2.8.1953 (bei Schwerbehinderung 2.8.1955) geboren wurde.
8. Altersbeurlaubung (Beurlaubung bis zum Eintritt in den Ruhestand) Geburtstag vor dem 2.2.1963. ■

Teilzeit	Beurlaubung
<p>Familienpolitische Teilzeit Art 89 BayBG</p> <p>Voraussetzung: Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines pflegebedürftigen Angehörigen. Teilzeitbeschäftigung in einem Umfang von mindestens 5 bzw. 6 WStd. möglich, bei Elternzeit auch noch weniger möglich! Beihilfe wie bei Vollzeit. Höchstdauer: unbegrenzt, solange die Voraussetzungen vorliegen</p>	<p>Familienpolitische Beurlaubung Art. 89 BayBG</p> <p>Voraussetzung: Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen. Beihilfe nach Art. 89 (4) möglich: Ausnahmen z.B. bei Anspruch auf Familienhilfe nach § 10 SGB V oder als berücksichtigungsfähige Angehörige von Beihilfeberechtigten. Bitte bei Beihilfestelle und Krankenversicherung schriftlich erkundigen. Höchstdauer: 15 Jahre, Überschreitung möglich bis zum Ende des laufenden Schulhalbjahres, falls das Kind z. B. in diesem Schulhalbjahr das 18. Lebensjahr vollendet.</p>
<p>Antragsteilzeit Art. 88 BayBG (bisher Art. 80a)</p> <p>Voraussetzung: keine (voraussetzungslos); dienstliche Belange dürfen nicht entgegenstehen. Umfang: Bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit.</p>	<p>Arbeitsmarktpolitische Beurlaubung Art. 90 BayBG</p> <p>Voraussetzung: außergewöhnlicher Bewerbungsüberhang. Ist erst nach Ablauf der Probezeit möglich. Evtl. Sonderurlaub (§ 18 UrlV) beantragen. Höchstdauer 15 Jahre. Kein eigener Beihilfeanspruch.</p>
<p>Unterhäufige Teilzeit aus familienpolitischen Gründen</p> <p>„Unterhäufige“ Teilzeit war früher ein eigener Punkt – jetzt in „Familienpolitischer Teilzeit“ Art. 89 BayBG (1) enthalten! Umfang: (s. oben). Bis zu einem Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit (neu ab 5 WStd. bzw. 6 WStd. bei nichtwiss. Unterricht), bei Elternzeit noch weniger möglich.</p>	<p>Altersurlaub Art. 90 (1) 2. BayBG</p> <p>Voraussetzung: außergewöhnlicher Bewerbungsüberhang ab Vollendung des 50. Lebensjahres (vor 2.2.1963). Gesamtbeurlaubungshöchstdauer 15 Jahre. Diese Beurlaubung dauert bis zum Beginn des Ruhestands (es besteht kein eigener Beihilfeanspruch). Höchstdauer nach Art. 92 (1) BayBG Zusammen mit anderem Urlaub: 15 Jahre. Die Höchstdauer kann überschritten werden, wenn dem Beamten nicht mehr zuzumuten ist, zur Voll- oder Teilzeitbeschäftigung zurückzukehren.</p>

Das Freistellungsjahr (Sabbatjahr) – eine besondere Form der Teilzeitbeschäftigung

Allgemeines

Mit Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19.01.2001 (KWMBI I S. 94) geändert durch Bekanntmachung vom 24.06.2011 (KWMBI Nr. 14/2001) wird für Lehrkräfte aller Schularten eine Teilzeitbeschäftigung nach Art. 88 Abs. 4 BayBG (Art. 80a Abs. 4 BayBG a.F) – Freistellungsmodell – zugelassen.

Das Freistellungsmodell ist eine besondere Form der Teilzeitbeschäftigung. Ihre Besonderheit besteht darin, dass die Arbeitszeit nicht – wie sonst üblich – über den gesamten Bewilligungszeitraum hinweg gleichmäßig reduziert wird. Die Beschäftigung erfolgt vielmehr zunächst in einem Umfang, der über demjenigen der genehmigten Teilzeit liegt. Im letzten Teil entfällt die Unterrichtsverpflichtung und damit die Arbeitszeit völlig (Freistellungsjahre). Die Lehrkraft ist während der gesamten Laufzeit teilzeitbeschäftigt und wird auch entsprechend besoldet/vergütet. Die Besoldung/Vergütung wird daher während der gesamten Laufzeit gleichmäßig verringert. Auch während des Freistellungsjahres werden die verminderten Bezüge gezahlt.

Dienstrechtliche Voraussetzungen

- > Am Freistellungsmodell können alle Lehrkräfte und Förderlehrer im Beamten- oder Angestelltenverhältnis sowie Personal für heilpädagogische Unterrichtshilfen teilnehmen, soweit zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Diese stehen insbesondere dann entgegen, wenn in der jeweiligen Fächerverbindung ein Mangel an Bewerbern besteht oder absehbar ist.
- > Das Freistellungsmodell ist für Lehrkräfte und Förderlehrer vorgesehen, die keine Funktion als Schulleiter, Schulleiterstellvertreter, Seminarleiter oder Seminarlehrer ausüben.
- > Es können auch bereits Teilzeitbeschäftigte am Freistellungsmodell teilnehmen. Hier kommt es zu ei-

ner Neufestsetzung der maßgeblichen Teilzeitquote, die unter der bisherigen Teilzeitquote liegt; dabei darf die Hälfte der regelmäßigen Unterrichtspflichtzeit/Arbeitszeit nicht unterschritten werden.

- > Die Teilzeitbeschäftigung (einschließlich der/des Freistellungsjahre(s)) muss abgeschlossen sein, wenn die Lehrkraft/der Beschäftigte die Altersgrenze erreicht bzw. das Arbeitsverhältnis durch Erreichen der Altersgrenze endet; gleiches gilt für den Antragsruhestand nach Art. 64 BayBG. Die Teilzeitbeschäftigung darf sich nicht mit einer Altersteilzeit nach Art. 91 BayBG überschneiden.

Mögliche Varianten des Freistellungsmodells, jeweils beginnend ab 1. August

Dreijähriges Freistellungsmodell:

Für bisher Vollbeschäftigte gilt: Zwei Jahre Vollbeschäftigung, im dritten Jahr völlige Freistellung; 2/3 der Bezüge über die gesamte Laufzeit von drei Jahren.

Für bisher Teilzeitbeschäftigte gilt: Nur für Teilzeitbeschäftigte offen, denen bisher eine Teilzeitquote von 3/4 oder darüber genehmigt war. Die neue Teilzeitquote wird auf 2/3 der bisherigen festgesetzt; zwei Jahre Dienst im Umfang der bisher genehmigten Teilzeit, im dritten Jahr freigestellt.

Vierjähriges Freistellungsmodell:

Für bisher Vollbeschäftigte gilt: Drei Jahre Vollbeschäftigung, im vierten Jahr völlige Freistellung; 3/4 der Bezüge über die gesamte Laufzeit von vier Jahren.

Für bisher Teilzeitbeschäftigte gilt: Nur für Teilzeitbeschäftigte offen, denen bisher eine Teilzeitquote von 2/3 oder darüber genehmigt war. Die neue Teilzeitquote wird auf 3/4 der bisherigen festgesetzt; drei Jahre Dienst im Umfang der bisher genehmigten Teilzeit, im vierten Jahr freigestellt.

Das vierjährige Freistellungsmodell kann für bisher Vollbeschäftigte auch

in der Weise gewählt werden, dass zwei Jahren Vollbeschäftigung zwei Jahre völlige Freistellung folgen bei 1/2 der Bezüge über die gesamte Laufzeit; ob dieses Modell auch für bisher Teilzeitbeschäftigte Anwendung finden kann, bleibt einer Prüfung im Einzelfall vorbehalten.

Fünffähriges Freistellungsmodell:

Für bisher Vollbeschäftigte gilt: Vier Jahre Vollbeschäftigung, im fünften Jahr völlige Freistellung; 3/4 der Bezüge über die gesamte Laufzeit von fünf Jahren.

Für bisher Teilzeitbeschäftigte gilt: Nur für Teilzeitbeschäftigte offen, denen bisher eine Teilzeitquote von 5/8 oder darüber genehmigt war. Die neue Teilzeitquote wird auf 4/5 der bisherigen festgesetzt; vier Jahre Dienst im Umfang der bisher genehmigten Teilzeit, im fünften Jahr freigestellt.

Das fünfjährige Freistellungsmodell kann für bisher Vollbeschäftigte auch in der Weise gewählt werden, dass drei Jahren Vollbeschäftigung zwei Jahre völlige Freistellung folgen bei 3/5 der Bezüge über die gesamte Laufzeit; ob dieses Modell auch für bisher Teilzeitbeschäftigte Anwendung finden kann, bleibt einer Prüfung im Einzelfall vorbehalten.

Sechsjähriges Freistellungsmodell:

Für bisher Vollbeschäftigte gilt: Fünf Jahre Vollbeschäftigung, im sechsten Jahr völlige Freistellung; 5/6 der Bezüge über die gesamte Laufzeit von sechs Jahren.

Für bisher Teilzeitbeschäftigte gilt: Nur für Teilzeitbeschäftigte offen, denen bisher eine Teilzeitquote von 3/5 oder darüber genehmigt war. Die neue Teilzeitquote wird auf 5/6 der bisherigen festgesetzt; fünf Jahre Dienst im Umfang der bisher genehmigten Teilzeit, im sechsten Jahr freigestellt.

Das sechsjährige Freistellungsmodell kann für bisher Vollbeschäftigte auch in der Weise gewählt werden, dass vier Jahren Vollbeschäftigung zwei Jahre völlige Freistellung folgen bei 2/3 der Bezüge

ge über die gesamte Laufzeit; ob dieses Modell auch für bisher Teilzeitbeschäftigte Anwendung finden kann, bleibt einer Prüfung im Einzelfall vorbehalten.

Siebenjähriges Freistellungsmodell:

Für bisher Vollbeschäftigte gilt: Sechs Jahre Vollbeschäftigung, im siebten Jahr völlige Freistellung; 6/7 der Bezüge über die gesamte Laufzeit von sieben Jahren.

Für bisher Teilzeitbeschäftigte gilt: Nur für Teilzeitbeschäftigte offen, denen bisher eine Teilzeitquote von 7/12 oder darüber genehmigt war. Die neue Teilzeitquote wird auf 6/7 der bisherigen festgesetzt; sechs Jahre Dienst im Umfang der bisher genehmigten Teilzeit, im siebten Jahr freigestellt.

Das siebenjährige Freistellungsmodell kann für bisher Vollbeschäftigte auch in der Weise gewählt werden, dass fünf Jahren Vollbeschäftigung zwei Jahre völlige Freistellung folgen bei 5/7 der Bezüge über die gesamte Laufzeit; ob dieses Modell auch für bisher Teilzeitbeschäftigte Anwendung finden kann, bleibt einer Prüfung im Einzelfall vorbehalten.

Andere Varianten, auch mit weniger als einer Gesamtdauer von drei Jahren und einer Freistellung im Schulhalbjahr sowie anschließendem Ruhestand können im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nach einer Prüfung im Einzelfall zugelassen werden.

Besoldungs- und versorgungsrechtliche/Tarifrechtliche Auswirkungen

Die Lehrkräfte sind während der Laufzeit des Freistellungsmodells Teilzeitbeschäftigte. Ihre besoldungs- und versorgungs-/tarifrechtlichen Ansprüche richten sich daher nach den für Teilzeitbeschäftigte geltenden Bestimmungen. Das führt im Einzelnen zu folgenden Konsequenzen:

- > Die Bezüge werden während des gesamten Zeitraumes der Teilzeitbeschäftigung (drei bis sieben Jahre) entsprechend der neu festgesetzten Teilzeitquote anteilig verringert.
- > Die Berechnung der Sonderzahlung und der vermögenswirksamen Leistungen erfolgt nach den für teilzeitbeschäftigte Beamte/Arbeitnehmer geltenden Bestimmungen.
- > Der Beihilfeanspruch bleibt in vollem

Umfang während der gesamten Zeit der Teilzeitbeschäftigung (auch während des Freistellungsjahres) bestehen.

- > Die Zeit der Teilzeitbeschäftigung ist nur zu dem Teil ruhegehaltfähig, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

Sonstige Auswirkungen

- > Die Lehrkräfte kehren nach Ablauf des Freistellungsjahres grundsätzlich an die bisherige Schule zurück.
- > Durch Mutterschutz und Dienst-/Arbeitsunfähigkeit wird die Teilzeitbeschäftigung nicht verändert. Dadurch bedingte Abwesenheiten führen weder zur Verlängerung des Zeitraums der Arbeitsphase noch zu einer Verkürzung beziehungsweise Verlängerung der Freistellungsphase. Bei Elternzeit (ohne Teilzeitbeschäftigung), einer Beurlaubung von mehr als einem Monat, begrenzter Dienstfähigkeit oder eines sechs Monate überschreitenden Zeitraums einer Dienstunfähigkeit kann eine ausgleichs-

pflichtige Arbeitszeit nicht angespart werden. Die Arbeitsphase verlängert sich entsprechend.

- > Bei Elternzeit oder eines sechs Monate überschreitenden Zeitraums einer Dienstunfähigkeit während der Freistellungsphase verlängert sich diese um den entsprechenden Zeitraum.

Vorzeitige Beendigung/Widerruf der Teilzeitbeschäftigung

Ein Widerruf der gewährten Arbeitszeitreduzierung kann während der Laufzeit des Freistellungsmodells nur bei Beendigung des Beamtenverhältnisses, bei Gewährung von Altersurlaub ab dem 50. Lebensjahr oder in Härtefällen erfolgen, in denen die Fortsetzung der Teilzeitbeschäftigung dem Beamten nicht mehr zumutbar ist. Die gewährte Arbeitszeitreduzierung ist für die gesamte Laufzeit in demjenigen Umfang zu widerrufen, dass der Beamte so gestellt wird, als ob er die im Verlauf der Anspannphase eingebrachte Arbeitszeit gleichmäßig verteilt über den Bewilligungszeitraum bis zum Störfall erbracht hätte. ■

Informationspflicht des Arbeitgebers bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Mit Schreiben vom 08.02.2012, Gz.: 25 – P 2625 – 005 – 4 772/12, übermittelt das Staatsministerium der Finanzen ein an die neue Rechtslage angepasstes Merkblatt.

Ab 1. April 2012 ist die Sperrfrist für das Arbeitslosengeld nicht mehr in § 144 Abs. 6 SGB III, sondern in § 159 Abs. 6 SGB III geregelt.

Ab diesem Zeitpunkt wird im Fall einer Kündigung oder Aufhebung eines Arbeitsvertrages sowie bei Abschluss befristeter Arbeitsverträge der/dem Beschäftigten dieses Merkblatt auszuhändigen und ein von der/dem Beschäftigten unterzeichnetes Exemplar zur Personalakte zu nehmen.

Im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird mit dem Merkblatt auf Folgendes hingewiesen: Beschäftigte sind verpflichtet, bereits bei einem bestehenden Arbeitsverhältnis frühzeitig vor dessen Beendigung eigenverantwortlich nach einer weiteren Beschäftigung zu suchen (§ 2 Absatz 5 Nr. 2 SGB III).

Weiterhin sind Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis endet, verpflichtet, sich spätestens drei Monate vor dem Ende des Arbeitsverhältnisses persönlich bei der Agentur für Arbeit arbeitsuchend zu melden. Liegen zwischen der Kenntnis des Beendigungszeitpunktes und der Beendigung des Arbeitsverhältnisses weniger als drei Monate, hat

die Meldung innerhalb von drei Tagen nach Kenntnis des Beendigungszeitpunktes zu erfolgen. Zur Wahrung der Frist nach den Sätzen 1 und 2 reicht eine Anzeige unter Angabe der persönlichen Daten und des Beendigungszeitpunktes aus, wenn die persönliche Meldung nach terminlicher Vereinbarung nachgeholt wird. Die Pflicht zur Meldung besteht unabhängig davon, ob der Fortbestand des Arbeitsverhältnisses gerichtlich geltend gemacht oder vom Arbeitgeber in Aussicht gestellt wird (§ 38 Absatz 1 SGB III).

Eine verspätete Meldung bei der Agentur für Arbeit zieht eine Sperrzeit für den Anspruch auf Arbeitslosengeld von einer Woche nach sich (§ 159 Absatz 6 SGB III). ■

7. FOS/BOS Tag in Nürnberg:

Lehrkräfte fragen – Ministerium antwortet

Die traditionelle Gesprächsrunde während des FOS/BOS-Tages zwischen MR Liebl und interessierten Lehrkräften fand in diesem Jahr besonders viel Resonanz. VLB-Referent Hans Dietrich wies einleitend auf Erfolge hin, zu denen auch der Verband wesentlich beitrug. Er nannte insbesondere die 40 Planstellen, die zu den 88 durch den Doppelhaushalt ausgewiesenen Stellen hinzukamen sowie die 100 neuen Stellen, die je zur Hälfte für die Ausweitung des Schulversuch FOS-Vorklasse und für die mobile Reserve – eine langjährige Forderung des Verbandes – hinzukommen. Als nach wie vor unbefriedigend bezeichnete er die noch immer bestehende Budgetlücke und die noch nicht vollständig mögliche gemeinsame Klassenbildung von FOS und BOS in Jgst. 13, was zur Schwächung insbesondere ländlicher Standorte führen kann. Eindringlich einzufordern sei weiterhin, so Dietrich, die Nachschlüsselung von in A 13 ausgewiesenen Stellen, um die ungerechtfertigt langen Beförderungswartezeiten im FOS/BOS-Bereich abzubauen. Zudem mahnte er eine mit der Schülerentwicklung Schritt haltende Ausweitung des Verwaltungspersonals an.

Als Baustellen vermerkte er die stärkere Berücksichtigung der Beruflichen Oberschule in der 2. Phase der Lehrerausbildung sowie die Diskussion um die Übertragbarkeit eines Modells der mittleren Führungsebene auf die Berufliche Oberschule.

Aktuelle Fragestellungen

Um Für und Wider der Reduzierung der Zahl von Leistungsnachweisen drehte sich die erste Gesprächsrunde. Dabei wurde klar, dass ein Weniger an herkömmlichen Prüfungen mehr Freiräume für die Unterrichtsgestaltung eröffnet. Alternative Wege des Hochschulzuges wie BS+ wurden insbesondere im Hinblick auf den Eintritt in Jgst. 13 der BOS kritisch gesehen, wenngleich das

Modell selbst als Aufwertung der beruflichen Bildung anerkannt wurde.

Die aktuelle Entwicklung, die Einführungsklassen des Gymnasiums auszuweiten, wird mit Sorge verfolgt. Durch den Abzug besserer Schüler kann die Abweisungsquote während der Probezeit steigen und sich der Zulauf zu Jgst. 13 abschwächen. Wiederum aufgeworfen wurde die Frage, wie die Attraktivität der Ausbildungsrichtung zu steigern sei. Als entscheidend wurde herausgestellt, im Vorfeld des Besuchs der Fachoberschule technische Inhalte als spannend und interessant darzustellen und Anhaltspunkte zu liefern, ob der Schüler und die Schülerin für ein naturwissenschaftlich-technisches Studium geeignet sei. Betont wurde auch, die Eltern in diesen Entscheidungsprozess einzubinden.

Weitere Kernaussagen

Aufgegriffen wurde die Frage, inwieweit die Regelungen der Einschlägigkeit in der Berufsoberschule beizubehalten seien. MR Liebl betonte die bindende Wirkung der KMK-Vereinbarung und wies auf die neu geschaffene Möglichkeit hin, sich über ein einschlägiges betreutes Praktikum von 6 Monaten für eine andere Ausbildungsrichtung zu qualifizieren. Mit der Einführung der FOS-Vorklasse verbindet MR Liebl die Erwartung, das Schülerpotential für die Fachoberschule zu erweitern, insbesondere dadurch, dass gut motivierte junge Leute an die Erfordernisse der Schulart herangeführt werden können.

Als großes Kompliment verstand MR Liebl die Aussage des Hofer Hochschulpräsidenten Prof. Dr. Lehmann vom Vormittag, wonach zwischen gymnasialem Abiturienten mit allgemeinem Abitur und Fachabiturienten der Fachoberschule und Berufsoberschule kaum Leistungsunterschiede festzustellen seien. Er verknüpfte damit Dank und hohe Anerkennung gegenüber den Lehrkräften der Beruflichen Oberschule für ihre Arbeit. ■

Wie **NEU** geboren... **NaturaMed** Fachklinik



- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose

Geben auch Sie mehr als Sie bekommen?
 Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
0 75 24. 990 - 222
 88339 Bad Waldsee
naturamed.de

Wir suchen nach versteckten Krankheitsursachen und zeigen naturmedizinische und psychologische Wege zu neuer Kraft. Ambulanz, Schnupperwoche, Kur- oder Krankenhausaufenthalt.

Wagen Sie den NEU-Anfang!

Naturamed ♥ ... wir bringen sie wieder in Schwingung!

7. FOS/BOS-Tag in Nürnberg:

„Was halten Sie von einer Zielvereinbarung, Herr Staatssekretär?“



MARTIN RUF

Mit dem 7. FOS/BOS-Tag Anfang März in Nürnberg fand diese Fachtagung nun in jedem Regierungsbezirk einmal statt. Der für die FOS/BOS verantwortliche VLB-Referent Hans Dietrich freute sich auch dieses Jahr wieder, dass die Veranstaltung so viel Resonanz beim Fachpublikum fand.

Mit Staatssekretär Bernd Sibler – „Hier fühle ich mich wohl“ – konnte der VLB einen bekennenden Fan der Beruflichen Oberschule (BOB) als Hauptredner gewinnen. Aus hochschulpolitischer Sicht legte anschließend Hochschulpräsident Prof. Dr. Jürgen Lehmann die Bildungspartnerschaft zwischen BOB und Universität dar. Auch die sich anschließende Podiumsdiskussion verdeutlichte, dass der VLB, die Schulaufsicht, die Wissenschaft, der duale Partner und die Eltern- und Schülervvertretung in einem konstruktiv-kritischen Dialog stehen und gemeinsam weiter daran arbeiten,

die Berufliche Oberschule im System der Bayerischen Schullandschaft als unverzichtbaren Bestandteil zu verankern. Der Nachmittag gehörte – wie an VLB-Fachtagungen üblich – der fachlichen/inhaltlichen Arbeit in zahlreichen Workshops.

Da diese Fachtagung nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe stattfand, ist es nur in einem begrenzten Umfang möglich, den Tag Revue passieren zu lassen. In der Mai-Ausgabe von vlb-akzente wird daher nochmals der Fokus auf die Fachtagung gelegt.

Der Vormittag

Der zentral liegende Veranstaltungsort in Nürnberg und natürlich Nürnberg an sich, führte viele FOS/BOSler zu der VLB-Fachtagung, die unter dem Motto stand: *Chancenvielfalt nachhaltig stärken – Ressourcen jetzt bereitstellen*

Wie sich im Laufe des Vormittages zeigen sollte, war das Motto sehr treffend gewählt. Alle Redebeiträge nahmen das Motto nicht nur auf, sondern untermau-

erten es noch mit sehr vielen zielführenden Vorschlägen.

Aber der Reihe nach

Bevor der stellvertr. VLB-Landesvorsitzende Wolfgang Lambl die Baustellen der BOB aus VLB-Sicht umriss, brachte er zunächst seine Freude zum Ausdruck, dass so viele Kolleginnen und Kollegen zu dieser VLB-Fachtagung gekommen sind. Dass diese Fachtagung inzwischen fester Bestandteil in der beruflichen Bildungslandschaft in Bayern ist, zeigte auch das Kommen vieler wichtiger Bildungsverantwortlicher aus dem Bereich FOS/BOS. Ihnen allen dankte Lambl für ihr Kommen und ihr Engagement für diese Schularzt.

Das Grußwort der Stadt Nürnberg sprach der Amtsleiter für berufliche Schulen, Walter Lang. „Die Ressourcen sind bereitgestellt“, führte Lang aus und verwies dabei u. a. auf den gelungenen Umbau des „Tempo-Hauses“ in die Berufliche Oberschule-Nürnberg. Da Nürnberg die



Prof. Dr. Jürgen Lehmann.



Walter Lang.

Stadt mit dem höchsten Migrantenanteil in Bayern ist, sei es umso wichtiger, dass die „Wahrung der Chancenvielfalt“ in der Bildungslandschaft gegeben ist, so Lang weiter. Der VLB hat mit Walter Lang einen verlässlichen Partner, wenn es um die Belange der beruflichen Schulen in Nürnberg geht.

Kaum dass er in seinem Begrüßungsstatement das Wort „Chancenvielfalt“ in den Mund genommen hatte, wurde Schulleiter Gerhard Krug aus dem Auditorium vehement unterbrochen – sollte es zum Eklat bei der Veranstaltung kommen? Leicht irritiert waren auch die restlichen Zuhörer ob des Disputes, der nach dem Zwischenruf entstand. Wie sich jedoch herausstellte, hatte die Theatergruppe der Schule diese Inszenierung vorbereitet und in der Form des Impro-Theaters ein Plädoyer für „ihre“ Schule gehalten.

Bevor Staatssekretär Bernd Sibler seine Rede hielt, nutzte Wolfgang Lambl die Gelegenheit, die VLB-Positionen zur Beruflichen Oberschule darzulegen:

Chancenvielfalt nachhaltig stärken Einführungsklasse

Der VLB beobachtet mit Sorge die Ausweitung der Einführungsklasse an Gymnasien, die in letzter Zeit nicht nachfrage- sondern angebotsorientiert eingerichtet wird, häufig ohne vorherige Bedarfsanalyse.

Gymnasien haben hinsichtlich der Informationspolitik Vorteile, da auf ein Gymnasium wesentlich weniger Realschulen kommen als auf eine Berufliche Oberschule und somit Informationsaktivitäten für Gymnasien leichter zu bewältigen sind.

Gymnasien haben auch insofern Wettbewerbsvorteile, als das Gymnasium bei den Schülerinnen/Schülern und entscheidungsbeteiligten Eltern weitaus bekannter ist als die Berufliche Oberschule.

Zudem ist das Netz der Gymnasien enger als das der Beruflichen Oberschulen, was zu einer weiteren Schwächung insbesondere der Beruflichen Oberschulen außerhalb der Ballungszentren führt. Entscheidungen zugunsten des Gymnasiums werden häufiger wegen der räumlichen Nähe zum Wohnort getroffen.

Der VLB fordert daher, dass von Seiten des Ministeriums Vorkehrungen zu treffen sind, dass in den 10. Klassen der Realschule ähnlich wie in der 4. Klasse Grundschule über alternative Bildungswege durch die Beratungslehrkräfte der Realschulen informiert wird, soweit personell möglich unterstützt durch Lehrkräfte der Anschlusschulen. Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass die guten Realschüler für das Gymnasium und die weniger guten für die Fachoberschule prädestiniert seien.

Vereinheitlichung des Abiturs

Gegenwärtig wird im Bereich des Gymnasiums diskutiert, Teile des Abiturs länderübergreifend zu vereinheitlichen und seit 9. März ist das auch so angelegt. Vollkommen ausgeklammert von dieser öffentlichen Diskussion ist die Berufliche Oberschule.

Auch für Fachoberschulen und Berufsoberschulen wären diese Überlegungen anzustellen, da die Motive für bundeseinheitliche Regelungen auch auf diese beiden Schularten zutreffen. Zudem würde diese auf die Berufliche Oberschule bezogene Diskussion die Gleichwertigkeit von Gymnasium und Beruflicher Oberschule unterstreichen.

Ressourcen jetzt bereitstellen

Zusätzlich fügte Lambl noch hinzu: „Es gibt nichts Gutes – außer man tut es!“

„Die beruflichen Schulen und im Besonderen die beruflichen Oberschulen werden von allen Seiten gelobt und man klopft uns auf die Schultern – nur davon haben unsere Schülerinnen und Schüler, unsere Schulen und vor allem unsere Lehrkräfte nichts.“

„In einer Rede des Kultusministers Dr. Spaenle – in der er fünfmal die Leistungen der beruflichen Schulen und unserer Lehrkräfte mit den Worten „ich ziehe meinen Hut...“ gelobt und positiv herausgestellt hat, habe ich ihm gesagt: „Lieber einmal den Hut gezogen und viermal eine gute Tat“. Am Beispiel der Entwicklung der Planstellen an „Berufliche Oberschulen“ verdeutlichte Lambl die Notwendigkeit, dringend für die notwendigen Stellenhebungen von A 13 nach A 14 zu sorgen. Im Vergleich zu den Gymnasien sei die Beförderungssituation eigentlich nicht mehr tragbar.

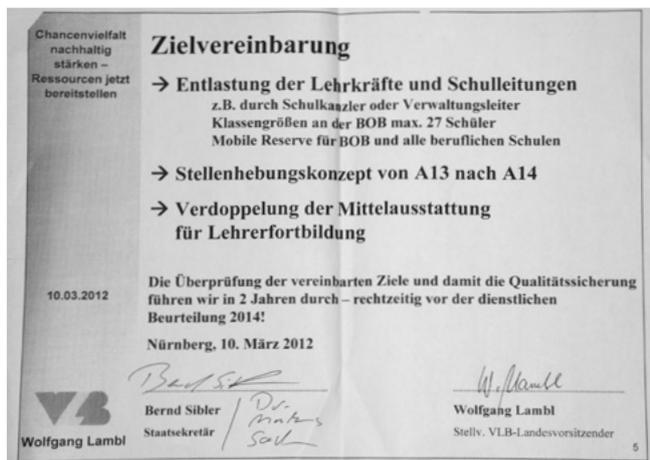
„Was halten Sie von folgender Zielvereinbarung, Herr Staatssekretär?“, (siehe Kasten) setzte seine Unterschrift darunter und forderte den Staatssekretär heraus, es ihm gleich zu tun.

Hauptreferate

Der sich im Kreise der VLB-Solidargemeinschaft sichtlich wohlühlende Staatssekretär ließ die Zuhörer bis zum Ende seiner Rede warten, bevor er seine Unterschrift leistete – ausdrücklich daraufhin hinweisend, dass auch Finanzminister Markus Söder mit in das Boot geholt werden muss.

Seinen Vortrag gliederte Sibler in drei Bereiche:

- > Bildung als politische und gesellschaftliche Kernaufgabe
- > Die Berufliche Oberschule: Kontinuität und Innovation



> Zukunftsperspektiven der FOS/BOS

„Ich freue mich sehr, heute hier in Nürnberg dabei zu sein,

- > denn das Thema „Chancenvielfalt“ ist in der Tat höchst aktuell
- > Chancengerechtigkeit und Chancenvielfalt sind die großen Herausforderungen der heutigen Zeit.
- > FOS und BOS kommt dabei zweifelsohne eine Schlüsselrolle zu“.

So führte Sibler in sein Referat ein, um dann nochmals den kurzen aber sehr erfolgreichen Weg der beruflichen Oberschule zu skizzieren. „Die Berufliche Oberschule, unter deren Dach Fachoberschule und Berufsoberschule vereint sind, hat sich seitdem als tragende Säule des differenzierten Schulwesens etabliert: Sie ermöglicht nach der mittleren Reife oder einer Berufsausbildung den Weg zu einem Studium oder auch zu einer anspruchsvollen Berufstätigkeit!

Dieser Bildungsweg garantiert die Durchlässigkeit unseres Bildungswesens, Chancenvielfalt und somit Bildungsgerechtigkeit in Bayern!“ So bietet die BOB das Angebot eines „geschlossenen Bildungsgangs vom Hauptschulabschluss bis hin zur Fachhochschulreife oder allgemeinen Hochschulreife ohne Schulwechsel.“ Im besonderen Maße betonte er dabei, dass die „Berufliche Oberschule in innovativer Weise drei Bereiche miteinander verknüpft:

- > breite Allgemeinbildung,
- > Fachtheorie und
- > Fachpraxis.“

Erfreulich zu hören war auch, dass im Kultusministerium das Problem der Durchlässigkeit/Übergänge angekommen ist und auch entsprechende Maßnahmen zur Lösung – wie Brückenangebote, Förderunterricht, Vorkurse, Schulversuch ‚Vorklasse FOS‘ – auf den Weg gebracht sind. Mit Blick auf die Ausführungen von Prof. Dr Lehmann stellte er die Förderung des Akademikernachwuchses als eine Kernaufgabe der BOB heraus.

Wie es bei einer solchen Veranstaltung üblich ist, dankte der „Arbeitgeber“ seinen Lehrkräften für die hervorragende Arbeit vor Ort. „Ein herzliches ‚Vergelt’s Gott‘ für Ihr stets professionelles, pragmatisches und flexibles Han-



Staatssekretär Bend Sibler.

deln!“ Bewusst sei ihm jedoch auch, dass die „Rahmenbedingungen nicht immer optimal sind“.

„Allein für dieses Schuljahr wurden neben den 88 Planstellen im Doppelhaushalt weitere 40 Planstellen geschaffen und 18 Abordnungen vom Gymnasium weitergeführt. Damit konnten die Klassenstärken spürbar verringert und der ausfallende Pflichtunterricht reduziert werden. Für das kommende Schuljahr werden zusätzlich 50 Planstellen für eine Mobile Reserve an FOS/BOS zur Verfügung gestellt werden.“

Den Blick auf die Zukunftsperspektiven der BOB gerichtet, führte der Staatssekretär folgende Punkte an:

- > Globalisierung,
- > demografischer Wandel
- > Fachkräftemangel
- > Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland



Wolfgang Lambl dankt den Podiumsteilnehmern (von links): Dr. Bernd Eckhardt (LEV), Siegmund Schimanski (Sparkasse Bayreuth), Moderatorin Susanne Kraus-Lindner (VLB), Georg Renner (ISB), Staatssekretär Bernd Sibler, Prof. Dr. Jürgen Lehmann, Timo Greger (Schülersprecher) und Hans Dietrich (VLB).

Dazu stellte Sibler fest: „Die Beruflichen Oberschulen leisten hier bereits einen wesentlichen Beitrag.“ Bezug nahm er dabei auf die im Februar stattgefundene Arbeitstagung „40 Jahre Fachoberschule und Berufsoberschule – Innovation mit Tradition“ in Herrsching. Schlaglichtartig seien einige Punkte angeführt:

- > Ausbildungsinhalte im Bereich „Gesundheit und Pflege“ – Diskussion über die europäische Berufsanerkennungsrichtlinie
- > Inhaltliche Schwerpunkte zum Thema „Internationale Wirtschaft“
- > Passgenauere Anschlussmöglichkeiten im sprachlichen Bereich
- > Stärkung der MINT-Fächer einhergehend mit einer bestmöglichen Vorbereitung auf ein MINT-Studium
- > Stärkung der fachpraktischen Ausbildung
- > Unterrichtsentwicklung
- > Schulmarketing
- > Eigenverantwortliche Schule
- > Entlastung der Schulleiter

„Wenn wir auf die Erfolgsgeschichte von FOS/BOS blicken, und wenn wir sehen, mit welcher Tatkraft die Zukunftsaufgaben von heute und morgen angegangen werden, dann ist es, denke ich, gerechtfertigt zu sagen, dass FOS/BOS auch in Zukunft aus Tradition für Innovation im bayerischen Bildungswesen

stehen wird!“ Unter dem Applaus des Auditoriums setzte Staatssekretär Bernd Sibler dann seine Unterschrift unter die vom VLB vorgeschlagene Zielvereinbarung und versprach im Rahmen seiner Möglichkeiten sich für eine Erreichung einzusetzen.

Nach einer kurzen Vorstellung der Hochschule Hof stellte Prof. Dr. Jürgen Lehmann anschließenden in seinem Referat die Kooperationsmöglichkeiten zwischen BOB und Hochschule in den Blickpunkt. „Die FOS/BOS ist ein natürlicher Bildungspartner der Hochschulen“. Wichtig ist ihm dabei, dass bereits an den Zubringerschulen zur Hochschule Voraussetzungen wie

- > logisches Denken
- > Motivation
- > Eigenverantwortung, insbes. Ausgleich von Defiziten
- > Softkills u. a., Kommunikation, Teamwork
- > Präsentationstechniken
- > projektorientiertes Arbeiten
- > Sprachen: Deutsch, Englisch geschaffen werden, um künftigen Anforderungen gewachsen zu sein. Die BOB sieht er hier als einen verlässlichen Partner. In seinen weiteren Ausführungen benannte Prof. Lehmann eine Reihe von Möglichkeiten wie Ex-

kursionen an die Hochschule, Projekte mit Hochschulen wie mit Betrieben, Verlagerung von Ausbildungsteilen an die Hochschule, Nutzung der Hochschulinfrastruktur (Bibliothek), gemeinsames Marketing zum Heben verborgener Schätze, ... um Synergieeffekte nutzen zu können.

(Anmerkung der Redaktion: Die Redaktion von vlb-akzente hat mit Prof. Dr. Lehmann vereinbart, dass er in einer der nächsten Ausgaben seine Gedanken/Ideen ausführlich zur Diskussion stellt.)

Zum Schluss sei Schulleiter Gerhard Krug mit seinem Team und den Schülern gedankt, die den reibungslos verlaufenden Tag nicht nur bestens vorbereitet hatten, sondern auch während der Veranstaltung dazu beigetragen haben, dass sich alle Teilnehmer/innen gerne daran zurückerinnern. ■

Die Ergebnisse der Workshops können Sie unter www.vlb-bayern.de nachlesen.

Fachtagung in Kloster Banz:

Neuausrichtung der bayerischen Wirtschaftsschule

RANDOLF JOHN

Von Wildbad Kreuth nach Kloster Banz

Nach Wildbad Kreuth ist in Kloster Banz der nächste Schritt in der Neuausrichtung der bayerischen Wirtschaftsschule gegangen worden. Fast genau vor einem Jahr wurde auf Anregung von Mdg German Denneborg im Rahmen einer groß angelegten Arbeitstagung „Die Wirtschaftsschule von morgen – Perspektiven einer traditionsreichen Schulart“ in Wildbad Kreuth mit geladenen Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Bildung und Verbandswesen über die bayerische Wirtschaftsschule diskutiert. Zahlreiche Vertreter aus dem Wirtschaftsschulbereich konnten ihre Gedanken und ihr Know-how in unterschiedliche Workshops einfließen lassen.

Ein Jahr später – trafen sich die Diskutanten wieder – dieses Mal in Kloster Banz zur Arbeitstagung „Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schulart“

Im Vorfeld dieser Tagung von Kloster Banz (2. bis 3. Februar 2012) hat der VLB mehrmals in den offenen Diskussionsprozess mit der beruflichen Abteilung des Kultusministeriums generelle und curriculare Überlegungen (vgl. vlb-akzente 01/2012) einfließen lassen.

Ein letztes Treffen der VLB-Schulleiter von Wirtschaftsschulen fand am 13. Januar 2012 in Nürnberg statt, um die unterschiedlichen Sichtweisen innerhalb des VLB im Rahmen einer moderierten Aussprache zu thematisieren. In Anwesenheit des geschäftsführenden Vorstandes (Jürgen Wunderlich, Alexander Liebel und Jörg Matthes) wurden ausgehend von der veröffentlichten VLB-Position (vgl. akzente 01/2012) Änderungsanträge behandelt und die (Abstimmungs-)Ergebnisse ebenfalls an das Kultusministerium weitergeleitet.

Daher waren alle sehr gespannt, in wie weit die Anliegen des VLB in den Überlegungen des Kultusministeriums Berücksichtigung finden werden.

Um es an dieser Stelle klar zu sagen: Die vielleicht bei mehreren Interessensvertretern bestehende Hoffnung, in Kloster Banz noch einmal in einen (ausführlichen) Diskussions- und Mitentscheidungsprozess eintreten zu können, wurde bereits mit der Einladung zu dieser Arbeitstagung und der darin enthaltenen Programmgestaltung gedämpft.

Vielmehr war die Tagung in Kloster Banz darauf ausgelegt, die künftigen und vielfach im Vorfeld mit dem Kultusministerium diskutierten Handlungsfelder, z. B. die didaktisch-methodische Weiterentwicklung der Übungsfirmerarbeit oder die Einsatzmöglichkeiten der TV-Lehrkräfte, auszuloten und Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen einer „Open Space“ – Diskussion weiter zu entwickeln.

In den Augen mancher Teilnehmer war diese „Dramaturgie“ nicht ganz mit der vom Kultusministerium propagierten Ergebnisoffenheit in Einklang zu bringen. Andererseits musste klar sein, dass ein erneutes Durchdiskutieren gegensätzlicher Positionen für das Kultusministerium – nicht zuletzt aus zeitlichen Gründen – keine sinnvolle Alternative sein konnte.

Aber der Reihe nach: In Kloster Banz begrüßten Paula Bodensteiner, Referentin für Bildung und Erziehung der Hanns-Seidel-Stiftung und Georg Renner, Leiter der Abteilung Berufliche Schulen am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, die Gäste.

Georg Renner und sein Team führten im Folgenden souverän durch das abwechslungsreich moderierte zweitägige Programm.

Unter dem Motto – „Vom Allgemeinen zum Speziellen“ – konfrontierte zu Beginn Prof. Dr. Susanne Weber, Ludwig-Maximilians-Universität München, mit den gesellschaftlichen Megatrends und dem damit einhergehenden Veränderungsdruck auf die berufliche Bildung. Deutlich wurde, wie sehr die berufliche Praxis durch projekt- und prozessorientierte Arbeitsstrukturen geprägt ist und eine kompetenzorientierte, an

Lernsituationen ausgerichtete Ausbildung verlangt.

Diese Megatrends aufgreifend – beschrieb Prof. Dr. Karl Wilbers, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, in seinem Statement die im schulischen Umfeld (Zubringer- und Abnehmerschulen) festzustellenden Veränderungen, die nun seitens der Wirtschaftsschule Anpassungsprozesse auslösen. Darüber hinaus betonte er die Notwendigkeit weiterer Schritte, die als so genannte „Innovationsstufe II“ über die in Kloster Banz zu fassenden Maßnahmen hinausreichen. In diesem Kontext dachte Prof. Wilbers als ein mögliches strukturelles Erweiterungsmodell für die bayerische Wirtschaftsschule eine Ausdehnung „nach oben“ an. Dieses Modell könne aus seiner Sicht eine FOS-Neugründung (Ausbildungsrichtung Wirtschaft) an einer Wirtschaftsschule vorsehen.

Kultusministerieller Entwurf der neuen Stundentafel für die vierstufige Wirtschaftsschule

Mdg. German Denneborg, Leiter der Abteilung VII Berufliche Schulen, Erwachsenenbildung, Sport im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, eröffnete schließlich den gespannten Teilnehmern die unter Mitwirkung des ISB aktualisierten Eckpunkte und die überarbeitete Stundentafel zur Neukonzeption der bayerischen Wirtschaftsschule.

Welche Gedanken leiteten das Kultusministerium?

Die diesem Stundentafelentwurf zugrunde liegenden Überlegungen des Kultusministeriums seien in enger Anlehnung an das vom Kultusministerium verteilte „Handout“ zur Neukonzeption siehe Seite 22.

Neben der neuen Stundentafel wird in Zukunft ein verpflichtendes Betriebspraktikum für Lehrkräfte eingeführt, damit eigene praktische Erfahrungen erworben bzw. aufgefrischt und an die Schüler weitergegeben werden können.

Entwurf der neuen Stundentafel für die vierstufige Wirtschaftsschule

Jahrgangsstufe (Pflicht)fächer	7	8	9	10	gesamt
Religionslehre	2	2	2	2	8
Deutsch	4+1 ¹	4	4	4	17
Englisch	5	5	4	4	18
Mathematik	3+1 ¹	3	4	4 ²	15
Geschichte/Sozialkunde	2	2	2	2	8
Natur und Technik	2	2	–	–	4
Musisch-ästhetische Bildung	2	2	–	–	4
Sport	2 + 2	2 + 2	2 + 2	2 + 2	8 + 8
Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kontrolle	2	6	6	6	20
Übungsunternehmen	–	–	4 ³	4 ^{2 3}	7 9
Wirtschaftsgeographie	–	–	2	2	4
Informationsverarbeitung	4	2 ⁴	– ³	– ³	6 ⁽⁺²⁻⁸⁾
Gesamt	30 + 2	30 + 2	30 + 2	32 + 2	120 + 8
Intensivierung	1	1	1	1	4

¹ Zur differenzierten Förderung der Schülerinnen und Schüler

² In Jahrgangsstufe 10 kann die Klasse ab dem Halbjahr entsprechend der Wahl des Abschlussprüfungsfaches geteilt werden. Dadurch ist es möglich, 1 Stunde eigenverantwortlich zwischen den Fächern Mathematik und Übungsunternehmen zu verschieben.*)

³ Der Unterricht im Fach Übungsunternehmen muss mindestens 1 Stunde Informationsverarbeitung enthalten.

⁴ Zur Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf das Fach Übungsunternehmen

* In Kloster Banz wurde dem Kultusministerium der Vorschlag unterbreitet, bereits am Ende der 9. Jahrgangsstufe die Wahl des Abschlussprüfungsfaches vorzunehmen.

Hinsichtlich der Praktika für Schüler sollen die Wirtschaftsschulen in eigener Zuständigkeit entscheiden.

Wie ist die neue Stundentafel zu beurteilen?

Vergleicht man diese überarbeitete Stundentafel mit dem ersten Entwurf des Kultusministeriums im Anschluss an Wildbad Kreuth, so ist aus Sicht des VLB Folgendes festzuhalten:

1. Die Vorschläge des VLB hinsichtlich der TV/DV-Stunden sind zwar nicht zur Gänze, aber zu einem großen Teil berücksichtigt worden. So wurde zum einen die vorgeschlagene Fachbezeichnung „Informationsverarbeitung“ aufgegriffen, aber viel wichtiger noch: es werden in der 8. Jgst. wie-

der zwei Stunden Informationsverarbeitung ausgewiesen und in der 9. und 10. Jgst. mindestens eine Jahreswochenstunde im Rahmen des Faches Übungsunternehmen verankert.

2. Das Fach Übungsfirma, jetzt neu „Übungsunternehmen“, wird in den Jgst. 9 und 10 mit den ebenfalls von VLB geforderten vier Jahreswochenstunden unterrichtet. Damit hat das Kultusministerium die berechtigten Befürchtungen einer inhaltlichen Überfrachtung des als Profulfach der Wirtschaftsschule bezeichneten Faches anerkannt.
3. Auch der von VLB aufgestellten Forderung, zugunsten des gewählten Abschlussprüfungsfaches – Mathematik oder Übungsunternehmen – eine

Stundenverlagerung vornehmen zu können, wurde nachgekommen. Die Entscheidung, in welchem Fach die Prüfung abgelegt wird, hat der Schüler voraussichtlich am Ende der 9. Jgst. zu treffen.

4. Wie vom VLB vorgeschlagen, sind durch die Koppelung verwandter Fächer (z. B. Geschichte/Sozialkunde) keine einstündigen Fächer mehr in der Stundentafel vorgesehen.

Es muss jedoch auch von Bewährtem Abschied genommen werden

Das Fach Projektarbeit ist leider nicht mehr sichtbar in der Stundentafel ausgewiesen; hier dürften die Schulen künftig im Fach „Betriebswirtschaft-

1. Mathematik und Wirtschaftsfächer

Reform-Motive	Reform-Maßnahmen
Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaftsschüler am dualen Ausbildungsmarkt verbessern; Durchlässigkeit und Bildungserfolg an weiterführende Schulen, vor allem FOS/BOS, erhöhen.	Einführung von Mathematik als Pflichtfach und damit verbunden die Aufhebung der Aufteilung in H- und M- Zweig
Übungsfirmenarbeit (neu: Übungsunternehmen ¹⁾) ist von herausragender Bedeutung für die WS; im Fach Übungsunternehmen vernetzen sich die anderen Unterrichtsfächer.	Stärkung des Profulfaches Übungsunternehmen – es wird Pflichtfach. Derzeit Erarbeitung von Qualitätsstandards am ISB. Es bleibt den Schulen überlassen, ob sie Mitglied im Übungsfirmenring sein wollen oder nicht. Verzahnung mit Deutsch/Englisch vorstellbar.
¹ Im Sinne von §17 HGB ist die „Firma“ der Name eines Unternehmens. Daher ist der Begriff „Übungsfirma“ missverständlich und soll in „Übungsunternehmen“ umgewandelt werden. Somit wäre der Wiedererkennungswert gewährleistet.	
Geänderte Anforderungen in der Wirtschaft; Sachbearbeitung geht mit Textverarbeitung einher; Grundlegende Kenntnisse der Informations- und Kommunikationstechnologien müssen erworben werden, um diese praktisch, auf wirtschaftliche Problemstellungen anzuwenden.	Zusammenlegung der Fächer Text- und Datenverarbeitung: „... die in der Jgst. 7 grundgelegten Kompetenzen sollen in der Jgst. 8, unter erster Anwendung übungsunternehmensrelevanter Inhalte, vertieft und in den Jahrgangsstufen 9 und 10 im Fach „Übungsunternehmen“ erweitert sowie zur Lösung der dort gegebenen Aufgabenstellungen verwendet werden. Dies setzt ein Zusammenwirken der beteiligten Lehrkräfte voraus.“
Orientierung an den realen, vernetzten Geschäftsprozessen; die innerbetriebliche Vernetzung durch neue Informations- und Kommunikationstechnologien berücksichtigt kaum Fächergrenzen. Rechnungswesen erfasst und berechnet das Betriebsgeschehen in Zahlen und ist ein Teil der Betriebswirtschaft. Die derzeitige Isolation des Faches Rechnungswesen durch die bestehende Fächereinteilung ist pädagogisch problematisch.	Zusammenlegung der Fächer Betriebswirtschaft und Rechnungswesen zu einem neuen Fach „Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kontrolle“ Beginn erfolgt bereits zweistündig ab Jgst. 7. Deutliche inhaltliche und zeitliche Straffung im Bereich Rechnungswesen mit dem Ziel, Grundkenntnisse zu vermitteln und es als Kern des Informationssystem eines Unternehmens zu begreifen.

2. Allgemein bildende Fächer

Reform-Motive	Reform-Maßnahmen
Stärkung bestehender Fächer: Deutsch und Englisch	Für Deutsch Möglichkeiten zur differenzierten Förderung der Schüler in Jgst. 7; für Englisch Erhöhung des Stundenmaßes auf jeweils 4 Stunden in Jgst. 9 und 10
Zusammenführen verwandter Fächer und Verhindern einständiger Fächer: VWL und Erdkunde	Neues zweistündiges Kombi-Fach „Wirtschaftsgeographie“ in den Jgst. 9 und 10 unter besonderer Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Aspekte der Geographie
Zusammenführen verwandter Fächer und Verhindern einständiger Fächer: Biologie, Physik, Chemie	Neues zweistündiges Kombi-Fach „Natur und Technik“ in den Jgst. 7 und 8; Vermittlung der Zusammenhänge zwischen Naturwissenschaft und Wirtschaft durch praxisorientierten, wenn möglich experimentellen Zugang
Zusammenführen verwandter Fächer und Verhindern einständiger Fächer: Geschichte und Sozialkunde	Neues zweistündiges Kombi-Fach „Geschichte/Sozialkunde“ in den Jgst. 7 bis 10
Verhindern einständiger Fächer	Musisch-ästhetische Bildung zweistündig in Jgst. 7 und 8

3. Konsequenzen für die Abschlussprüfung

Deutsch	schriftlich
Englisch	schriftlich und mündlich
Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kontrolle	schriftlich
Mathematik (wahlweise)	schriftlich
Übungsunternehmen (wahlweise)	praktisch und mündlich

Profil21 und die „mittlere Führungsebene“ – anstößig oder Anstoß?

DR. HERMANN FUSSTETTER

Die Ergebnisse der Schulentwicklungsprojekte Profil21 und MODUS F werden von der Lehrerschaft und von den Lehrervertretungen mit viel Skepsis aufgenommen. Das ist nicht verwunderlich vor ihrem Erfahrungshintergrund. „Leitung und Personalführung erscheinen wichtiger als guter Unterricht“ (BPV-Magazin). „Eine mittlere Führungsebene ist zustimmungspflichtig und absolut Dynamit: Wer darf Unterrichtsbesuche machen und beurteilen?“ „Ist das nicht Gefährdung der pädagogischen Freiheit, Gefährdung der Ausstattung der bisherigen StD-Ebene?“ „Das sind Instrumentarien aus der Wirtschaft, die sind im Schulwesen unnötig oder sogar kontraproduktiv, wir sind Staatsbeamte, wir wissen was zu tun ist und haben unsere Vorschriften!“

Als Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Stiftung Bildungspakt, die diese Projekte ins Leben gerufen und begleitet hat, als Mensch aus der Wirtschaft, früher Führungskraft und langjähriger Sprecher der Leitenden Angestellten und damit Mitarbeitervertreter, möchte ich einen Diskussionsbeitrag leisten. Er beruht auch auf meinen Erfahrungen als Begleiter von Schulen in ihrer Schulentwicklung seit 15 Jahren, als Referent bei Fortbildungen und Tagungen und als Schulevaluator der ersten Stunde und ungezählten Gesprächen bei diesen Gelegenheiten. Ich bin mit vielen Lehrern befreundet, meine Frau ist Mittelschullehrerin, mein Bruder Berufsschullehrer.

In meinem Beitrag möchte ich Ihnen gerne erst nahebringen, dass Menschen im Schulwesen und vergleichbar ausgebildete in der Wirtschaft ganz ähnliche Bedürfnisse haben. Dann streife ich nochmals die ursprünglichen Intentionen der Projekte und stelle Ihnen zuletzt die notwendigen Handlungsfelder zu guter Führung im Schulwesen vor.

Es ging doch bisher auch ohne! Wirklich? „Schon wieder einer aus der Wirtschaft, der glaubt seinen Senf zum Schul-

wesen geben zu müssen.“ Das sehe ich auf vielen Gesichtern der Zuhörerschaft geschrieben, wenn ich meine Vorträge befinne.

Ich bitte die Zuhörer dann gleich bei 24 Fragen im Kopf ihre Ja-Antworten zu zählen. Das sind Fragen wie: „Mein Dienstvorgesetzter gibt mir häufig angemessene Anerkennung für gute Leistungen und zeigt mir Verbesserungsmöglichkeiten auf“, „Mein Dienstvorgesetzter gibt mir Rückmeldung „was in mir steckt“ und entwickelt meine Stärken gezielt und gekonnt weiter“ „Regel- und Anlassbeurteilungen sind wunderbare Personalführungs- und Personalentwicklungsinstrumente“ Sarkastisches Lachen zwischendurch und weniger als 8 „Ja“ sind die Regel, und die Bereitschaft, doch über Führung zu reden, ist dann doch groß. Prof. West hat einmal Lehrkräfte befragt, welche eine Fortbildung sie gerne ihrem Schulleiter angedeihen lassen würden. Alle Antworten waren dem Bereich Menschenführung zuzuordnen. Bei Evaluationen wird nicht selten, auch im Bereich der beruflichen Schulen, das Führungsverhalten, insbesondere das Einbindungs-, Kommunikations-, Entscheidungs- und Anerkennungsverhalten der Schulleitung heftig kritisiert. Gute Führung scheint mir für Erfolg, für Arbeitszufriedenheit und Gesundheit, für bestmögliche Ergebnisse im Schulwesen genauso wichtig zu sein, wie in der Wirtschaft (und wie in Krankenhäusern und Finanzämtern). Deshalb werde ich auch so oft um einen Vortrag zu dieser Thematik gebeten.

Solche Befunde, gemeinsam mit den Erfahrungen beim großen Schulentwicklungsprojekt MODUS 21, waren ausschlaggebend dafür, MODUS F zu starten. Jeglicher Erfolg von Schulentwicklung, Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung hängt von gegliederten Führungspersönlichkeiten an der jeweiligen Schule (und drüber) ab.

Weil Berufsschulen oft schon weiter waren, wurde Führung in das umfas-

sendere Querschnittsprojekt PROFIL21 integriert. Am 5.10. 2006 wurde es in Kloster Banz gestartet.

Es umfasst die kompletten Handlungsfelder von MODUS21, die von MODUS-F, aus den Erfahrungen von MODUS21 auch gleich mit, und die Entwicklung und Erprobung eines auf Berufsschulen zugeschnittenen Qualitätsmanagementsystems. Das ist ehrgeizig, dachte ich damals. Ich hatte bis dahin noch nicht viele Berührungspunkte mit Berufsschulen. Mein erster war die Abschlusstagung des AQUA-Projektes in Wildbad Kreuth im Februar 2005, wo ich um einen Vortrag gebeten wurde zu „Personalführung und -entwicklung im Schulwesen“ und wo ich miterleben durfte, wie professionell, fähig und selbstbewusst Berufsschulleiter und ihre Lehrkräfte „tretminverseuchtes“ Neuland betreten (Mentoren statt Seminausbildung im 2. Ausbildungsabschnitt). Bei darauf folgenden Einladungen zu Themen wie Führungskultur oder Qualitätsmanagement erlebte ich immer wieder professionelle, souveräne, mutige Führungspersönlichkeiten. In der Folge hatte ich immer wieder mal Gelegenheit Berufsschulen zu besuchen, insbesondere PROFIL21-Schulen. Ich erlebte ein hohes Maß an Eigeninitiative, selbstbewusste interne Evaluation und projektmanagementmäßig durchgeplante Schulentwicklungsprogramme.

Praktikable Führungsstrukturen als Arbeitsbereich von PROFIL21

Ein Arbeitsgebiet in einem von fünf Arbeitsbereichen von Profil 21 hatte praktikable Führungsstrukturen als Voraussetzung für gute Führung zum Thema. Die Schulen nahmen sich hier also vor, selbst zu erarbeiten, wie sie Führungsstrukturen ausbilden können, die es ermöglichen, die eingangs erwähnten systemischen Schwächen anzugehen – experimentelle Bildungsentwicklung also, nicht das Umsetzen behördlicher Vorgaben. „Die Schere im Kopf wird zur Seite

gelegt, auch wenn das erst mal mit mehr Arbeit verbunden ist“, sagte Hans Käfler, langjähriger Vorsitzender des VLB, im Gespräch mit dem damaligen Kultusminister und der Passauer Neuen Presse am 14.11.2006. „Auf Bewährtes bauen, Neues wagen und Vertrauen fördern“, unter dieser so treffenden Überschrift berichtete Carlo Dirschedl über die erarbeitete Konzeption an seiner Berufsschule in vlb-akzente 11/2008.

Drei Jahre später liegen die Ergebnisse dieser Schulentwicklungsarbeit vor Ort vor. Es überrascht nicht, dass ein überall bearbeitetes Handlungsfeld eine „mittlere Führungsebene“ ist. In Berufsschulen und erst Recht in Berufsschulzentren sind diese Strukturen ja schon implizit angelegt. Es wurde nur experimentiert mit einer Neuverteilung von Kompetenzen im „Geschäftsverteilungsplan“, mit der neue Führungsprinzipien mit neuen Führungsinstrumenten in einer neuen Führungskultur erleichtert werden. Das Augenmerk aller richtet sich nun aber leider nur auf das Arbeitsergebnis „Mittlere Führungsebene“ und zwar als Bedrohung – bei der Stiftung, bei den Schulbehörden, bei den Verbänden und Personalräten und natürlich bei den Lehrkräften.

„Darf der mich jetzt beurteilen?“, „Was qualifiziert den dazu, seine freiwillige Meldung?“, wird mit Recht gefragt. Nach den erarbeiteten Vorteilen einer verbesserten Führungskultur für die Geführten fragt kaum jemand. Das sind auch Ergebnisse unserer Kommunikationsfehler in der Stiftung.

Eine mittlere Führungsebene, das heißt eine Führungsspanne, wie sie ja auch für das Kultusministerium charakteristisch ist, ist Voraussetzung für den Erfolg, nicht der Erfolg selber!

Die Kommunikation ist vermutlich deshalb so schwierig, weil so viele als Führungsprinzipien nur die Extrempunkte kennen: „Befehl und Gehorsam“ auf der einen Seite und „Laissez Faire“ auf der anderen. Was sie von Dienstleistung Führung profitieren können, erschließt sich ihnen nicht, insbesondere, wenn Sie mit durch Erfahrung gewitztem, gesunden Misstrauen herangehen.

Das müssen Stiftung und die Modellschulen, insbesondere deren Lehrkräfte,

nicht die Schulleiter und Abteilungsleiter, glaubwürdig vorstellen.

Ich möchte Ihnen gerne hier aufzeigen, wie „Dienstleistung Führung“ in vielen Organisationen, auch öffentlichen, sehr positive Wirkungen entfaltet hat. In der Wirtschaft ist eine gute Führungskultur ein ganz entscheidender Wettbewerbsfaktor!

Dienstleistung Führung – was hab ich als Lehrkraft davon?

Führung hat nichts zu tun mit dem „Führer“. Der Begriff ist auch nicht seither „verbrannt“, wir haben ja Fraktionsführer, Oppositionsführer, Bergführer, Führung beim Tanzen. Was Sie jetzt (beim Tanzen) assoziieren ... genau darum geht es!

Nach Absprache partnerschaftlich und auf gleicher Augenhöhe Tanz und Richtung bestimmen, festlegen, was als nächstes geschieht und dies durch die eigene Haltung und Tätigkeit deutlich und mit vollziehbar machen und auch eindeutig einleiten.

Ab und zu neue Schritte gemeinsam einüben. Von anderen was abschauen.

Darauf achten, dass man nur Schrittfolgen macht, die man gemeinsam eingeübt hat und sich zumuten kann, aber ohne Angst vor Fehlern. Die Fehler des anderen durch die eigenen Schritte ausbügeln und sich für die eigenen Fehler entschuldigen! Gemeinsam Erfolg und dabei dadurch Freude haben!

Sie können es auch abstrakter haben:

„Führung ist die gezielte Erzeugung einer ergebnisorientierten Leistung, wobei für die dabei notwendigen Detailschritte die Beurteilung, die Abarbeitungs- und Entscheidungsbefugnis und damit die Zuständigkeit bei den Mitarbeitern verbleiben.“ Alle notwendigen Informationen und hilfreiche Hintergrundinformationen werden gegeben. Führung heißt auch die absolut notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, das Arbeitsergebnis zu begutachten, die Errungenschaften anzuerkennen und für die Weiterentwicklung der Mitarbeiter zu sorgen. „Führung“ erfordert für den Führenden: Information – Befugnis – Rückhalt haben und geben, nur dann kann dieser der Verantwortungsübernahme gerecht werden. Verantwortlichkeit ist Verantwortung plus Befugnis.

Was gehört zu Führung?

Wie beim Bergführer, sogar beim Fraktionsführer, ich muss wissen, wo ich stehe und wo ich hin will und herausfinden, wie ich hinkomme! Ich habe klare, kommunizierbare und kommunizierte Ziele. Ohne die macht keine Weiterentwicklung, keine Führung Sinn. Ziele sind Ziele, nicht Maßnahmen. Maßnahmen werden umgesetzt, Ziele erreicht oder auch mal verfehlt.

Ganz nebenbei, Ziele haben idealerweise einen numerisch messbaren Erfolgsparameter und einen kalendarischen Termin. Ja, dann kann man Ziele verfehlen, aber man kann dann auch zweifelsfrei Ziele erreichen und dann stolz seinem Team Anerkennung zuteil werden und es feiern lassen. In der Führungsakademie der Bundeswehr galt schon in den 50er Jahren: „Eine Leistung, die auf Dauer nicht anerkannt wird, wird eines Tages nicht mehr erbracht“: „Ned g'schimpft is g'lobt gnua“ funktioniert auf Dauer nicht, nicht mal in Bayern.

Die Klarheit der Zielsetzung ist Grundvoraussetzung einer gerechten Personalführung. Nochmals und eindringlich: Klare Ziele, längerfristige und Jahresziele, im Rahmen einer klaren Strategie.

Wenn die Ziele klar sind, kommuniziert sind, dann können die weiteren Komponenten von Führung tragfähig werden.

Führungsstrukturen, Führungsinstrumente, Führungsprinzipien, Führungskultur.

Diese vier sind wie Zacken an einem Schlüssel. Wenn einer fehlt, sperren die drei anderen auch nicht, nicht mal teilweise. Deshalb ist die „mittlere Führungsebene“ alleine kein Erfolg.

In praktikablen Führungsspannen sind „Abteilungsleiter“ Chefs ihrer Bereiche und verantwortlich für deren Qualität und Weiterentwicklung, aber auch für die die Belastung reduzierende Zusammenarbeit dort.

Führung wird dann Alltag, nicht verkrampte Sondersituation anlässlich von Beurteilungsbesuchen, Hierarchien sind dann nicht „Obrigkeit“, sondern Funktionalität, und zwar angstfreie. Autorität ist dann im Idealfall persönliche Autorität, nicht Amtsautorität.

Anspruch auf reine Amtsautorität, Vorenthalten von Herrschaftswissen, Unterwerfungsrituale, Kommandoton sind destruktiv und funktionieren nicht mehr.

„Meine einzige Macht besteht in meiner Machtlosigkeit. Wenn ich etwas erreichen will, muss ich überzeugen, als Mensch genauso wie durch meine Ideen und Argumente. Mein Einfluss reicht nur so weit, wie das Vertrauen reicht, das mir entgegengebracht wird...“, stellt der Benediktiner-Abtprimas Notker Wolf fest. Führung hat heute im Sinne Notker Wolfs Dienstleistung zur gemeinsamen Zielerreichung zu sein, nicht „behördlicher Hoheitsakt“.

In der Wirtschaft heißt das „wertschätzender, kooperativer Führungsstil“.

Als Führungsinstrumente im Schulwesen werden mindestens benötigt:

- > Begabungsgerecht gefüllter und erfolgsorientierter Geschäftsverteilungsplan mit formulierten spezifischen Anforderungsprofilen (Stellenbeschreibungen).
- > Formelle, dokumentierte Mitarbeitergespräche, jährlich, neben häufigen informellen, situativen Gesprächen.
- > Im Mitarbeitergespräch vereinbarte, und ergebnisüberprüfte individuelle Ziele (nicht Maßnahmen).
- > Wirkungsvolle, klar geregelte situative Delegation.
- > Regelmäßige Review-Meetings zur aufmerksamen Verfolgung vereinbarter Aktionen.
- > Personal- und Führungskräfteentwicklung (auf Basis der Mitarbeitergespräche, mit Potentialermittlung, Kommunikation, ergebnisüberprüfter Fortbildung und Fortbildungsplanung).

Zu jedem einzelnen Prinzip ließe sich so vieles schreiben. Nur ein paar Sätze zum Mitarbeitergespräch.

Häufige Mitarbeitergespräche, informell mit und ohne Anlass, eingebettet in eine gute Führungskultur, sind so wertvoll. Genauso wertvoll ist aber auch ein formelles Mitarbeitergespräch, jährlich durchgeführt und protokolliert. Solche Mitarbeitergespräche finden statt im Schulwesen, aber in höchst unterschiedlicher Art und Qualität. Viele Gespräche vermeiden eine bewertende Aussage zur

Zufriedenheit mit der Arbeit eines Mitarbeiters, weil das justiziabel werden könnte bei der nächsten Beurteilung. Damit verliert aber das Gespräch seinen essentiellen Kern. Als Lehrer geb' ich dann auch kein kritisches Feedback zu meiner Zufriedenheit mit der Führung, weil ich nicht weiß, ob mir das nicht später heimgezahlt wird. Dann wird nur das erzählt, was ich idealerweise aus den informellen Gesprächen ohnehin weiß.

Ein jährliches Mitarbeitergespräch mit Rückblick auf die vereinbarten Ziele und einer ehrlichen und konstruktiven Rückmeldung ermöglicht es einer Lehrkraft, Stolz auf die eigene Leistung zu entwickeln, Anerkennung zu bekommen und vielleicht sogar Leistungszulagen und sich weiter zu entwickeln.

Werden solche Gespräche fair und auf Augenhöhe geführt, Ziele vereinbart, nicht aufoktroziert, dann haben sie das Potential, eines Tages die Beurteilungen zu ersetzen bei wesentlich höherer Akzeptanz. Das in Schulen real praktizierte Beurteilungswesen halte ich für milde gesagt „verbesserungswürdig“, eigentlich „menschunwürdig“! Dies wird zunehmend in Zeiten von Blogs auch noch öffentlichkeitswirksam. Viele Lehrkräfte haben sich daran gewöhnt, halten es für alternativlos – und ärgern sich trotzdem maßlos! Es ist nicht alternativlos! Das muss doch alles besser gehen!

Regelmäßige Managementmeetings, Review-Meetings, Schulrat oder MB mit Schulleitern, Schulleiter mit „Abteilungsleitern“/Fachbetreuern, „Abteilungsleiter“/Fachbetreuer mit ihren Lehrkräften erlauben die Verfolgung der jeweils übergeordneten Zielsetzung, erzeugen Soll-Ist-Analysen, entdecken zeitliche Abweichungen im Umsetzungsplan, starten die Implementierung von Neuerungen, von Schulprofilen, übernehmen die Erfolgskontrolle, stellen die Kommunikation und die Öffentlichkeitsarbeit sicher und organisieren das Feiern von Erfolgen.

Führungskräfteentdeckung, -entwicklung und -auswahl

Personal- und Führungskräfteentwicklung sind extrem wichtige Führungsinstrumente. Die Mitarbeitergespräche sind nur Voraussetzung dafür. Unser Schulsystem kann heute weder davon ausge-

hen, dass es einfach nur wie ein Uhrwerk funktionieren muss, dass Schulen quasi nur als „Unterrichtsvollzugsanstalten“ die Erfüllung von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien gewährleisten. Schulen müssen, wie jede andere Organisation und wie ihre Schüler, sich ständig weiterentwickeln, ständig besser werden. Man kann auch nicht mehr davon ausgehen, dass Lehrkräfte und Schulleiter „intrinsisch motiviert“ sind, speziell, wenn in Zeiten großer Sparprogramme verlangt wird, Mehrbelastungen zu ertragen führt und die Höhe ihrer zu erwarteten Pensionen öffentlich in Frage gestellt wird.

Genau wie Schüler haben Lehrkräfte aber auch das Recht, zu erfahren, „was in ihnen steckt“ und ihre Stärken, ihr Potential weiterzuentwickeln, auch ihr Führungskräftepotential.

Eine Schule ist eigentlich ein kleines Unternehmen. Das Wort „eigenverantwortliche Schule“ soll dem Rechnung tragen. Aber zur Verantwortung muss Befugnis delegiert werden „Freiheit und Rechenschaftslegung“ heißt das im holländischen Schulsystem - Rechenschaftslegung über Ergebnisse, nicht über Maßnahmen! Sonst gilt Otfried Fischers Spruch: „Nicht das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht!“

Die Kehrseite der Medaille sind Unsicherheiten und Konfliktpotential, ganz normal bei einem Leiter eines kleinen Unternehmens, erst recht bei den Chefs in der Schulaufsicht, also bei den Konzernchefs. Diese verlieren übrigens nicht an Bedeutung, wenn sie Befugnisse an die Schulleiter abgeben, sondern gewinnen an Bedeutung. Sie haben künftig zwei und nur zwei gesellschaftlich Wert erzeugende Aufgaben: 1. die ihnen anvertrauten Schulen zu führen, zu versorgen und sie in der Qualitätsentwicklung zu unterstützen. 2. einen Führungskräftenachwuchspool aufzubauen und zu pflegen.

Führungskräftenachwuchs muss man künftig „anders“ auswählen, nach Menschenführungsbegabung und Organisationstalent. Das sind nicht unbedingt Kriterien bei den Regelbeurteilungen. Ein guter Vorgesetzter erkennt, ob ein Mitarbeiter das Personal-, Sozial- und Sachkompetenzpotential für eine Führungspersönlichkeit hat, bei unzähligen Ge-

legenheiten, eine praktikable Führungsspanne vorausgesetzt. Gerade der Lehrberuf schult doch die Fähigkeit, Begabungen zu erkennen und zu diagnostizieren. Menschen führen können ist in erheblichem Umfang eine Begabung. Begabungsunterschiede, die man letztlich nicht durch Individualförderung beseitigen kann, gibt es aber nicht nur bei Schülern, auch bei Lehrern. Instrumentarien, Prinzipien und Selbstreflexion für Führungsfähigkeit werden an der ALP in Dillingen erworben, können aber Begabung nicht ersetzen.

Die Führungsinstrumente werden im Rahmen von Führungsprinzipien angewandt: Es wird deutlich, dass Führung Dienstleistung und Verantwortung ist, nicht behördlicher Hoheitsakt.

Führung ist zwingend Vorbildwirkung und verlangt Selbstdisziplin. Nur wer sich selber führen kann, kann andere Menschen führen. (Aber Übermenschliches wird nicht erwartet.)

Die Führungskraft macht ihrer Organisation klar, dass jeder „interner Kunde und Lieferant“ ist, dass jeder mehr oder weniger zufrieden mit dem Arbeitsergebnis eines anderen weiterarbeiten muss. Um „Kunden“ zu haben, muss man nichts verkaufen. Auch der Vorgesetzte kann sowohl Kunde als auch Lieferant sein, je nach anstehender Aufgabe.

Sie kommuniziert und weiß, wie wichtig aktive Kommunikation ist.

Das Selbstverständnis vieler Schulen ist heute noch nicht „integrale Leistungseinheit“, wie Evaluation suggeriert, und wie es zum Beispiel Orchester oder Fußballmannschaften sind, sondern, wie der Statistiker sagen würde, eine „Agglomeration von zufälligen, zugewiesenen, autonomen Einzelleistern“. Hier sind Führung und Führungsstrukturen erforderlich.

Führung ist eine Stilfrage. Stil ist nicht willkürlich, nicht konstant und muss zu den Persönlichkeiten und deren Reifegraden passen. Ein selbstbewusster, fähiger Lehrer darf nicht mit Befehl und Gehorsam geführt werden, ein ängstlicher, unselbstständiger Mitarbeiter will keinen Spielraum, er verlangt geradezu eine klare, befehlsartige Anweisung (gegen die er nicht selten anschließend polemisiert).

„Eine Entscheidung muss den Menschen nicht gefallen, sie muss ihnen dienen“, zitiert Abt Werlen aus der Regel des heiligen Benedikt. Ich darf auch nicht „everybody's darling“ sein wollen, Sie kennen die Fabel von Vater, Sohn, Esel und den Wanderern, denen diese begeben. Mut und Klugheit bei Entscheidungen gehören zu Führung.

Alle Führungsinstrumente und deren Anwendungsprinzipien können nur erfolgreich sein, wenn sie – wie schon ausgeführt – in funktionsfähigen Führungsstrukturen eingesetzt werden können und eingebettet sind in eine förderliche, zeitgemäße Führungskultur. Es ist müßig zu streiten, was zu Prinzipien und was zur Kultur gehört, entscheidend ist, dass beide wirksam sind.

Bei Führungskultur möchte ich wieder beginnen mit der authentischen Vorbildfunktion, das gilt für den direkten Vorgesetzten und gilt erst Recht für alle Ebenen drüber.

Fairness und Eindeutigkeit in der Führung sind ebenso Erfolgsfaktoren wie eine gerechte Anerkennungskultur, Rückhalt, Vertrauen, Motivations- und Begeisterungsfähigkeit sowie individuelle Förderung der Lehrkräfte.

In der frühindustrialisierten Gesellschaft waren Vorgesetzte dazu da, anzuordnen und zu überwachen. Mitarbeiter hatten Vorgesetzte zufrieden zu stellen. Druck und Furcht erzeugten Leistung. Teamarbeit und Eigeninitiative waren nicht nötig.

Heute haben Vorgesetzte die Aufgabe, die Voraussetzungen für die erfolgreiche Tätigkeit ihrer Mitarbeiter zu optimieren, dazu gehören auch klare Ziele und die Förderung von Teamleistung. Vorgesetzte und Mitarbeiter müssen gemeinsam den „Kunden“ zufrieden stellen. Nicht mehr Druck, sondern „Empowerment“ und Anerkennung erzeugen Leistung.

Alle diese Aspekte gelten für das Schulwesen auch, das ist weder schulkulturfern noch inhuman. .

Als Mensch aus der Wirtschaft gebe ich also meinen Senf zu Führung im Schulwesen, weil ich ermutigen will und kann. Es ist nicht immer einfach. Oft stehen Beamtdienstrecht, Lehrerdienstordnung und ähnliches noch etwas im Weg. Ich lasse mich bewusst gedanklich nicht

einengen durch gegenwärtig bestehende Richtlinien, Beamtenengesetze und Budgets. Die sind von Menschen im Landtag gemacht und können von Menschen geändert werden. „Ja, öffentliches Handeln bedarf einer gesetzlichen Grundlage, aber es kommt nicht nur auf Legitimation, sondern auch auf Effizienz und Effektivität an.“ (Prof. Stefan Huber). Es kann auch gesetzlich geregelt werden, dass etwas NICHT im Detail gesetzlich geregelt ist, sondern im Ermessenspielraum einer Person oder Gruppe liegt.

Jede künftige Besetzung einer Schulleitung mit einem Kandidaten, bei dem die Potentiale in den Hauptentscheidungskriterien Menschenführungsbegabung und Führungskompetenz nicht außer Frage stehen, ist eine Versündigung an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes!

„Bei freien Menschen entsteht Nach-eiferung, und es bilden sich bessere Erzieher, wo ihr Schicksal von dem Erfolg ihrer Arbeiten, als wo es von der Beförderung abhängt, die sie vom Staat zu erwarten haben.“ Dieser Satz von Wilhelm von Humboldt ist heute aktueller denn je.

„Alles was sich zu lange hinschleppt, ehe es zu irgend sichtbarem wird, verliert an Interesse“, stammt auch von ihm.

Aber nicht nur ein preußischer Schulreformer hat das erkannt, auf gut Bairisch sagt der Volksmund:

„Es muas was g'schehng, wei, wenn net boid was g'schiecht, dann passiert no wos!“

Weil es nicht immer einfach ist, zum Schluss ein aufrichtiger und respektvoller Dank an die Innovatoren, die Gestalter des Wandels in Bayern.

Der Politik, dem Ministerium und den Standesorganisationen wünsche ich, dass sie gekonnt, energisch und charismatisch das bayerische Schulsystem rasch und flächendeckend in die von den Pionieren aufgezeigte Richtung führen, ja FÜHREN!

liche Steuerung und Kontrolle“ bzw. im Fach „Übungsunternehmen“ abzustimmende Phasen nutzen, um in geeigneter Weise Projekte mit entsprechenden Methoden umzusetzen. Vor dem Hintergrund, dass in den konkurrierenden Schularten das Fach Projekt eingeführt worden ist, müssen die Wirtschaftsschulen nach außen deutlich machen, dass die in der Wirtschaft gebräuchlichen Arbeitsmethoden, z. B. Projektmanagement, für unsere Wirtschaftsschüler nichts Neues ist.

Mit der Zusammenlegung der Fächer Betriebswirtschaft und Rechnungswesen zum neuen Fach „Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kontrolle“ ist das Kultusministerium nicht den Vorschlägen des VLB gefolgt: Der VLB hatte schulartbezogen für eine Beibehaltung der Fächer als deutliches Unterscheidungsmerkmal zur Realschule und Profilierungsmerkmal der Wirtschaftsschule plädiert. Demgegenüber begründet das Kultusministerium die Zusammenlegung dieser beiden Fächer mit sowohl pädagogisch als auch betrieblich nicht (mehr) haltbaren fachlichen Grenzziehungen. Demzufolge soll Rechnungswesen, „... entsprechend der betrieblichen Realität, inhaltlich und zeitlich deutlich gestrafft werden...“, nicht zuletzt, um „... schließlich dem Bildungsauftrag der Wirtschaftsschule – Vermittlung einer kaufmännischen Grundbildung – gerecht zu werden.“

Betrachtet man die seit Oktober 2010 diskutierte Thematik, nämlich die „curriculare Neuausrichtung“ der Wirtschaftsschule, so lässt sich mit den Worten des stellvertretenden Vorstands Alexander Liebel sagen: „Aus Sicht des VLB sind die von Mdg. German Denneborg in Kloster Banz präsentierten überarbeiteten Eckpunkte und der vorgelegte Entwurf zur neuen Stundentafel ein guter Kompromiss.“ Es ist jetzt erforderlich, diese neue Stundentafel mit Leben zu füllen. Damit dies im Sinne der betroffenen Schulen, Lehrkräfte und Schüler erfolgen kann, bietet der VLB seine weitere Mitarbeit im Rahmen der Umgestaltung an. Dies betrifft angesichts neuer Fächer bzw. Fächerkombinationen insbesondere noch ungeklärte Fragen des Lehrereinsatzes.

Weiterer Ablauf in Kloster Banz

Die zweitägige Veranstaltung setzte sich fort mit Überblicksreferaten zur Umsetzung des neuen Profils der Wirtschaftsschule. Caroline Stahl, stellvertretende Abteilungsleiterin im ISB, referierte zur „Schärfung des wirtschaftlichen Profils“. Sie betonte die Notwendigkeit kompetenzorientierter und an Lernsituationen ausgerichteter Lehrpläne.

Georg Ott, derzeit noch kommissarischer Referatsleiter am ISB, referierte über die „Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzen“. Er verwies auf anwendungsbezogenen, praxisnahen Unterricht und eine daran ausgerichtete Aufgaben- und Prüfungskultur.

Im weiteren Verlauf konnten die Teilnehmer ihre Ansichten im Rahmen einer „Open Space“-Diskussion einbringen. Vom ISB waren zwei Themenkreise vorgegeben:

Angebot 1: Didaktisch-methodische Weiterentwicklung der Übungsfirma/Übungsunternehmen

Angebot 2: Erweiterte Einsatzmöglichkeiten für Textverarbeitungslehrkräfte (Ulrike Wagner und Ralf Reemtsma Private WS Sabel Nürnberg) – (vgl. den Beitrag in diesem Heft)

Weitere Themen/Arbeitskreise konnten die Teilnehmer frei anbieten und wählen. Als Beispiele sind zu nennen: „Innovationsstufe II“, „Ganztagsschulangebot an der Wirtschaftsschule“, Regionalisierungskonzepte und ...

Wie geht es weiter?

Georg Renner lieferte eine Vorschau auf die von seinem Hause zu koordinierenden Lehrplanarbeiten und den dafür vorgesehenen Zeitplan. Mit Nachdruck und Zuversicht verwies er auf die Unumgänglichkeit, die besten pädagogischen Kräfte zu bündeln, um diese ambitionierte „Herkules-Arbeit“ zu stemmen. Fest steht, dass ab dem Schuljahr 2013/14 ein neuer Lehrplan für die 7. Jahrgangsstufe vorliegt.

Den Abschluss der durch das ISB professionell vorbereiteten und durchgeführten Tagung bildete eine von Prof. Wilbers moderierte Gesprächsrunde mit Corinna Trier, Personalchefin der REWE Markt GmbH und German Denneborg,

Alexander Liebel (VLB) sowie Thomas Reitmeier, Regierung von Oberfranken und Gustav Huber, Bundesverband Deutscher Privatschulen. Die Schwerpunkte des Gesprächs waren:

- > Einschätzung des bisherigen Projektverlaufs einschließlich der Ergebnisse
- > Eingehen auf strittige Punkte
- > Weitere Entwicklungsperspektiven der Wirtschaftsschule (Innovationsstufe II)

In diesem Gespräch kam zum Ausdruck, dass die Beteiligung der Interessenvertreter in dem weithin ergebnisoffenen Dialog sehr geschätzt wurde. In diesem Zusammenhang sprach Alexander Liebel im Namen des VLB seinen Dank an das Kultusministerium aus. Gustav Huber rückte in seinen Statements den „Schüler der Wirtschaftsschulen“ in den Vordergrund und betonte entsprechend ausgerichtete Lern- und Arbeitsformen. Thomas Reitmeier bot im Namen der Bezirksregierung(en) seine Unterstützung für die Umsetzungsprozesse an. Last not least machte Corinna Trier deutlich, dass die Unternehmen den flexiblen, eigenverantwortlichen und vernetzt denkenden Schüler schätzen.

Mdg German Denneborg favorisierte ein zielstrebiges Erarbeiten der nun erforderlichen Lehrpläne und die darauf folgende konsequente Umsetzung an den einzelnen Schulen. Erst nach einer erfolgreichen Abarbeitung der Innovationsstufe I seien weitere Schritte im Sinne der Innovationsstufe II sinnvoll. Für Denneborg liege eine der großen Chancen für die einzelne Wirtschaftsschule in der Nutzung ihrer Gestaltungsspielräume. Die Wirtschaftsschule habe überall dort Erfolg, wo sie als etwas Eigenständiges wahrgenommen wird. Von besonderer Bedeutung seien hier die Flexibilität der vor Ort unterrichtenden Lehrkräfte und das Organisationsvermögen der Schulleitungen. Um den Schülern die mit der Wirtschaftsschule verbundenen, unverwechselbaren Qualifikationen über das Zeugnis hinaus zu bestätigen, können Schulen zusätzliche anerkannte Zertifikate verleihen. Hierzu zählen neben geeigneten Zertifikaten für den Nachweis von Text- bzw. Datenverarbeitungskenntnissen auch regio-

nal ausgerichtete Wahlfachangebote und Zertifikate in Fremdsprachen.

Fazit

Manche Teilnehmer hätten sich für die Tagung in Kloster Banz noch einmal eine Diskussion über die aktualisierte Stundentafel gewünscht.

Zahlreiche Teilnehmer waren jedoch auch dankbar, dass der lange andauernde Diskussionsprozess (Beginn: Oktober 2010) in der klaren Vorgabe einer neuen Stundentafel seinen vorläufigen Abschluss gefunden hat. Nun können die Arbeit in den Lehrplankommissionen und die gedankliche Auseinandersetzung, was diese Stundentafel für die einzelnen Kollegien vor Ort bedeutet, beginnen. Denn eines ist klar: Für die bayerischen Wirtschaftsschulen heißt es jetzt, in einen Prozess einzusteigen, der alle Bereiche der Schulentwicklung erfassen wird. Im Zuge künftiger Ganztags-, Regionalisierungs- oder Individualisierungskonzepte, bei der Einführung neuer Fächer sowie der Anwendung kompetenzorientierter Lehrpläne werden aufeinander abgestimmte organisatorische, personelle, technische und unterrichtliche Maßnahmen auf den Weg zu bringen sein. Dieser Schulentwicklungsprozess wird erforderlich sein, um die Schüler, um die es letztendlich geht, optimal zu fördern und zu fordern. Der bayerischen Wirtschaftsschule sind diese Schüler in der Zukunft zu wünschen.

Zum Schluss ein großes Dankeschön an alle, die in den letzten anderthalb Jahren in zahlreichen (Fachschafts-), Sitzungen, Gesprächsrunden, Telefonaten mit Engagement an der Zukunft der Wirtschaftsschule mitgearbeitet haben. Hier sind zum einen die Mitglieder in den VLB-Fachgruppen Wirtschaftsschulen und Textverarbeitung, aber zum anderen auch der geschäftsführende Vorstand, insbesondere die Herren Jürgen Wunderlich, Alexander Liebel und Jörg Matthes, zu nennen. Zu danken ist darüber hinaus all den zahlreichen Vertretern der DBW, der LEV und des VDP, die mit dem VLB Hand in Hand zusammengearbeitet haben. ■

Neuausrichtung der bayerischen Wirtschaftsschule:

Erweiterte Einsatzmöglichkeiten von Textverarbeitungslehrkräften

RALPH UND ULRIKE REEMTSMÄ

16 versus 4 – Ein Spannungsfeld

Im Vorfeld der Veranstaltung in Kloster Banz am 2. und 3. Februar 2012 zur Neuausrichtung der Wirtschaftsschule tat sich für alle Wirtschaftsschulen und für alle TV-Lehrkräfte ein großes Spannungsfeld auf.

Die WSO sieht in der zurzeit gültigen Fassung für die vierstufige Wirtschaftsschule 12 Stunden Textverarbeitung und 4 Stunden Datenverarbeitung vor. Der Lehrplan für das Fach Textverarbeitung wurde im Jahr 2008 kompetenzorientiert neu gefasst und modernisiert. Der Lehrplan für das Fach Datenverarbeitung gilt bereits seit dem Jahr 2000.

Der vom KM in Umlauf gebrachte Stundenplanentwurf sah als Ergebnis der Tagung in Wildbad Kreuth (2011) das Fach Informationstechnologie mit noch 4 Stunden in der 7. Jahrgangsstufe vor und danach tauchte dieses Unterrichtsfach nicht mehr auf.

Vor diesem Hintergrund erscheint es verständlich, dass in vielen Sitzungen (z. B. der DBW, der LEV und des VLB) und in zum Teil schulübergreifenden Treffen die Fragen diskutiert wurden, welche Zukunft für die TV-Fachlehrkräfte an den Wirtschaftsschulen besteht und ob die Wirtschaftsschulen mit dem vom KM genannten Stundenkontingent unterhalb dem der Realschulen und Mittelschulen dem Auftrag der Wirtschaftsschulen gemäß BayEUG gerecht werden können.

Auch scheint es verständlich, dass dem Kultusministerium und einigen Politikern des bayerischen Landtages eine Reihe von Schreiben mit Hinterfragungen zu diesem kargen Stundenkontingent für die (besonders von betrieblicher Seite) als so wesentlich erachteten Inhalte einer beruflichen Grundbildung erreichten.

In diesem Spannungsfeld wurde die Open-Space-Veranstaltung vorbereitet. So ging es uns ausschließlich darum, herauszufiltern und zu hinterfragen, welche IT-Inhalte nach dem Ermessen der geladenen Experten zu dem Profil einer modernen Wirtschaftsschule gehören und ebenso, welche Inhalte in dem vom KM vorgesehenen Stundenkontingent umsetzbar erscheinen.

6 plus 2 – Die Stundentafel des Kultusministeriums

Im Laufe der Veranstaltung in Kloster Banz präsentierte Mdg. Denneborg die neue Stundentafel (siehe Artikel von Randolph John in dieser Ausgabe) mit vier Stunden Informationsverarbeitung in der Jahrgangsstufe 7, zwei Stunden in der Jahrgangsstufe 8 und je einer Stunde in den Jahrgangsstufen 9 und 10 integriert in dem Fach Übungsunternehmen.

Somit wurde die Stundenanzahl des ursprünglichen KM-Vorschlages verdoppelt; die Stundenanzahl im Vergleich zur momentan gültigen WSO halbiert.

8 plus x – Die Perspektiven nach Kloster Banz

Im Open-Space-Workshop „Erweiterte Einsatzmöglichkeiten für Textverarbeitungslehrkräfte“ wurden in zwei Arbeitsgruppen Vernetzungsmöglichkeiten des neuen Faches Informationsverarbeitung mit anderen Fächern erarbeitet, sowie die möglichen Lerninhalte nach ihrer Wichtigkeit, auch im Rahmen des begrenzten Stundenkontingentes, eingestuft.

Inhaltliche Überschneidungen werden mit nahezu jedem Fach gesehen. Nachfolgend einige Beispiele:

Im Fach Deutsch wird das Thema „Brief“ behandelt. Im Fach Deutsch geht es hier vor allem um die Formulierung des Brieftextes. Die Briefgestaltung am PC sollte dann durch einen Fachlehrer

für Informationsverarbeitung begleitet werden.

Im Fach „Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kontrolle“ werden kaufmännische Rechenschemata (z. B. im Rahmen der Kostenträgerrechnung) besprochen. Die Umsetzung in Excel erfolgt mit Hilfe eines Fachlehrers für Informationsverarbeitung.

Ein professionelles Bewerbungstraining einschließlich einer aussagekräftigen Bewerbungsmappe setzt eine gute Zusammenarbeit der Fächer Deutsch und Informationsverarbeitung voraus.

In allen allgemeinbildenden Fächern können Sachverhalte für Referate im Internet recherchiert und in einer Power-Point-Präsentation vorgetragen werden.

Das Fach Übungsunternehmen hat hier eine ganz besondere Funktion. Es dient der „Einübung“ des Alltags in einem Büro. Fest in die Stundentafel eingeplant wurde in der 9. und 10. Jahrgangsstufe je 1 Stunde Informationsverarbeitung. Hier ist sicher ein deutlich darüber hinausgehender Einsatz der Fachlehrer für Informationsverarbeitung wünschenswert, da hier auch das weitere

Einüben und Festigen der Inhalte der 7. und 8. Jahrgangsstufe erfolgen sollte/muss. Dies ist im Fach Informationsverarbeitung aufgrund der reduzierten Stundenzahl nur begrenzt möglich.

In einer weiteren Gesprächsrunde konnte Dr. Güttler aufzeigen, dass jede einzelne Wirtschaftsschule im Rahmen des bezuschussten Stundenkontingentes die Möglichkeiten hat, weitere IV-Inhalte im Rahmen des individuellen Schulprofils zu berücksichtigen.

Dabei ist an erster Stelle an Zusatzqualifikationen wie externe Prüfungen (z. B. ECDL, IHK-Prüfung) gedacht. Diese Zusatzqualifikationen können im Rahmen von Wahlfächern vermittelt werden.

Auch in dieser Gesprächsrunde war die Vernetzung der Fächer von großer Bedeutung. Die organisatorische Umsetzung dieser sicher sehr sinnvollen und erfolgsversprechenden Vernetzung obliegt jeder Schule selbst. Stunden hierfür werden, wie oben erwähnt, den Schulen zur Verfügung gestellt, jedoch ist nach bisherigem Stand nicht damit zu rechnen, dass dies im Lehrplan festgeschrieben wird.

So ist zu hoffen, dass allen Schulleiterinnen und Schulleitern die Bedeutung guter Kenntnisse in der EDV für unsere Schülerinnen und Schüler bewusst ist und diese Stunden auch für die Vermittlung und den zunehmend routinierten Einsatz eben solcher Lerninhalte eingesetzt werden. Hier ist sicher einige Kreativität auf allen Seiten gefordert.

Auch zu einer Kürzung der bisherigen Lerninhalte wird es kommen müssen. Beispielsweise können bei der Schreibgeschwindigkeit Abstriche vorgenommen werden. Die Schüler erwerben weiterhin die Kompetenz des 10-Finger-Tastenschreibens. Die Steigerung der Schreibgeschwindigkeit wird den Schülerinnen und Schülern überlassen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die kommenden Jahre einen großen Wandel in die Wirtschaftsschulen bringen werden. Und es liegt an uns allen, ob wir mit Kreativität, Entschlossenheit und auch Mut, etwas Neues ausprobieren, diesen Wandel zu einem großen Erfolg für unsere Schulart und unsere Schülerinnen und Schüler werden lassen. ■

 REISEDIENST NATURFREUNDE GMBH 	
Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel: 0841/71144, Fax: 0841/77686, Frühzeitige Anmeldung wegen Flugplatzreservierung erbeten. Die Mitgliederpreise gelten auch für Ehepartner!	
Termine	Reisen 2012 Preis für Mitglieder VLB ab
26.05.12 bis 08.06.12	KUBA: Iberia ab MUC: Havanna, Vinales, Trinidad, Valle de los Ingenios, Varadero, Übernachtungen mit HP/VP in guten Hotels. 2.148,00 €
26.05.12 bis 05.06.12	KYKLADEN: AEGEAN ab MUC/FRA: Athen, Paros, Delos, Mykonos, Naxos, Santorin, Übernachtung/HP, Evangelos Plexidas 1.448,00 €
26.05.12 bis 02.06.12	ISRAEL: Austrian Airlines ab MUC: Tel Aviv, Galiläa, Nazareth, Jerusalem, Bethlehem, Totes Meer, HP, gute Hotels 1.548,00 €
28.05.12 bis 07.06.12	USBEKISTAN: Uzbekistan Air ab FRA: Taschkent, Urgench, Buchara, Samarkand, Schachrisabs, HP, gute Hotels 1.598,00 €
28.05.12 bis 04.06.12	BULGARIEN: Lufthansa ab MUC, Sofia, Orthodoxe Rila-Klöster, Dorfempfang mit Vorkostung, Plovdiv, Batchkovo-Kloster, Nesebar, Kazanlak, Veliko Tarnovo, Leistungen: Übernachtung mit HP in guten Hotels, alle Fluggebühren inkl. 998,00 €
28.05.12 bis 04.06.12	RUMÄNIEN: Lufthansa ab MUC: Bukarest, Predeal, Karpaten, Dracula Burg, Moldauklöster, Campulung Moldovenesc, 20.08.12 bis 27.08.12 Schässburg, Hermannstadt (Sibiu), Übernachtung mit HP in guten Hotels, alle Fluggebühren inkl. 898,00 €
31.05.12 bis 07.06.12	TÜRKEI-ANATOLIEN: Turkish Airlines ab MUC: Erzurum, Dogubayazit, Van-See, Diyarbakir, Urfa, Gaziantep, HP, gute Hotels 1.598,00 €
08.06.12 bis 17.06.12	NORDKYKLADEN: Lufthansa ab MUC/FRA: Athen, Andros, Tinos, Mykonos, Syros, Delos, Ü/HP, RL Evangelos Plexidas 1.398,00 €
07.08.12 bis 11.08.12	KOPENHAGEN UND UMGEBUNG: Lufthansa ab MUC, 2 Ganztagesausflüge, Ü/F im zentralen 4-Sterne Hotel, 2 Abendessen 998,00 €
07.08.12 bis 15.08.12	BALTIKUM: Air Baltic ab MUC via FRA: Litauen, Kurische Nehrung, Lettland, Estland, gute Hotels, HP, alle Fluggebühren inkl. 1.298,00 €
09.08.12 bis 16.08.12	ISLAND: Icelandair ab MUC, Gletscher, Geysire und Wasserfälle, Keflavik, Südküste, Hochland, Reykjavik, HP, 4-Sterne Hotel 1.398,00 €
15.08.12 bis 30.08.12	NAMIBIA-BOTSWANA-VICTORIA FÄLLE: South African ab MUC: gute Hotels oder beste Lodges, RL Friedrich Diemer 3.498,00 €
15.08.12 bis 29.08.12	INDIEN-LADAKH: Lufthansa ab MUC: Delhi, zahlreiche Himalaya-Klöster, Übernachtungen mit VP in Ladakh und HP in Delhi 1.848,00 €
25.08.12 bis 03.09.12	NORDGRIECHENLAND: AEGEAN ab MUC: Wanderreise mit Olympbesteigung und Vikosschlucht, HP, Evangelos Plexidas 1.398,00 €
HERBST 2012: Istanbul 5 Tage, Paris 5 Tage, Azoren 8 Tage WINTER 2012/13: Sri Lanka 14 Tage, Indien-Karnataka 14 Tage, Südinien 12 Tage, Äthiopien 13 Tage	
Ausführliche Reiseverläufe und Anmeldung unter: www.naturfreunde-reisen.de	

JVA Niederschönenfeld – Die besondere Außenstelle der Staatlichen Berufsschulen Donauwörth, Nördlingen, Höchstädt und Lauingen:

Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung für geeignete Gefangene

STEFAN FISCHER/
WINFRIED SCHIFFELHOLZ

Die Betriebe rufen nach Fachkräften, doch woher sollen sie so zahlreich und in kurzer Zeit kommen?

Eine stille Reserve, die es weiter zu nutzen gilt, bilden Justizvollzugsanstalten, wie z. B. die JVA Niederschönenfeld: junge männliche erwachsene Gefangene, alle erstmals inhaftiert, die ihre Haftzeit sinnvoll für eine Berufsausbildung nutzen können. Die Berufsausbildung in der JVA nutzt vielfach: die Gesellschaft wird belohnt durch die Resozialisierung von Gefangenen, die Wirtschaft durch junge Fachkräfte und der junge Gefangene durch die Chance, mithilfe einer Berufsausbildung wieder auf den rechten Weg zu kommen.

Berufsausbildung wird seit Jahrzehnten in Niederschönenfeld als wichtiges Resozialisierungsmittel angesehen. Hier werden Bäcker, Drucker, Elektroniker, Friseure, Gebäudereiniger, Köche, Maler, Maurer, Metallbauer und Schreiner ausgebildet. Auf über 50 Ausbildungsplätzen erreichen pro Jahr zwischen 20 bis 30 Gefangene ihren beruflichen Bildungsabschluss.

Es müssen verschiedene Stellen harmonisch zusammenwirken, damit eine Ausbildung funktioniert: Berufsschulen, die Kammern (Handwerkskammer/Industrie- und Handelskammer), die Agentur für Arbeit sowie die Leitung und mehrere Fachreferate der JVA.

Damit auch weiterhin diese Ausbildung klappt, trafen sich in der JVA Niederschönenfeld der Leiter des Geschäftsbereichs Bildung der Handwerkskammer für Schwaben, Markus Bottlang, und die Leiter der Berufsschulen Winfried Schiffelholz (Donauwörth), Christian Schmidt (Nördlingen) und Jens Schmitt (Höchstädt). Die JVA wurde vertreten durch den Anstaltsleiter Peter Landauer. Auch der Bildungsreferent der

JVA, Stefan Fischer, nahm an der Veranstaltung teil.

Nach der Begrüßung durch Anstaltsleiter Peter Landauer folgte ein Rundgang durch die Ausbildungsbetriebe und die Schulabteilung der Anstalt. Die Besuchergruppe würdigte die hohen Investitionen des Justizvollzuges in die berufliche Ausbildung der Gefangenen.

In der anschließenden Aussprache dankte der Leiter der JVA den Leitern der Berufsschulen für die Entsendung von Berufsschullehrern, die durch ihr besonderes Engagement den Auszubildenden das notwendige theoretische Fachwissen beibringen. Trotz des personellen Engpasses der Lehrerversorgung in vielen Fachbereichen der Berufsschulen stellen sich die Lehrkräfte dennoch ihrer sozialen Verpflichtung und unterrichten die Gefangenen der JVA Niederschönenfeld (für Jugendliche), die Donauwörther Kollegen auch in Kaisheim, vielfach nebenamtlich. Auch bereits pensionierte Lehrer beteiligen sich noch aktiv an der Unterrichtung der Gefangenen.

Ein besonderer Dank galt Markus Bottlang von der Handwerkskammer und den Prüfungsausschüssen zahlreicher Handwerksinnungen für die Prüfungsabwicklungen, für die Ausbildungsregelungen und dafür, dass aus Sicherheitsgründen die Prüfungen innerhalb der Gefängnismauern abgenommen werden. Die Erfahrung zeigt, dass die erreichten Prüfungsergebnisse der Gefangenen qualitativ sehr erfolgreich sind. Hierdurch werden diese Gefangenen zu einem Reservoir künftiger Fachkräfte für die Wirtschaft.

Eine besondere Anerkennung galt den ausbildenden Handwerksmeistern der JVA Niederschönenfeld für ihren unermüdbaren Einsatz bei der praktischen Berufsausbildung.

Mit dem zusätzlichen Ehrenamtsprojekt „Jobscout“ werden seit zwei Jahren die Gefangenen mit Berufsausbildung durch ehrenamtliche Arbeitsbetreuer direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt und nach der Haftzeit sechs Monate betreut. ■



Von links: Peter Landauer (Leiter JVA Niederschönenfeld), Markus Bottlang (HWK Schwaben), Winfried Schiffelholz (BS Donauwörth), Jens Schmitt (BS Höchstädt), Christian Schmidt (BS Nördlingen), Stefan Fischer (JVA Niederschönenfeld, Referent Schul- und Ausbildungswesen)

Schule und Studium – auf jeden Fall wieder! (II):

Studieren vor dem Abitur – auch an der Hochschule Kempten möglich

In Heft 01/2012 haben wir von der Möglichkeit des Frühstudiums an der Universität Bayreuth berichtet (S. 12). Zu dieser Möglichkeit des Frühstudiums hat die Redaktion ein weiterer Beitrag erreicht, der die Möglichkeit des Studierens an der Hochschule Kempten beschreibt. Wir veröffentlichen diesen Beitrag gerne, soll er doch Mut machen, einen solchen Weg einzuschlagen.

CLAUDIA WEGMANN

Im Wintersemester 2010/11 habe ich an der Hochschule Kempten am Frühstudium im Studiengang Wirtschaftsinformatik teilgenommen. Das deutschlandweite Programm dient zur Förderung begabter Schüler. Dabei kann man als Oberstufenschüler eines Gymnasiums oder der FOS 13 pro Semester eine Veranstaltung (Vorlesung, Übung, Praktikum) in verschiedenen Studienfächern besuchen. An der Hochschule Kempten ist dies in den Fächern Wirtschaftsinformatik, Wirtschaftsingenieurwesen sowie Elektro- und Informationstechnik möglich. Am Ende des Semesters schreibt man – mit alle anderen Studenten – dieselbe Prüfung und kann sich diese Leistung für sein späteres Studium anrechnen lassen.

Am Anfang dieses Schuljahres hat mich mein Lehrer Thomas Hottner auf das Angebot der Hochschule Kempten aufmerksam gemacht. Da ich mich sehr für den Studiengang Wirtschaftsinformatik interessierte, habe ich mich am 7. Oktober 2010 erstmalig nach Kempten aufgemacht, um meine erste Vorlesung im Fach „Softwareentwicklung und Programmieren 1a“ zu hören. Zusammen mit rund hundert Erstsemestern und drei weiteren Frühstudientinnen saß ich gespannt im vollbesetzten Hörsaal. In der 1½ Stunden langen Vorlesung erklärte uns Professor Dr. Hagel jeden Donnerstagnachmittag die Theorie zur Programmiersprache Ja-

va. Anschließend zogen wir vier Schülerinnen und acht weitere Studenten weiter in den Übungsraum, wo es dann daran ging, die gelernte Theorie in die Praxis umzusetzen. In den folgenden 1 ½ Stunden wurden die zu Hause gelösten Übungsaufgaben besprochen und weitere Übungen mit viel Spaß programmiert. Dabei reichte das Spektrum von einfachen Übungsprogrammen am Semesterbeginn über komplexere Programme bis hin zu kleinen Spielen. Nach insgesamt jeweils fünfzehn Vorlesungen und Übungen im Laufe des Wintersemesters konnten wir dann am 4. Februar 2011 in der Semesterprüfung in einer ¾ Stunde unser Können unter Beweis stellen. Dabei mussten verschiedene Aufgaben auf dem Papier gelöst werden. Dies stellte eine gewisse Schwierigkeit dar, da wir davor die meisten Programme ja am Computer programmiert hatten.

Für uns Schüler war besonders faszinierend, dass zur Prüfung eine beschriebene DIN A4-Seite als „Spickzettel“ zugelassen war (quasi der Traum eines jeden Schülers bei der Prüfung). Da merkt man erst einmal, wie viel Informationen man auf ein Blatt Papier schreiben kann, wenn man sich nur anstrengt. Mit dieser Prüfung ist dann unser erstes Semester auch schon wieder zu Ende gewesen.

Ich kann festhalten, dass mir das Frühstudium sehr großen Spaß gemacht hat und einen tollen Einblick in den Hochschulalltag gewährt hat. Außerdem hat sich das Frühstudium bei meiner anstehenden Berufs- bzw. Studienwahl als besonders hilfreich erwiesen. Ich habe die Hochschule Kempten schon vor meinem Studium detailliert kennen lernen können und als einen angenehmen Studienort erlebt. Für mich wird nun zum Studienbeginn im Oktober vieles bekannt sein. Der erhöhte Zeitaufwand durch das Frühstudium hat sich für mich auf jeden Fall gelohnt. Abschließend möchte ich bei meinem Lehrer Thomas Hottner für seine Vermittlung und Unterstützung sowie bei Professor Dr. Hagel für die hervorragende Betreuung bedanken. ■

Zum 15. Jahrestag der Erklärung der Allgemeinen Menschenpflichten:

Es ist an der Zeit, über Menschenpflichten zu sprechen

HORST VÖLKER

Die Problematik

Am 1. September 1997 legte eine Gruppe ehemaliger Regierungschefs aus aller Welt mit dem Namen InterAction Council (IAC) einen Vorschlag vor, der zum Ziel hatte, dass die Vereinten Nationen (UN) 50 Jahre nach der Erklärung der Menschenrechte (1947) eine entsprechende Erklärung der Menschenpflichten verabschieden sollten. Ehrenvorsitzender war Altkanzler Helmut Schmidt, Mitverfasser aus dem deutschsprachigen Raum waren u.a. Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker, der Tübing-

er Theologe Hans Küng und der Wiener Kardinal Franz König. Ihr gemeinsames Anliegen war es, „Freiheit und Verantwortung in ein Gleichgewicht zu bringen und ein Umdenken zu bewirken von der Freiheit der Indifferenz zur Freiheit des Engagements“. Die Verfasser hielten den Zeitpunkt für gekommen, dringend darauf aufmerksam zu machen, dass das Anstreben größtmöglicher Freiheit einzelner Personen oder Regierungen notwendigerweise zu Lasten anderer gehen werde. Sie weisen eindringlich darauf hin, dass Rechten und Pflichten künftig die gleiche Bedeutung zugemessen werden muss, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die

anscheinend bereits damals verloren gegangen war.

Die besondere Betonung der Menschenrechte in der Bayerischen Verfassung und in unserem Grundgesetz hatte offensichtlich vergessen lassen, dass zu Rechten immer auch Pflichten gehören. Und in der Tat ist in den ersten 19 Artikeln GG, in denen die Grundrechte aufgeführt sind, nur an zwei Stellen auch von Pflicht die Rede, u. z. im Artikel 6,2 (Pflicht der Eltern zur Kindererziehung) und im Artikel 14,2 (Eigentum verpflichtet). An einigen Stellen des GG wird zwar auch noch auf die Beschränkung von Freiheiten hingewiesen – Art. 5,2 (Meinungsfreiheit) und Art. 8,2 (Versammlungsfreiheit) –, doch liegt der Schwerpunkt durchgehend auf der Betonung von Rechten.

Dagegen betont der IAC in seiner Erklärung, dass der Gleichwertigkeit von Rechten und Pflichten größte Bedeutung zukomme, weil „das ausschließliche Bestehen auf Rechten zu endlosen Diskussionen und Konflikten und die Vernachlässigung von Pflichten zu Gesetzlosigkeit und Chaos führen kann“. Was für eine treffende Vorhersage, muss man beispielsweise angesichts der weltweiten Finanzkrise konstatieren. Unterstrichen wird die Richtigkeit dieser Zukunftssorge des IAC noch durch eine hochaktuelle Aussage von Gustav Schwab, der als Begründer des jährlich stattfindenden Weltwirtschaftsforums von Davos anlässlich der diesjährigen Versammlung in der Schweiz erklärt hat, er sei zwar noch immer ein glühender Anhänger des Kapitalismus, sei sich aber zunehmend unsicher, ob dieses Wirtschaftssystem noch zukunftsfähig sei, wenn es nicht gezügelt werde. Auf seine Weise spricht Schwab hier sehr deutlich die gleiche Problematik an, auf welche die Väter der Erklärung der Menschenpflichten 15 Jahre zuvor hingewiesen hatten.

Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule

Man mag einwenden, dass die Einsicht, dass zu jedem Recht eine Pflicht gehört, doch wohl Allgemeingut ist. Wahr aber ist, dass zwischen der Einsicht und dem entsprechenden Handeln der Menschen eine große und zunehmende Diskrepanz

GG-Artikel

Art. 2,2: Recht auf Leben
 Art. 3,2: Gleichberechtigung von Mann und Frau
 Art. 12 : das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen

IAC-Artikel

Pflicht, Leben zu achten
 Pflicht, in der Partnerschaft Achtung und Verständnis zu zeigen
 Pflicht, Fähigkeiten durch Fleiß und Anstrengung zu entwickeln

besteht; sonst machte die Mahnung von Gustav Schwab keinen Sinn. Und wahr ist vor allem, dass diese Einsicht bei jungen Menschen durch Bildung und Erziehung so weit entwickelt werden muss, dass in ihrem späteren Leben daraus aktives Pflichtenhandeln wird. „Bewusstsein und Akzeptanz dieser Pflichten sollen in aller Welt gelehrt und gefördert werden“, heißt es dazu in der Erklärung des IAC, ein Auftrag nicht nur, aber selbstverständlich auch an die Schule.

Verankerung des Themas im Unterricht der Berufsschule

Das Thema „Menschenpflichten“ kann im Unterricht der Berufsschule in mehreren Fächern verankert werden. Dabei eignen sich bestimmte Fächer natürlich in besonderer Weise für bestimmte Menschenpflichten. Eher allgemein formulierte Pflichten sind am besten in den allgemeinbildenden Fächern Deutsch, Sozialkunde und Religion/Ethik aufgehoben, beispielsweise die Präambel der Erklärung, Art.1 (Pflicht zu menschlichem Handeln), Art. 5 (Pflicht, Leben zu achten) oder Art. 15 (Pflicht, Äußerungen von Vorurteilen... gegenüber Andersgläubigen zu vermeiden). Die Pflicht, sich integer und fair zu verhalten (Art. 8) und die Pflicht, Eigentum und Reichtum in Gerechtigkeit und zum Fortschritt der Menschheit ... zu verwenden (Art. 11) können im Wirtschaftsunterricht thematisiert werden.

Als Gegenstand des fachlichen Unterrichts eignen sich beispielsweise im Zusammenhang mit der Erziehung zu sorgfältigem Umgang mit Maschinen und Material die Art. 7 (die Pflicht, Luft, Wasser und Boden zu schützen) und im praktischen Unterricht etwa Art.10 (Pflicht der Menschen, ihre Fähigkeiten durch Fleiß und Anstrengung zu entwickeln).

Als besonders brauchbarer didaktischer und pädagogischer Ansatz er-

scheint eine Gegenüberstellung von Rechten gemäß GG und den analogen Pflichten aus der Erklärung des IAC (siehe Tabelle oben).

Gelingen kann die Erziehung der nachwachsenden Generation zu pflichtgemäßem Handeln nur, wenn Lehrkräfte das Thema aktiv aufgreifen und wenn Unterricht interdisziplinär organisiert wird, wie dies der neue Sozialkundelehrplan vom April 2011 ausdrücklich fordert: „Sozialkunde ist ein interdisziplinäres Fach. Der Zusammenarbeit mit anderen Fächern wie Deutsch, Religion/Ethik sowie ggf. den Wirtschaftsfächern kommt deshalb eine große Bedeutung zu. Zumal bei wirtschaftlichen, sozialetischen oder religiösen Fragestellungen ist auf eine enge Abstimmung zu achten.“ Die „Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten“ ist ein Katalog dieser Fragestellungen und diese Arbeitsanweisung des Lehrplans gilt hier deshalb in vollem Umfang.

Unsere Berufsschulen haben sich in den letzten Jahren in einer Weise entwickelt, die eine interdisziplinäre Organisation des Unterrichts leichter ermöglicht als früher. Vielerorts bestehen „Klassteams“, innerhalb derer die geforderte enge Abstimmung sehr gut erfolgen kann. Und noch eine Arbeitsanweisung des Sozialkundelehrplans hat für unser Thema herausragendes Gewicht: „Sozialkunde darf nicht auf der Ebene reiner Wissensvermittlung stehen bleiben. Er soll den Schülerinnen und Schülern die Fähigkeit zu verantwortlicher und wertgebundener Entscheidung vermitteln“. Nicht nur der Sozialkundeunterricht, muss in diesem Fall ausdrücklich hinzugefügt werden.

Fundstelle der IAC-Erklärung im Internet unter www.interaction-council.de – Link: Die Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten ■

Landesverband

Aktuelles aus dem GV



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielleicht ist es die Fastenzeit, vielleicht die laufende Diskussion über den „Kandidaten Gauck“, die mich anregt, an dieser Stelle nicht wie sonst tagesaktuelle Ereignisse der Bildungspolitik aufzugreifen, sondern darüber hinaus zu gehen und sehr persönliche Gedanken zu formulieren.

Die Art und Weise, wie die Kandidatur von Joachim Gauck in der Öffentlichkeit diskutiert wird, ist aus meiner Sicht symptomatisch für unsere Gesellschaft. Man nimmt sich gar nicht mehr die Zeit, über einen Menschen oder über ein Sachthema in Ruhe nachzudenken und sich dann erst eine fundierte Meinung zu bilden. Offensichtlich ist nicht wichtig, was man sagt, man muss nur früh genug etwas sagen. Da werden Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen, Zitate aneinandergereiht, „Kommata interpretiert“. Die Schnelligkeit der Meinungsäußerung ist oberste Maxime, nicht die Qualität der Aussage. Man muss möglichst schnell mit möglichst hoher Emotionalität agieren oder reagieren, dann handelt man vermeintlich Erfolg versprechend. Nehmen wir uns nicht mehr die Zeit, dem anderen in Ruhe zuzuhören, ihn ausreden zu lassen? Gönnen wir uns die Gelassenheit, nicht immer sofort auf irgendwelche Entwicklungen hektisch aus dem Stand und aus

dem Bauch zu reagieren. Wenn man die Schuld für solche Verhaltensweisen ausschließlich auf die Medien schiebt, die natürlich dabei eine Rolle spielen, macht man es sich zu einfach.

Da sollten wir alle schon ehrlicher mit uns selbst umgehen. Üben wir nicht selbst oft genug Druck aus, dass jetzt sofort eine Entscheidung getroffen werden muss, wo bei objektiver Betrachtungsweise Zeit genug wäre für eine durchdachte Entscheidung? Empören wir uns nicht manchmal sehr schnell in einer Art und Weise, die nicht gut ist für langfristig konstruktive Entscheidungen? Zerreden wir nicht manchmal getroffene Entscheidungen, bevor deren Wirkungen überhaupt spürbar werden können? Die Fragen kann nur jeder für sich selbst beantworten. Wobei wir Pädagogen unserer besonderen Verantwortung bewusst sein müssen: Junge Menschen beobachten uns sehr genau und orientieren sich an uns.

Der Geschäftsführende Vorstand setzt beim Berufsbildungskongress im November dieses Jahres in Bad Kissingen ganz bewusst in dieser Richtung ein Ausrufezeichen. Wir nehmen uns die Zeit, über grundlegende Fragen der Erziehung zu reflektieren. Freuen Sie sich mit uns über die Zusage von Barbara Stamm, der Präsidentin des Bayerischen Landtages. Die gelernte Erzieherin wird zum Thema „Werte-Erziehung“ die Festrede halten.

Stark nachgefragt: der Schematismus

Die Nachfrage nach dem Schematismus ist ungebrochen, allerdings ist er inzwischen ein bisschen „in die Jahre gekommen“. Im Juli 2008 ist der aktuelle Schematismus erschienen und eine Neuauflage erscheint sinnvoll zu sein. Der Geschäftsführende Vorstand wird gemeinsam mit dem VLB-Verlag die notwendigen Schritte einleiten. Die Mitglieder können das vielleicht nicht so ohne weiteres nachvollziehen, aber da steckt eine Menge Arbeit dahinter. Deshalb bedanken wir uns ganz herzlich bei unserem Ehrenvorsitzen Hermann Sauerwein

und unserem langjährigen ehemaligen Schriftleiter Peter Thiel für ihre Unterstützung, die sie uns zugesagt haben. Klar ist, ohne deren beider Engagement ist eine Neuerscheinung nicht möglich!

Der Schematismus soll wieder als CD-ROM und in Buchform angeboten werden, wobei die gedruckte Auflage ca. bei 1.000 Exemplaren liegen wird. Diese Zahl werden wir nur dann überschreiten, wenn aus den Bezirks- und Kreisverbänden zusätzliche Bestellungen eingehen sollten. Wir bitten deshalb frühzeitig um Rückmeldungen bei der Geschäftsstelle!

Der Zeitplan sieht aktuell wie folgt aus: Erhebungszeitraum wird der Schuljahreswechsel 2012/2013 sein, der Erscheinungstermin liegt dann im Frühjahr 2013. In der Politiker-Sprache nennt man solch einen Zeitplan neudeutsch „ambitioniert“. Man kann auch ganz einfach sagen: Das klappt nur, wenn die Schulen tatkräftig mithelfen. Darum bitten wir Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich!

Der beliebte Ratgeber für Dienst- und Schulrecht wird aktualisiert

Wer kennt ihn nicht, den „Ratgeber für Dienst- und Schulrecht“, den Wolfgang Lambl im September 2007 herausgebracht hat? Da soll schon manch erfahrener Schulleiter, manch erfahrene Schulleiterin einen „verstohlenen“ Blick reingeworfen haben, so erzählt man sich jedenfalls! Spaß bei Seite! Von der Altersteilzeit über die Schulaufsicht bis hin zum Thema „Unterwegs mit einer Schulklasse“ spannte sich in der – inzwischen vergriffenen – Auflage aus dem Jahr 2007 der Bogen. Natürlich hat sich inzwischen vieles verändert, das brauche ich Ihnen nicht näher erläutern.

Es freut mich deshalb, dass sich Wolfgang Lambl entschlossen hat, den Ratgeber vollständig zu überarbeiten. Gehen Sie bitte davon aus, ab dem Schuljahresbeginn 2012/2013 wird er dann auf aktuellem Stand zur Verfügung stehen.

Broschüre „Der Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen“ wird neu aufgelegt

Die Broschüre ist bei Studierenden und Referendaren der absolute Renner. Erst-

malig im Oktober 1993 auf den Markt gekommen, existiert das Standard-Nachschlagewerk bereits in der 5. Auflage.

Dankenswerterweise haben sich Heiko Pohlmann und Maria Sommerer zu einer Überarbeitung bereiterklärt. Die Arbeiten sind bereits weit fortgeschritten. Wir gehen davon aus, die Neuauflage steht noch vor den Sommerferien 2012 zur Verfügung. Vielen herzlichen Dank vom Geschäftsführenden Vorstand an die Autorin und den Autor für die umfangreiche und kompetente Arbeit zur Unterstützung unseres Nachwuchses!

In diesem Sinne einen herzlichen Dank für Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft!

Ihr



Alexander Liebel

Fachgruppen

FG Landwirtschaft

Fachtagung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) mit Vertretern der landwirtschaftlichen Berufsschulen in Berlin

Die Idee zu diesem Treffen wurde schon vor über einem Jahr geboren. Im Dezember vergangenen Jahres fand der vom Bundesring der landwirtschaftlichen Berufsschullehrer und vom DBV verabredete Gedankenaustausch nun statt. Der Bildungsbeauftragte des DBV, Hans-Benno Wichert, und der Referent für berufliche Bildung im DBV, Martin Lambers, hatten dazu die Vertreter des Bundesrings und weitere Lehrkräfte der beruflichen Schulen in das Haus der Land- und Ernährungswirtschaft in Berlin ein-



Ein Teil der Tagungsteilnehmer: (vierter von rechts) Bayerns Vertreter Horst Lochner.

geladen. Um die Diskussionspunkte aus möglichst vielen Gesichtspunkten beleuchten zu können, wurden natürlich auch die Vertreter der zuständigen Ministerien und auch Praktiker aus den Landes-Bauernverbänden eingeladen. Insgesamt waren durch die 30 Teilnehmer/innen alle Regionen abgedeckt. Auch die Hochschule war durch den Professor für Fachdidaktik an der Humboldt-Universität in Berlin, Prof. Bräuer, vertreten.

Folgende Themen sollten auf dieser ersten gemeinsamen Tagung erörtert werden:

- > Beitrag der Berufsschule in der Berufsausbildung zum Landwirt
- > Gewinnung, Ausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften für die beruflichen Schulen im landwirtschaftlichen Bereich
- > Aufbau und nachhaltige Absicherung einer optimalen Unterrichtsqualität an den berufsbildenden Schulen
- > Zukunftsorientierte Aufstellung und Ausrichtung der landwirtschaftlichen Berufsschulen – Leitlinien, Kriterien und zukünftige Verfahrensweisen in Zusammenarbeit zwischen Schulen und Berufsstand
- > Aktuelle bildungspolitische Leitprinzipien und Themenstellungen des Berufsstandes und der Lehrer an berufsbildenden Schulen

Nach kurzen Impulsreferaten zu den einzelnen Bereichen wurde sehr schnell engagiert und durchaus auch kontrovers diskutiert. Es zeigte sich aber schon, dass der DBV und die Lehrkräfte die Situation sehr häufig vergleichbar beurteilten und auch ähnliche Entwicklungen erwarten. Das große Interesse

des DBV und aller Beteiligten an einer qualitativ hoch stehenden Berufsausbildung war offensichtlich. Der DBV erklärte sich auch bereit, die Lehrkräfte dafür im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Besonders im Bereich der Weiterbildung und im Rahmen der politischen Einflussnahme wird diese zugesagte Unterstützung auch dringend benötigt.

Einige der Diskussionspunkte sollen hier noch angerissen werden. In einem überzeugenden Statement hat unser Bundesringkollege aus Baden-Württemberg, Günter Denninger, die Bedeutung der Berufsschulen nicht nur im Bereich der Fachbildung sondern auch im Bereich der Allgemeinbildung begründet. Fächer wie Deutsch, Sozialkunde oder eventuell auch Fach-Englisch wurden bei dieser Tagung nicht in Frage gestellt.

Eine große Sorge aller Teilnehmer ist die Sicherung der grundständigen Ausbildung von Berufsschullehrkräften im Agrarbereich. Die Zahlen in den einzelnen Bundesländern sind sehr gering. Immer mehr Bundesländer stellen eine grundständige Ausbildung ein und machen die Ausnahme – Einstellung von Bewerbern mit einem fachlichen Diplom oder Master – zur Regel. Zurzeit wird wohl nur noch in Berlin und München grundständig für unseren Nachwuchs ausgebildet. Verbunden mit der in einigen Ländern durchgeführten Verkürzung des Referendariats und der Abschaffung von Studienseminaren für Pädagogik, besteht die Gefahr, dass wir unsere Professionalität als Lehrkraft aufgeben. Bedingt durch hohe Pensionierungszahlen ist die Zahl der Studenten bundesweit nicht ausreichend.

Natürlich wurde auch über eine mögliche Neuordnung des Berufs Landwirt gesprochen. Die KMK sieht eine Neuordnung ja als einzige Möglichkeit, die vom Bundesring monierte ungleiche Verteilung der Unterrichtsinhalte, welche einen Wechsel von Auszubildenden zwischen den Bundesländern erschwert, zu beheben. Auch wird eine Neuordnung als Möglichkeit gesehen, bundesweit einen an Lernfeldern ausgerichteten Lehrplan zu formulieren. Diese Diskussion ist auch in den Reihen des Berufsstandes noch nicht beendet. Lernfelder könnten auch die einzelnen Bundesländer auf der Basis des bisherigen Lehrplans schaffen, wie es Nordrhein-Westfalen und andere Länder bereits getan haben. Eine Neuordnung bringt natürlich auch immer die leidige Diskussion über eine mögliche Einführung von Schwerpunkten nach oben. Da die Lehrkräfte in

diesen Entscheidungsgremien nicht beteiligt oder stimmberechtigt sind – was von allen Seiten scharf kritisiert wurde – kann der Anstoß für eine Neuordnung nur von den Tarifpartnern kommen. Der DBV wird diesen Punkt sorgfältig prüfen und intern abstimmen, bevor er sich diesbezüglich festlegt.

Die Anzahl der Landwirte, die nicht aus der Landwirtschaft kommen und später als Arbeitnehmer beschäftigt werden, nimmt zu. Mittelfristig steht zu befürchten, dass der Mangel an geeigneten Fachpersonal die Weiterentwicklung von Betrieben bremst. Dabei wird – gerade in Zeiten einer starken Konjunktur – auch der Anteil schwächerer Schüler zunehmen. Hier gibt es verstärkt Probleme mit dem Bestehen der Prüfung. Eine Teilnehmerin berichtete von einer Durchfallquote von über 30 % in ihrem Bereich. Die Frage einer Stufen-

ausbildung oder einer Teilqualifizierung wurde diskutiert. Eine Lösung konnte an einem Tag natürlich nicht gefunden werden; aber das Problem wurde für viele Kollegen deutlich ins Bewusstsein gerückt.

Ein interessanter Aspekt, besonders in den Bundesländern ohne intensive Betreuung und Schulung durch Ausbildungsberater, ist das Bilden von Ausbildungsnetzwerken zwischen verschiedenen Ausbildungsbetrieben, wie es in einigen der neuen Bundesländer praktiziert wird. Hier kümmern sich die Betriebe gemeinsam um ihre Auszubildenden um zusätzliche Schulungen, Fortbildungen und Einblicke in Spezialgebiete zu ermöglichen. Dafür übernehmen die Betriebe auch zusätzliche Kosten.

Die Weiterbildung der Lehrkräfte ist aus Kostengründen in vielen Bundesländern unzureichend. Sehr häufig müssen

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Debeka-Landesgeschäftsstellen in Bayern

Dreifaltigkeitsplatz 11/11a
84028 Landshut
Telefon (08 71) 96 56 50 - 0

Damenstiftstraße 9
80308 München
Telefon (0 89) 2 35 01 - 0

Marienstraße 27
90402 Nürnberg
Telefon (09 11) 2 32 04 - 0

www.debeka.de



anders als andere

Debeka

die Lehrkräfte die Kosten selbst übernehmen. Die Angebote sind nicht immer ausreichend. Hier bietet sich der DBV mit seinen Landesverbänden an, bei der Organisation und Durchführung von Weiterbildung mitzuwirken. In Bayern können wir diesbezüglich auf ein funktionierendes System zurückgreifen, das aber in der Vergangenheit auch umfangreicher war. Natürlich konnte dieses erste Treffen nur ein Aufzeigen der Diskussionsbereiche sein. Viele Punkte müssen in kleineren Gruppen bei den verschiedenen Verbänden diskutiert werden. Aber auch dieses Treffen in der größeren Runde soll kein einmaliges Ereignis bleiben. Es wurde vereinbart, es in Zukunft im zweijährigen Turnus zu wiederholen.

Abschließend möchte ich mich noch bei meinem Stellvertreter im Bundesring, Günter Denninger, für den Einsatz bei der Vorbereitung dieser Tagung bedanken.
Horst Lochner

FG Handelsberufe

Stellungnahme zum fallbezogenen Fachgespräch im Einzelhandel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wie bereits berichtet, haben sich die Mitglieder des Arbeitskreises Handel im Rahmen der kaufmännischen Fachtagung in Bamberg darauf verständigt, eine schriftliche Stellungnahme bezüglich des fallbezogenen Fachgesprächs im Einzelhandel zu formulieren. Die Stellungnahme, die über www.vlb-bayern.de (Bereich: Fachgruppe Handel) abrufbar ist, wurde Mitte November an Udo Göttemann als Leiter des Fachbereichs Berufsausbildung bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken geschickt. Nachdem Fachbereichsleiter Udo Göttemann die Stellungnahme am 19. Dezember 2011 in den Arbeitskreis „Kaufmännische Prüfungen in Bayern“ eingebracht und zur Diskussion gestellt hat, haben sich dieser, Gerhard Schmaderer

(Referent Kaufmännische Prüfungen bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken), Jörg Schirmer (Ludwig-Erhard-Schule Fürth) und ich am 26. Januar 2012 auf Folgendes geeinigt:

1. Der schriftliche Ausbildungsnachweis muss im Rahmen des fallbezogenen Fallgesprächs nicht vorgelegt werden, da er nur für die Zulassung zur Prüfung wesentlich ist. Sobald ein Prüfungsbewerber zur Prüfung zugelassen ist, wirkt sich eine Einsicht des Ausbildungsnachweises während der Prüfung rechtlich auf die Zulassung nicht mehr aus. Die Industrie- und Handelskammern führen aber Stichprobenkontrollen durch und der Ausbilder und der Prüfungsbewerber versichern bei der Anmeldung, dass der Ausbildungsnachweis ordnungsgemäß geführt wurde.
2. Der Prüfungsausschuss muss dem Prüfling zwei Aufgaben aus einem der von den Prüflingen gewählten Wahlqualifikationen vorlegen. Folgendes Beispiel soll zur Verdeutlichung dienen: Der Prüfling wählt bei der Anmeldung die Wahlqualifikationen „Beratung, Ware, Verkauf“, „Marketing“ und „Personal“. Der Prüfungsausschuss entscheidet sich daraufhin für eine der vom Prüfling gewählten Wahlqualifikationen, z. B. „Marketing“, und stellt dem Prüfling folgerichtig zwei Aufgaben aus dem Themengebiet „Marketing“ zur Auswahl.
3. Warenkunde darf nur im Rahmen der Wahlqualifikation „Beratung, Ware, Verkauf“ vertieft geprüft werden. Sollten Prüfer während des fallbezogenen Fachgesprächs in anderen Wahlqualifikationen vertiefte Warenkunde abfragen, sollte die verantwortliche Industrie- und Handelskammer informiert werden.
Udo Göttemann und Gerhard Schmaderer sicherten zu, diese drei Punkte mit allen bayerischen Industrie- und Handelskammern abzustimmen und in einem Informationsblatt klarzustellen.
4. Es existiert eine Bewertungsmatrix. Da sie aber nicht von allen bayerischen Industrie- und Handelskammern befürwortet wird, ist deren bayernweite Ausgabe nicht durchsetz-

bar. Als Begründung wird zum einen angeführt, dass die Bewertungsmatrix eine Bewertung in allen aufgeführten Bereichen vorsieht. Da aber beispielsweise die Warenkunde nicht immer Gegenstand der Prüfung ist und auch nicht sein muss, könnte diese Matrix von den Prüfern falsch aufgefasst werden. Kritisch ist auch die Bewertung der Kommunikationsfähigkeit zu sehen, da sie mit der Bewertung der Fachkompetenz gleichgesetzt wird. Ich werde daher versuchen, die Erstellung und Ausgabe eines neuen Bewertungsbogens zu bewirken.

5. Die Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken steht der Einführung von regelmäßig stattfindenden Arbeitskreisen, in denen Prüfungsaufgaben für das fallbezogene Fachgespräch erstellt und aktualisiert werden, offen gegenüber und würde den Teilnehmern der Arbeitskreise auch ein Honorar bezahlen. Falls Sie oder andere Mitglieder Ihrer Prüfungsausschüsse Interesse an der Erstellung von Prüfungsaufgaben für das fallbezogene Fachgespräch im Einzelhandel bzw. Großhandel haben, können Sie sich gerne an Jörg Schirmer (Kontakt: jschirmer@ludwig-erhard-schule.de) bzw. an mich wenden. Ob diese Möglichkeit auch in anderen Regierungsbezirken besteht, ist bislang unklar.
6. Der Forderung, dass Ausbilder keine eigenen Auszubildenden prüfen bzw. deren Arbeiten korrigieren, kann nicht in allen Fällen entsprochen werden. Zwar versuchen die Industrie- und Handelskammern immer, dies zu vermeiden, aber beispielsweise aufgrund der Größe der Branche bzw. des Berufs oder der Zahl der Prüfer ist dies nicht immer möglich.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Christian Traub
chris-traub@t-online.de

FG Büro

Neuordnung Büroberufe – Zwischenbericht

„Kommt sie schon zum neuen Schuljahr oder erst später – die Neuordnung der Büroberufe?“ Das ist die Frage, die sich viele Kolleginnen und Kollegen, die Büroklassen unterrichten derzeit stellen. Wie also ist der Sachstand:

Viele Gedanken kreisen wohl um die Frage, wie die Kern- und Wahlqualifikationen in der Berufsschule umgesetzt werden können. In der Tat sind das Probleme, die bei der Geburt des neuen Querschnittberufes bedacht werden müssen. An die didaktische und methodische Organisation des zukünftigen Unterrichts werden anscheinend neue und qualitativ hochwertige Anforderungen gestellt. Das Bundeswirtschaftsministerium hat an das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Weisung erteilt, das Neuordnungsverfahren durch die Berufung von Sachverständigen aus den Reihen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Berufsschullehrer in Gang zu setzen. Die Wirtschaftspädagogen der Berufsschulen hoffen natürlich, dass nicht nur die betrieblichen Belange bei der Neuordnung überlegt berücksichtigt werden, sondern auch die Interessen der Berufsschule im neuen Konzept integriert werden. Die nächsten Kontaktgespräche zur Fortsetzung der Neuordnung finden nach Aussagen des Bayerischen Kultusministeriums und der IG-Metall im März 2012 statt. Je nach Verhandlungsfortschritt wird der Einführungstermin des neuen Büroberufes Gestalt annehmen. Skeptiker gehen davon aus, dass als Termin auch das Schuljahr 2014/2015 in Frage kommen könnte. Übereilte Entscheidungen sind nicht gewünscht. Vielleicht gibt es bis zum Sommer 2012 etwas Neues zu berichten!

Paul Beetz

STADT SCHWABACH



Die Goldschlägerstadt.

Die Goldschlägerstadt Schwabach ist eine kreisfreie Stadt mit rund 40.000 Einwohnern und liegt im Herzen der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Die gute überregionale Verkehrsanbindung, die kurzen Wege zur angrenzenden Großstadt Nürnberg und zum fränkischen Seenland bieten einen hohen Wohn- und Freizeitwert. Vor Ort sind sämtliche weiterführende Schulen, ein reiches kulturelles Angebot und gute Betreuungseinrichtungen für Kinder vorhanden.

Für unsere städtische Berufsoberschule suchen wir zum Schuljahr 2012/13 eine/einen

DIPLOM-HANDELSLEHRERIN / DIPLOM-HANDELSLEHRER Lehrkraft für das höhere Lehramt an beruflichen Schulen (Wirtschaftswissen- schaften) mit dem Zweifach Mathematik

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen erfolgt eine Einstellung im Beamtenverhältnis.

Wir erwarten von den Bewerberinnen/Bewerbern fachliches und pädagogisches Engagement und Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Methoden und Medien. Die Bewerber/innen sollten sich auch außerhalb der unterrichtlichen Tätigkeit für die Schulentwicklung und die Schulgemeinschaft engagieren.

Die Stadt Schwabach ist Teil der mittelfränkischen Städteachse und verfügt über sämtliche weiterführende Schulen. Die Schule befindet sich in der Stadtmitte in einem modernen Gebäude mit überdurchschnittlicher Ausstattung und bietet damit sehr gute Arbeitsmöglichkeiten.

Die Stadt verfolgt eine Politik der Chancengleichheit. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Wenn Sie interessiert sind, bewerben Sie sich bitte bis spätestens **16. April 2012** mit aussagefähigen Unterlagen beim Schulleiter der Städtischen Wirtschaftsschule Schwabach: Herrn Birle, Südliche Ringstraße 9 a, 91126 Schwabach oder per E-Mail info@bs-schwabach.de. Die Schulleitung steht für Auskünfte unter der Tel. Nr. 09122 8349-0 zur Verfügung.

www.schwabach.de

Referendare

Viele Informationen und einige kritische Worte :

VLB-Infoveranstaltung in Bamberg

Anfang des Jahres veranstaltete der VLB gemeinsam mit der Hochschulgruppe Wirtschaftspädagogik einen Informationsabend zum Thema „Rund ums Referendariat“ an der Universität Bamberg. Hierzu waren sowohl die Studierenden der Bamberger Wirtschaftspädagogik als auch Lehramtsstudierende für Berufliche Schulen mit Fachrichtung Sozialpädagogik eingeladen.

Der VLB stellt sich vor

Die studentischen Initiatoren Hannah Nebel und Christina Pröpster konnten rund 50 Zuhörer begrüßen, bevor sie das Wort an Pankratz Männlein (oberfränkischer Bezirksvorsitzender) und Andreas Pump (Vorsitzender des Kreisverbandes Bamberg/Forchheim) übergaben, die über die Funktionen des Verbandes informierten und die Vorzüge einer Mitgliedschaft erläuterten. Besonders attraktiv seien dabei die beitragsfreie Mitgliedschaft für Studenten und günstige Versicherungstarife bei der späteren Berufstätigkeit.

Alles „Rund ums Referendariat“

Der Hauptreferent der Veranstaltung Dr. Volker Ehlers informierte die Studierenden in seiner Funktion als Seminarvorstand des Staatlichen Studienseminars Nordbayern über alle wichtigen As-

pekte und die Struktur der beiden Ausbildungsabschnitte im Vorbereitungsdienst. Dabei ging er unter anderem auf folgende Neuerungen in der Referendariatsausbildung ein:

- > Die Neuorganisation der Studienseminare: Statt bisher drei Studienseminaren wird es zukünftig nur noch ein Seminar mit zwei Standorten in München und Nürnberg geben.
- > Die Möglichkeit des Einstiegs in das Referendariat zum Halbjahr erstmalig seit Februar 2011
- > Die Kürzung der Hausarbeit auf 10 statt bisher 25 Seiten

Die Studenten nutzten die Möglichkeit Zwischenfragen zu stellen, was zu einem aufschlussreichen Informationsaustausch führte. Positives Feedback seitens der Studierenden gab es im Anschluss an den Vortrag nicht nur für die hilfreichen und ausführlichen Informationen, sondern auch für deren anschauliche Präsentation.

Kritische Worte der Professoren

Im Anschluss an den Informationsteil der Veranstaltung ergriffen Prof. Dr. Franz Bettmer (Lehrstuhl für Sozialpädagogik) und Prof. Dr. Detlef Sembill (für Wirtschaftspädagogik) die Gelegenheit für ein kurzes Grußwort. Prof. Dr. Sembill warf einen durchaus kritischen Blick auf die derzeitigen Entwicklungen in der beruflichen Bildung. Problematisch sehe er vor allem die Tendenz hin zu einer sinkenden Attraktivität des Lehrberufs im Vergleich zu den Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich den Absolventen in der freien Wirtschaft ergeben. Insbesondere in Bezug auf Fragen der Lehrerverbeamtung und der Vergütung im Re-

ferendariat forderte er die Vertreter des VLB auf, auf politischer Ebene weiterhin hartnäckig zu verhandeln. Abschließend nutzte Prof. Dr. Bettmer die Gelegenheit, die „Wichtigkeit einer Verknüpfung von Studium und Referendariat im Sinne einer ganzheitlichen Lehrerbildung“ zu betonen.

Hannah Nebel/Christina Pröpster

Schon mal zum Vormerken:

Symposium für Studenten, Referendare und Junge Pädagogen

Datum: 29. und 30. Juni 2012

Ort: Freising

Auch in diesem Jahr wird es wieder das Symposium für Studenten, Referendare und Junge Pädagogen geben. Dort gibt es interessante Vorträge, eine Podiumsdiskussion mit Vertretern des Ministeriums und des VLB sowie natürlich jede Menge Gelegenheiten Fragen zu stellen, Informationen aus erster Hand zu erhalten oder einfach nur Kontakte zu knüpfen.

Um auch den Referendaren, die ja meist Freitag noch Unterricht halten die Teilnahme zu ermöglichen, wird das Symposium inhaltlich samstags (kompletter Tag) stattfinden. Über eure Anreise bereits am Freitag würden wir uns sehr freuen, um Freitagabend gemeinsam Freising und sein Nachtleben kennen zu lernen, viele Gespräche zu führen und neue Kontakte zu knüpfen.

Die genauen Daten und das Programm werden bald feststehen und dann selbstverständlich auch in vlb-akzente veröffentlicht.



Interessierte Zuhörer bei der Infoveranstaltung in Bamberg

Aktuelle Neuerscheinungen und Neuauflagen aus Stuttgart



**Prüfungsbuch
Tiefbau/Straßenbau**
L. Röder
528 Seiten, mehrfarbig,
TB, 2012
978-3-7782-5630-5, € 24,00



Technische Mathematik für Bauberufe
W. Bläsi
376 Seiten, zweifarbig, Broschur
9., überarb. und erweiterte Auflage, 2012
978-3-7782-5600-8, € 28,80
dazu **Lösungen**
978-3-7782-5609-1, ca. € 39,20



**Prüfungsvorbereitung für
Kraftfahrzeug-Mechatroniker**
Gesellenprüfung Teil 2
M. Buding
336 Seiten, A4, mehrfarbig, mit ESI[tronic]-
Demo-3-DVD mit Lösungen, Broschur, 2012
978-3-7782-3534-8, € 19,80
Im **Paket** mit Band 1 (Gesellenprüfung Teil 1)
978-3-7782-3537-9, € 32,00



Hauswirtschaft gestalten
Dienstleistung ■ Service ■ Lebensqualität
Hrsg.: D. Simpfendörfer
264 Seiten, mehrfarbig + CD, Broschur
2., überarb. und erweiterte Auflage, 2012
978-3-7782-7400-2, € 25,60



Fachbegriffe für Medien
A. Baumstark, J. Böhringer,
P. Bühler, F. Jungwirth
276 Seiten, TB
3., überarb. und erweiterte Auflage, 2012
978-3-7782-6061-6, € 11,80



**Prüfungsbuch für
Friseurinnen und Friseure**
J. Haller, H. Nuding
460 Seiten, zweifarbig, TB
10., überarb. und erweiterte Auflage, 2012
978-3-7782-5930-6, € 19,40



Prüfungsbuch Gartenbau
H. Seipel
588 Seiten, mehrfarbig, TB
5., aktualisierte Auflage, 2012
978-3-7782-7450-7, € 24,80



Mathematik und Fachrechnen
Arbeitsbuch für die Berufsvorbereitung
U. Bechinger, M. Jurat
160 Seiten, zweifarbig, mit Abb.,
perforiert und gelocht, Broschur, A4
21. Auflage, 2011
978-3-7782-7600-6, € 19,20
dazu **Testblätter/Kopiervorlagen**
14 Seiten, A4, 21. Auflage, 2012
978-3-7782-7604-4, € 16,20
dazu **Lehrerhandbuch/Lösungen**
175 Seiten, A5, 21. Auflage, 2012
978-3-7782-7605-1, € 17,20



Verlag
Holland + Josenhans
GmbH & Co. KG
Postfach 10 23 52
70019 Stuttgart

Telefon 0711 61439-20
Telefax 0711 61439-22
www.holland-josenhans.de
verlag@holland-josenhans.de

Informationsbüros mit Verlagsausstellung

Südwest
Feuerseeplatz 2
70176 Stuttgart
Telefon 0711 61439-20
Telefax 0711 61439-22

Nord
Lademannbogen 135
22339 Hamburg
Telefon 040 53808-0
Telefax 040 53808-101

Personalien

Wir gratulieren im April ...

... zum 91. Geburtstag

Langenmayr, Hermann, 11.04.
89426 Mödingen, KV Nordschwaben
Cislak, Eduard, 21.04.
94133 Röhrnbach, KV Niederbayern-Ost

... zum 87. Geburtstag

Ritter, Christoph, 19.04.
90425 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 86. Geburtstag

Zimmermann, Charlotte, 08.04.
86825 Bad Wörishofen, KV Allgäu
Zobl, Brigitte, 23.04.
87527 Altstädten, LV Allgäu
Kölbl, Heinrich, 26.04.
94032 Passau, KV Niederbayern-Ost

... zum 85. Geburtstag

Meier, Elfriede, 26.04.
92278 Illschwang, KV Amberg-Sulzbach
Pfister, Paul, 04.04.
91301 Forchheim,
KV Bamberg-Forchheim

... zum 84. Geburtstag

Bachmann, Dr. Karl-Heinz, 11.04.
97082 Würzburg, KV Würzburg
Scheck, Manfred, 21.04.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Eger, Fritz, 24.04.
86720 Nördlingen, KV Nordschwaben
Wendlandt, Manfred, 24.04.
90419 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 83. Geburtstag

Brunner, Luise, 07.04.
82256 Fürstenfeldbruck,
KV Oberbayern-Südwest
Neumann, Hildegard, 15.04.
95478 Kemnath, KV Oberpfalz-Nord
Durner, Brigitte, 19.04.
83052 Bruckmühl, KV Rosenheim-Miesbach
Doleschal, Othmar, 27.04.
81739 München, BV München
Krauss, Wolfgang, 28.04.
91522 Ansbach, KV Mittelfranken-Süd

... zum 82. Geburtstag

Jankowsky, Gotthard, 03.04.
96450 Coburg, KV Oberfranken-Nordwest
Grauheding, Stefanie, 08.04.
63916 Amorbach, KV Untermain
Munz, Erwin, 15.04.
94436 Simbach b. Landau,
KV Oberbayern-Nordwest
Gollmitzer, Josef, 16.04.
87739 Loppinhausen, KV Nordschwaben
Vogler, Manfred, 16.04.
96317 Kronach,
KV Oberfranken-Nordwest
Brunner, Margarete, 17.04.
90453 Nürnberg,
KV Oberfranken-Nordwest
Seitz, Jutta, 23.04.
97688 Bad Kissingen, KV Augsburg
Wolf, Erwin, 23.04.
93138 Lorenzen, KV Regensburg
Betz, Karl, 27.04.
86938 Schondorf, KV Oberbayern-Südwest
Bayer, Franz, 27.04.
97437 Haßfurt, KV Main-Rhön

... zum 81. Geburtstag

Raffelt, Peter, 03.04.
86152 Augsburg, KV Augsburg
Griessmeier, Friedrich, 28.04.
97318 Kitzingen, KV Würzburg

... 80. Geburtstag

Dolling, Horst, 15.04.
95032 Hof, KV Oberfranken-Nordost
Wehrich, Georg, 29.04.
90556 Seukendorf,
KV Mittelfranken-Nord

... 75. Geburtstag

Kotz, Werner, 27.04.
87674 Ruderatshofen KV Allgäu
Meißner, Hermann, 30.04.
83435 Bad Reichenhall, KV Schwandorf
Nürnberg, Heinz, 07.04.
91744 Weiltingen, KV Würzburg
Schwaiger, Hans, 10.04.
90765 Fürth, KV Mittelfranken-Nord
Tank, Dietmar, 18.04.
85051 Ingolstadt, KV Oberbayern-Nordwest
Weisenberger, Hermann, 23.04.
97225 Zelligen, KV Würzburg

... 70. Geburtstag

Fischer, Albert, 17.04.
92318 Neumarkt-Lähr, KV Neumarkt
Führlein, Werner, 25.04.
90559 Burgthann, KV Neumarkt
Gampe, Hans, 07.04.
82229 Seefeld, KV Oberbayern-Südwest
Hieber, Werner, 24.04.
86529 Schrobenhausen,
KV Oberbayern-Nordwest
Krumm, Gerhard, 15.04.
86161 Augsburg, KV Nordschwaben
Lernet, Franz, 07.04.
86157 Augsburg, KV Augsburg
Petzoldt, Heinrich, 04.04.
91126 Schwabach, KV Mittelfranken-Süd
Richter, Benno, 03.04.
80993 München, BV München
Schmatz, Elmar, 10.04.
92431 Neunburg v.W., KV Regensburg
Tzschentke, Jürgen, 23.04.
91522 Ansbach, KV Mittelfranken-Süd
Zegarski, Rotraud, 04.04.
81927 München, BV München

... 65. Geburtstag

Achatz, Gerhard, 05.04.
93051 Regensburg, KV Regensburg
Büchler, Wilhelm, 14.04.
87700 Memmingen, KV Allgäu
Eggersdorfer, Franz, 12.04.
82383 Hohenpeissenberg,
KV Oberbayern-Südwest
Günther, Herbert, 18.04.
86477 Adelsried, KV Augsburg
Hilble, Peter, 29.04.
82491 Grainau, KV Oberbayern-Südwest
Huber, Josef, 12.04.
81379 München BV München
Kincses, Franz, 13.04.
84367 Tann, KV Niederbayern-Ost
Küffner, Reinhard, 20.04.
93309 Kelheim, KV Landshut
Maurer, Ernst, 27.04.
85057 Ingolstadt, KV Oberbayern-Nordwest
May, Bernhard, 29.04.
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön
Schendel, Elisabeth, 01.04.
84385 Eggelham, KV Niederbayern-Ost
Schmidt, Dieter, 20.04.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt

Städtler, Erna, 18.04.

91207 Lauf, KV Nürnberg

Weber, Werner, 21.04.

87561 Oberstdorf-Tiefenbach,

KV Allgäu

Zeh, Erwin, 25.04.

83043 Bad Aibling, KV Rosenheim-Miesbach

... zum 60. Geburtstag

Finkenstedt, Elisabeth, 06.04.

82362 Deutenhausen Post Weilheim, KV

Oberbayern-Nordwest

Halder, Helmut, 03.04.

86492 Egling, KV Oberbayern-Südwest

Haug, Martin, 16.04.

87527 Ofterschwang, KV Allgäu

Horn, Harald, 16.04.

86316 Friedberg, KV Augsburg

Kober, Gerold, 02.04.

97294 Unterpleichfeld, KV Main-Rhön

Kolbe, Otto, 03.04.

82284 Grafrath, KV Oberbayern-Südwest

Krohe, Walter, 12.04.

84453 Mühldorf, KV Altötting-Mühldorf

Marcus, Wolfgang, 30.04.

80997 München, BV München

Milz, Uwe, 17.04.

97084 Würzburg, KV Würzburg

Mühlegger, Ludwig, 23.04.

83530 Schnaitsee, KV Altötting-Mühldorf

Märkl, Bernd, 26.04.

93055 Regensburg, KV Regensburg

Nacke, Gerhard, 21.04.

86975 Bernbeuren, KV Oberbayern-Südwest

Oberländer, Siegfried, 20.04.

95213 Münchberg, KV Oberfranken-Nordost

Riedlbauer, Hans, 23.04.

92637 Weiden, KV Oberpfalz-Nord

Roßmann Rudolf, 29.04.

82449 Uffing, KV Oberbayern-Südwest

Schmidt-Greese, Eugen, 29.04.

89407 Lauingen, KV Nordschwaben

Stadler, Andreas, 10.04.

85435 Erding, KV Oberbayern-Nordwest

Wendland-Grunwald, Mechthild, 24.04.

87730 Bad Grönenbach, KV Allgäu

Wollny, Siegfried, 11.04.

95326 Kulmbach,

KV Oberfranken-Nordwest

Wir gratulieren im Mai ...

... zum 92. Geburtstag

Metzger, Johanna, 04.05.

82441 Ohlstadt, KV Oberbayern-Südwest

... zum 90. Geburtstag

Fritsche, Alfred, 24.05.

86152 Augsburg, KV Augsburg

Mochan, Günther, 22.05.

87640 Biessenhofen, KV Allgäu

Schrödinger, Max, 19.05.

94315 Straubing, KV Donau-Wald

... zum 88. Geburtstag

Geyer, Wilhelm, 13.05.

84034 Landshut, KV Landshut

... zum 87. Geburtstag

Kellner, Edmund, 02.05.

94315 Straubing, KV Donau-Wald

Heller, Helmut, 13.05.

80434 Landshut, KV Landshut

Seidelmann, Johanna, 17.05.

86316 Friedberg, KV Nordschwaben

Christl, Johannes, 20.05.

87656 Germaringen, KV Allgäu

Gruber, Michael, 22.05.

92318 Neumarkt, KV Neumarkt

... zum 86. Geburtstag

Böhmer, Hedwig, 02.05.

95158 Kirchenlamitz, KV Oberfranken-Nordost

Hobelsberger, Karl, 17.05.

94065 Waldkirchen, KV Niederbayern-Ost

Frieb, Herbert, 31.05.

94315 Straubing, KV Donau-Wald

Kubis, Winfried, 31.05.

92331 Parsberg, KV Regensburg

... zum 85. Geburtstag

Diersch, Hans, 12.05.

91320 Ebermannstadt, KV Bamberg-Forchheim

Riess, Helmut, 30.05.

91575 Windsbach, KV Mittelfranken-Süd

... zum 84. Geburtstag

Aulbach, Erich, 02.05.

63743 Aschaffenburg, KV Untermain

Büttner, Anneliese, 31.05.

91438 Bad Windsheim, KV Mittelfranken-Nord

... zum 83. Geburtstag

Schmid, Norbert, 05.05.

88453 Erolzheim, KV Allgäu

Kostinek, Karl, 06.05.

96049 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

Martin, Albert, 16.05.

97456 Dittelbrunn, KV Main-Rhön

Figulla, Heinz, 21.05.

92431 Neunburg v.W., KV Schwandorf

Eisenhut, Martin, 29.05.

81739 München, BV München

... zum 82. Geburtstag

Köhler, Ingeborg, 01.05.

90491 Nürnberg, KV Mittelfranken-Nord

SelectLine[®]
Kaufmännische Software

WARENWIRTSCHAFT
RECHNUNGSWESEN
LOHN & GEHALT

MQ[®]
MICROQUEST

MicroQuest - Ihr Partner in Bayern
Telefon 0800 7555333

- Kostenlose Schulversionen*
- intuitive Bedienung der Software
- einfach zu installieren
- regelmäßige Onlineschulungen
- direkte Betreuung per Fernwartung

MicroQuest Systemhaus GmbH
Sudetenlandstraße 1
85368 Moosburg a.d. Isar
www.microquest.de

*Es gilt die Lizenzvereinbarung für SelectLine Schulversionen



Schulter-Jeffre, Gertrud, 04.05.

80935 München, KV Würzburg

Schrank, Bruno, 14.05.

84036 Landshut, KV Landshut

Rohrhofer, Hubert, 15.05.

84130 Dingolfing, KV Landshut

... zum 81. Geburtstag

Hösl, Konrad, 08.05.

84034 Landshut, KV Landshut

Kerner, Gertrud, 13.05.

84034 Landshut, KV Landshut

Mack, Rudolf, 20.05.

83666 Waakirchen, KV Oberbayern-Südwest

Heinz, Elfriede, 21.05.

95445 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz

Stöhr, Gerhard, 26.05.

81825 München, BV München

... zum 80. Geburtstag

Egger, Rudolf, 02.05.

85276 Pfaffenhofen, KV Oberbayern-Nordwest

Röder, Rudolf, 05.05.

96049 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

Schmid, Walter, 14.05.

63741 Aschaffenburg, KV Untermain

... zum 75. Geburtstag

Gebhard, Helmut, 02.05.

88131 Lindau, KV Allgäu

Grützner, Norbert, 29.05.

97456 Hambach, KV Main-Rhön

Dr. Krause, Hartmut, 15.05.

91052 Erlangen, KV Bamberg-Forchheim

Reischl, Erwin, 26.05.3

85551 Kirchheim, KV Oberbayern-Nordwest

Röder, Herta, 08.05.

84503 Altötting, KV Altötting-Mühlendorf

Schober, Hermann, 13.05.

86165 Augsburg KV Augsburg

... zum 70. Geburtstag

Betzler, Adalbert, 04.05.

87700 Memmingen, KV Allgäu

Fröhlich-Kiauka, Sabine, 06.05.

A-5122 Ach / Österreich, KV Altötting-Mühlendorf

Großmann, Rainer, 07.05.

85356 Freising, KV Altötting-Mühlendorf

Hofmann, Günter, 29.05.

91126 Schwabach, KV Mittelfranken-Süd

Lindner, Sonnhild, 17.05.

87439 Kempten, KV Allgäu

Medrisch, Peter R., 07.05.

86420 Diedorf, BV München

Morhardt, Ernst, 22.05.

87740 Buxheim, KV Allgäu

Schmid, Günther, 02.05.

87700 Memmingen, KV Allgäu

Stobinski, Hans-Jürgen, 14.05.

94034 Passau, KV Niederbayern-Ost

Vollmer, Martin Karl, 10.05.

81476 München, KV Oberbayern-Südwest

Zinke, Gerhard, 12.05.

97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön

... zum 65. Geburtstag

Burger, Reinhard, 21.05.

95180 Berg KV, Oberfranken-Nordost

Gläfel, Hans-Peter, 26.05.

97288 Theilheim, KV Würzburg

Hartmann, Jochen, 16.05.

97840 Hafenlohr, KV Würzburg

Hering, Albert, 13.05.

87700 Memmingen, KV Allgäu

Kathrein, Hans, 04.05.

85057 Ingolstadt, KV Oberbayern-Nordwest

Kohler, Matthias, 09.05.

83278 Traunstein, KV Rosenheim-Miesbach

Mayr, Helmut, 13.05.

87545 Burgberg, KV Allgäu

Poidinger, Franz, 22.05.

91077 Neunkirchen, KV Mittelfranken-Nord

Scheule, Otto, 15.05.

86956 Schongau, KV Oberbayern-Südwest

Schnackig, Barbara, 07.05.

91090 Effeltrich, KV Bamberg-Forchheim

Seith, Gerhard, 15.05.

97424 Schweinfurt, KV Main-Rhön

Wagner, Walter, 22.05.

97273 Kürnach, KV Würzburg

Winkler, Johann, 10.05.

94508 Schöllnach, KV Donau-Wald

... zum 60. Geburtstag

Appel, Helmut, 05.05.

92272 Freudenberg/Asch., KV Amberg-Sulzbach

Baumgartner, Monika, 06.05.

86974 Apfeldorf, KV Oberbayern-Südwest

Cikanek, Johann, 22.05.

84028 Landshut, KV Landshut

Grob, Walter, 06.05.

86199 Augsburg, KV Augsburg

Kiermaier, Helmut, 02.05.

83530 Schnaitsee, KV Altötting-Mühlendorf

Kintopp, Ingobert, 15.05.

91369 Wiesenthau, KV Bamberg-Forchheim

Küblbeck, Antraud, 03.05.

94036 Passau, KV Niederbayern-Ost

Leimeister, Heinrich, 16.05.

63939 Wörth am Main, KV Untermain

Meier, Robert, 06.05.

89420 Höchstädt a.d. Donau, KV Nordschwaben

Miller, Franz, 20.05.

86480 Aletshausen, KV Nordschwaben

Moser, Magdalena, 30.05.

93152 Nittendorf, KV Regensburg

Pellizzari, Joachim, 03.05.

84069 Schierling, KV Regensburg

Pohling, Josef, 30.05.

89537 Giengen, KV Nordschwaben

Rothermel, Alois, 24.05.

89269 Vöhringen, KV Nordschwaben

Schiffauer, Klaus Dieter, 13.05.

82110 Germering, BV München

Seitz, Anton, 30.05.

83250 Marquartstein, KV Rosenheim-Miesbach

Stadler, Ingo, 13.05.

82362 Weilheim, KV Oberbayern-Südwest

In den Ruhestand sind gegangen ...

Gresser, Johann-Sebastian, KV Oberpfalz-Nord

Günther, Herbert, KV Augsburg

Himmelreich, Heinrich, BV München

Huber, Josef, BV München

Kühner, Maximilian, KV Nordschwaben

Larisch, Reinhard, KV Niederbayern-Ost

Lenz, Peter, KV Nordschwaben

Maurer, Ernst, KV Oberbayern-Nordwest

Mühlbauer, Norberg, KV Regensburg

Rasch, Karl, KV Allgäu

Wagner, Walter, KV Würzburg

Warmuth, Heinrich, KV Niederbayern-Ost

Wir trauern um ...

Göldner-Schneider, Anni (87), KV Neumarkt

Guggumos, Irmgard (98), KV Augsburg

Guthunz, Paul Horst (77), KV Nürnberg

Häring, Wenzl, H.H. (81), KV Oberpfalz-Nord

Kraus, Roland (67), KV Neumarkt

Weinberger, Walter (75),

KV Niederbayern-Ost

Vermischtes

Kulturwochenende des VLB-Mittelfranken:

Magdeburg, Stadt mit großer Vergangenheit

Schon auf der Reise zum Kultur-Wochenende nach Magdeburg verwöhnte uns „Reisechef“ Horst Lochner, wie bei jeder Fahrt, mit einer Schrift über die wesentlichen Ereignisse und Inhalte der kommenden Tage.

Am Anreisetag erlebten wir nachmittags eine temperamentvolle Aufführung des Musicals „Hello Dolly!“ Passend zur Faschingszeit zeigte die Darbietung heitere, fetzige Musik, temporeiche Handlung mit teilweise pompösen Garderoben und viel „Happy End“.

Der zweite Tag gehörte der Stadt Magdeburg. Ein junger Stadtführer zeigte uns die Stadt zuerst vom Bus aus und dann bei einem Spaziergang mit viel Engagement und Witz. Die Stadt wurde im Laufe der Geschichte mehrmals wesentlich zerstört, bei großen Bränden, im Dreißigjährigen und im 2. Weltkrieg. Darum ist von der historischen Altstadt nichts mehr geblieben. Große Wohnblocks am Elbeufer sind Ersatz aus DDR-Zeiten. Trotzdem gibt es noch eine schöne Altstadt mit altem Rathaus, großem altem Markt und Wahrzeichen berühmter Magdeburger. Das Reiterstandbild auf dem alten Markt stellt vermutlich Kaiser Otto den Großen bei einer seiner Ankünfte in seiner Lieblingspfalz Magdeburg dar. In der Nähe des Reiterstandbildes versteckt sich Till Eulenspiegel, der die Magdeburger häufig geneckt hatte. Einmal versprach er diesen vom Erker des Rathauses herab über den Rathausplatz zu fliegen. Als sich der Platz mit den neugierigen Magdeburgern gefüllt hatte, lachte er und zeigte allen sein entblößtes Hinterteil und begründete damit den noch heute bekannten nicht ganz stubenreinen Begriff des „Verarschens“.

Otto von Guericke war Bürgermeister von Magdeburg während des Dreißig-

jährigen Krieges. Man kennt ihn nicht nur weil er viele Bewohner Magdeburgs durch diesen Krieg rettete, auch bewies er mit Hilfe der Magdeburger Halbkugeln die Existenz des Luftdrucks, der Erdatmosphäre und des Vakuums. Ganz nebenbei entwickelte er den Wasserturm und weit vor der Erfindung des Fahrrades die dafür notwendige Kolbenluftpumpe. Ein weiterer Magdeburger lebte in der Nähe des alten Rathauses: Dr. Johann Andreas Eisenbarth, ein deutscher Wunderarzt. Aus Bayern kommend erwarb er im Jahr 1703 in Magdeburg das Bürgerrecht und führte auf Marktplätzen Star- und Gallenoperationen durch. Das auf ihn gedichtete Spottlied stellt ihn zu Unrecht als Kurpfuscher dar.

Das neuere historische Zentrum findet man am Domplatz. Hier stand eine der größten und prächtigsten Pfalzanlagen des Mittelalters, die vermutlich 1207 einem Brand zum Opfer fiel. Bis 1520 baute man den Dom in seiner heutigen Form wieder auf. Der Platz vor dem Dom genannt „Neuer Markt“ galt als wichtigster Fernhandelsmarkt der Gegend. Das Stadtschloss diente zeitweise als Wohnung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. Vor allem, wenn im Lande Krieg herrschte, war Magdeburg mit seiner hohen doppelten Stadtmauer ein sicherer uneinnehmbarer Zufluchtsort. Dem Dom gegenüber beeindruckt heute das Gebäude der Landesregierung von Sachsen-Anhalt.

Martin Luther zählt zu den wichtigsten Persönlichkeiten Magdeburgs. Als Kind wohnte er dort und besuchte das Gymnasium. Unser Stadtführer meinte, auf dem Weg zur Schule zwischen Kloster und Freudenmilieu muss ihm die Idee zur Reformation gekommen sein. Jedenfalls hielt Luther seine erste Predigt in Magdeburg und erreichte, dass diese Stadt sich zu einer Hochburg des Protestantismus entwickelte.

Auf der Stadtrundfahrt im Bus beeindruckten uns die vielen prächtigen Gebäude wie die großen Häuser des „Stalinistischen Klassizismus von 1950-53“ (von den Westdeutschen nur abwertend „Zuckerbäckerstil“ genannt). Mehrere Straßen mit herrlichen Jugendstilhäusern und Villen baute Magdeburg nach der Zerstörung im 2. Weltkrieg nach den alten Plänen auch schon in DDR-Zeiten wieder auf. Die Bürger Magdeburgs hatten sich erfolgreich gegen Gebäude im „Plattenbaustil“ gewehrt.

Vor diesen schönen Villen steht das Denkmal Friedrich Wilhelm von Steubens. Der Sohn Magdeburgs rüstete das amerikanische Heer für den Unabhängigkeitskrieg. Dafür erhielt er ein Standbild vor dem Weißen Haus in New York, dessen Kopie nun in Magdeburg steht. Den Gedanken, dass der amerikanische Präsident beim morgendlichen ersten Blick aus dem Fenster auf einen Magdeburger schaut, fand unser Stadtführer sehr beglückend! Auch der Gedanke, dass der Broadway in New York sein Vorbild im Breiten Weg, der Prachtstraße Magdeburgs sein Vorbild hatte, begeisterte ihn.



Die Reisegruppe im Innenhof vom Kloster Jerichow.

Die weitere Fahrt führte uns auf das andere Elbufer mit seinen großen Gärten, der Zitadelle, dem Gefängnis, in dem Werner von Siemens während seiner Strafverbüßung (er hatte an einem Duell teilgenommen) das Galvanisieren erfand, dem Blick auf die eiserne Hubbrücke, den gestrandeten Seitenradschlepper und vieles mehr.

Auf der Rückfahrt in die Innenstadt begegneten uns in Form von Steinfiguren die vier wichtigsten Säulen des Wohlstands in Magdeburg: Handel, Handwerk, Schifffahrt und Landwirtschaft (in der fruchtbaren Magdeburger Börde).

In der Innenstadt erwartete uns noch ein besonderes Gebäude: Die grüne Zitadelle, ein rosarotes Hundertwasserhaus mit grüner Dachbepflanzung, das eine Investorgruppe aus den Plänen des Künstlers nach seinem Tode begann und im Jahre 2005 fertig stellte.

Der Abend gehörte wieder der Kunst. Die Dreigroschenoper von Berthold Brecht mit der Musik von Kurt Weil begeisterte uns.

Der zweite Tag galt einer Fahrt in den Norden Sachsen-Anhalts. Unser erstes Ziel, das Wasserstraßenkreuz, ist ein Traum aller Ingenieure sowie Kapitäne großer Schiffe. Elbe und Mittellandkanal (einmündend in den Elbe-Havel-Kanal) kreuzen sich hier. Die weltweit längste 1km lange Trogbücke führt den Kanal über die Elbe. Unterschiedlichen Wasserhöhen zwischen Kanal und Elbe glich früher das Schiffshebewerk Rothensee aus. Heute erfüllt die seit 2003 neue Schleuse diese Aufgabe auch für Schiffe über 80 m Länge. Das Doppelhebewerk Hohenwarthe gehört ebenfalls zu diesem System. Man kann jetzt auf der Trogbücke des Mittellandkanals über die Elbe und nach Passieren der Schleusen Hohenwarthe und Nigripp auf der Elbe unter dem Kanal wieder hindurchfahren. Die DDR-Regierung scheute diesen gigantischen Ausbau, zumal sie sich das Umladen der Frachten auf den Schiffen in Dollar bezahlen ließ.

Auf der Fahrt nach Tangermünde sahen und hörten wir von der Erholung der Magdeburger Industrie. Die Produktion der weltweit größten Windkrafttröder zieht neue Arbeitskräfte an.

Tangermünde, die trutzige Residenzstadt von Karl IV, vollständig unter Denkmalschutz stehend, zeigte uns Türme, Tore sowie Häuser im norddeutschen Fachwerk- und Backsteinstil. Ein verheerender Brand zerstörte 1617 die Stadt. Grete Minde, eine mittellose Patriziertochter sollte die Schuldige sein. Sie gestand unter Folter die Tat und erlitt auf dem Scheiterhaufen die Todesstrafe. Dieser Justizirrtum reizte viele Dichter wie Theodor Fontane zur literarischen Aufarbeitung. Unser Mittagessen erhielten wir Lehrersleut im alten Schulhaus im ersten Stock, der Wohnung des Schulmeisters. Von Spitzen und Plüsch umgeben verspeisten wir „Schuhsolen“,

„Feuertöpfe“ und andere landestypische Köstlichkeiten. Der Nachmittag gehörte dem ältesten spätromanischen Backsteinbau der Altmark, dem Kloster Jerichow. Prämonstratenser erbauten die Anlage im 12. Jahrhundert aus vor Ort gefertigten Backsteinen. In verschiedenen Etappen entstanden besticht die Basilika durch klare, harmonische Proportionen. Ziel der Klostergründung sollte die Christianisierung der slawischen Bevölkerung östlich der Elbe sein.

Zum Schluss gebührt unser Dank Horst Lochner und seiner Frau für die sehr gute Wahl, Vorbereitung und Begleitung dieser Reise nach Magdeburg.

Ursula Völker

Bücher / Medien

Titel: Geschichte der Berufsschule Pfaffenhofen Teil II

Autor: Willihard Kolbinger

Herausgeber: Landratsamt Pfaffenhofen

Preis: Band II: 15,00 Euro

Bezugsquelle: Willihard Kolbinger, Königsberger Str. 6, 85276 Pfaffenhofen, Tel.: (08441) 2048

Die Berufsschulen kann man zu den jüngsten Kindern der deutschen und der bayerischen Schulgeschichte zählen. Berufsschulen unseres Verständnisses entstanden erst in den Jahren nach 1933, als sich das Dritte Reich, in Bezug auf die Pflichtbeschulung der Lehrlinge und Jungarbeiter/innen, über alle gesellschaftlichen und politischen Streitereien der Weimarer Republik hinwegsetzte. Da der 2. Weltkrieg Schulentwicklungen verhinderte, konnten die Jugendjahre der beruflichen Schulen erst nach 1945 beginnen.

Teil II der Geschichte der Pfaffenhofener Berufsschule, geschrieben von ihrem ehemaligen Schulleiter Willihard Kolbinger, liegt nun vor. Die umfangreiche Arbeit schließt inhaltlich und zeitlich an den Teil I an, der 2009 herausgegeben worden war. Band II zeigt am nahe liegenden Beispiel, wie in Pfaffenhofen 1936 die erste Verbandsberufsschule entstand und wie sie unter dem Nationalsozialismus arbeiten konnte und musste. In mehreren Kapiteln werden die sich ständig ändernden rechtlichen Vorschriften, die Schüler- und Klassenzahlen, Lehrer, Mitarbeiter, Schulleiter und die Verbindungen der Schule zur Politik, zu den vorgesetzten Be-

hörden und zur Wirtschaft dargestellt. Die Tonangabe der Wirtschaft in Berufsschulfragen war dem Autor ein besonderes Anliegen. Die Unterrichtszeiten an Berufsschulen vermindern die Arbeitszeiten der Lehrlinge in den Betrieben, weshalb die Arbeitgeberverbände all ihren Einfluss in Berufsschulfragen geltend machen.

Die Einführung der Berufsgrundbildung und die sog. Atomisierung der Berufsbilder zwang den Berufsschulen schwierigste Klassenformen auf. Ständig neue Fachklassenbildungen sind von kleineren Schulen nicht zu bewältigen und führen weiterhin zu Abteilungs- oder gar Schulauflösungen. Um diesen Gefahren zu entgehen, betrieb Pfaffenhofen Schüleraustausch mit Mainburg und Dachau. Der Charakter der Berufsschule als letzte allgemeinbildende Pflichtschule für die meisten jungen Menschen wird aber mehr und mehr zugunsten der Ausbildung von sofort einsatzfähigen Spezialfacharbeitern verändert.

Alle historischen Stationen dieser Entwicklung und die schulpolitischen Schritte dazu sind eingehend dargestellt: Verbandsberufsschule, Kreisberufsschule, Staatliche Berufsschule. Dem Sonderweg der Landwirtschaftlichen Berufsschule wurde ein eigenes Kapitel gewidmet.

Die nach der Verstaatlichung einsetzende Neuordnung aller bayerischen Berufsschulen hat zur Bildung immer neuer Sprengel und zu großen Sprengelstreitereien vor allem mit Ingolstadt geführt. Diese ‚wilden Jahre‘ waren zu einer großen Belastung für die Schulleitungen geworden. Dazu kamen die Ausweitungen der Berufsschulen in die Höheren Beruflichen Schulen



Stadt Augsburg

Wir suchen für unsere beruflichen Schulen zum Schuljahresbeginn 2012/2013

Lehrkräfte (m/w)

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen für die Fachrichtung

- Bautechnik mit Zweitfach, möglichst Deutsch oder Physik
- Metalltechnik, möglichst mit Schwerpunkt Anlagenmechanik, Sanitär/Heizung/Klimatechnik, Mechatronik, Industriemechanik oder Zerspanungstechnik

Ferner suchen wir mehrere

Diplomhandelslehrer (m/w)

(Reichslesche Wirtschaftsschule, Berufsschule IV, Berufsschule V)

mit beliebigem Zweitfach, Englisch bevorzugt.

Detaillierte Informationen über die Aufgabenbereiche und die Bewerbungsmodalitäten, die Bestandteil dieser Stellenausschreibung sind, entnehmen Sie bitte dem Internet unter www.augsburg.de in der Rubrik Stellenangebote.

wie BOS und BAS. Die Probleme der Hauptschulen, deren Aufwertung über Quali und Quabi bis zur Mittleren Reife, wirkten unmittelbar in das Berufsschulwesen hinein und mussten dargestellt werden. Der gegenwärtige Versuch, unsere BOS 2012 um eine FOS zu ergänzen, um eine geschlossene BOB (Berufliche Oberschule Bayern) in Pfaffenhofen anbieten zu können, wird untermauert. Das Buch erinnert auch daran, dass die Berufsschule Pfaffenhofen viele Jahre die VHS und die Kreisbildstelle verantwortlich betrieben hat.

Berufsschulen werden häufig nur als notwendiges Übel betrachtet. Kolbinger wollte mit den zwei Bänden Berufsschulgeschichte die Verzahnung dieses Schultyps mit der Politik, der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Bevölkerung in ein angemesseneres Licht rücken.

Da dieses Buch immer in die bayerische Gesamtentwicklung eingebunden wurde, kann es als exemplarisch für andere Berufsschulen angesehen werden.

Titel: Vermittlung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen in technischen Berufen

Autor: Ralf Tenberg

ISBN: 978-3-515-09879-3

Preis: 24,00 Euro

Verlag: Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2011

Rezensent: Heiko Pohlmann

„Theorie und Praxis der Technikdidaktik“, so lautet der Untertitel zu dem Buch. In seiner „Einführung“ schreibt der Autor, dass der Vorläufer dieses Lehrbuches die „Didaktik lernfeld-

strukturierten Unterrichts“ ein erster Versuch war, das Lehrplankonzept, das sich an „Lernfeldern“ orientiert, didaktisch zu hinterlegen. Inzwischen werden, so der Autor, das Lernfeldkonzept nicht mehr in Frage gestellt, ein Paradigmenwechsel von der Lernzielorientierung zur „Outcomeorientierung“ habe stattgefunden, hingegen habe innerhalb der Handlungsorientierung die Orientierung an Kompetenzen noch nicht den richtigen Stellenwert erhalten. Ferner sei wichtig, das „Alte“, die Orientierung an der Wissenschaftlichkeit, an systematischem Wissen oder an Lernzielen mit dem „Neuen“, der Handlungs- oder Kompetenzorientierung zu verbinden und als zwingende Einheit aufzufassen. Dazu wurde ein „Kompetenz-Konzept“ entwickelt, das wissenschaftlich haltbar und konsequent didaktisch handhabbar ist und sich speziell mit der Technikdidaktik befasst.

Das Buch ist in acht Bereiche unterteilt, die alle mit Erschließungsfragen eingeleitet werden. Die ersten vier befassen sich mit den Kompetenzen und deren Erwerb, während in den folgenden Kapiteln der Bezug zum Unterricht, dessen Planung und Evaluation vorgestellt werden. Das erste Kapitel befasst sich ausführlich mit den zugrundeliegenden Begriffsdefinitionen, die sich aus der Didaktik, der Fachdidaktik und der Technik mit ihrer Didaktik ergeben, wobei geschichtliche Entwicklungen deutlich werden. Das zweite geht den verschiedenen Definitionen und Konzepten zur Kompetenz- und Handlungsorientierung mit verschiedenen wissenschaftliche Begründungen und Erklärungen auf den Grund. Vermisst werden muss hier aber ganz deutlich der Bezug zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR), der bestimmte Kom-

petenzen vorgibt, die ab dem Jahre 2012 in Deutschland verbindlich werden. Ab Kapitel drei wird ein technikkdidaktisches Prozessmodell vorgestellt, das anschließend konkretisiert wird. Die zentralen Theorien über berufliche Kompetenzen und deren Entwicklung bilden dazu den Einstieg. Entlang eines didaktischen Prozessmodells wird die Vermittlung der Kompetenzen genauer erläutert, wobei auch die Probleme angeschnitten werden, die sich zwischen Berufsschule und Betrieb im Rahmen der Handlungsorientierung ergeben. Lehrpläne bilden die Grundlage für den berufsschulischen Unterricht, Ausbildungspläne gelten für die betriebliche Unterweisung.

Übertragen auf den berufsschulischen Unterricht bedeutet das, dass die Schüleraktivität deutlich im Vordergrund steht, damit die Schüler sich ihr Wissen individuell konstruieren können. Die sich daraus ergebenden Unterrichtskonzepte werden ausführlich vorgestellt, auch die sich daraus ergebenden Formen der Unterrichtsvorbereitungen und -durchführungen. Das Buch schließt mit einem Kapitel zur Unterrichtsevaluation, in dem festgestellt wird, dass der Gesamtansatz die Evaluation als wichtiges Element für ein reflexives und damit auf Weiterentwicklung ausgerichtetes didaktisches Handeln vorsieht.

Insgesamt handelt es sich um ein Werk, das sowohl für Studierende als auch für etablierte Lehrer an beruflichen Schulen wichtige Hinweise zur Theorie und Praxis des Technikunterrichts enthält.

HERAUSGEBER

Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
im VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Martin Ruf
Nussbaumweg 9
97084 Würzburg
E-mail: ruf@vlb-bayern.de
Tel.: 09 31/66 14 15
Fax: 09 31/6 60 72 91

Günther Schuster
Remigius-Vollmann-Str. 4 b
89257 Illertissen
E-Mail: schuster@vlb-bayern.de
Tel.: 0 73 03/91 90 25
Fax: 0 73 03/91 90 26

ANZEIGENBETREUUNG

Glückstat Marketing & Kommunikation
Andrea Henkel
Sterzinger Str. 3
86165 Augsburg
E-Mail: anzeigenbetreuung@vlb-bayern.de
Tel.: 08 21/4 50 40 33-33
Fax: 08 21/4 50 40 33-20

ANZEIGENVERWALTUNG

Andrea Götzke
Telefon: 0 89/59 52 70
Telefax: 0 89/5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

DRUCK

Schleunungsdruck GmbH
Eltertstraße 27, 97828 Markttheinfeld
Telefon: 0 93 91/6 00 50

ERSCHEINUNGSWEISE / BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.
Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„vlb-akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.
ISSN Nr. 1867-9161

Nachrichtliches

Tarifliche Ausbil- dungsvergütungen 2011: Azubi-Gehälter legen deutlich zu

708 € brutto im Monat verdienten die Auszubildenden 2011 durchschnittlich in Westdeutschland. Die tariflichen Ausbildungsvergütungen erhöhten sich um 2,9 % und damit stärker als im Jahr 2010 mit 1,3 % In Ostdeutschland stiegen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2011 sogar um 4,9 % auf durchschnittlich 642 € im Monat - und somit ebenfalls deutlich mehr als im Jahr zuvor (2,9 %). Der Abstand zum westlichen Tarifniveau hat sich weiter verringert: Im Osten werden jetzt 91 % der westlichen Vergütungshöhe erreicht (2010: 89 %). Für das gesamte Bundesgebiet lag der tarifliche Vergütungsdurchschnitt 2011 bei 700 € pro Monat und damit um 3,2 % über dem Vorjahreswert von 678 €. Zu diesen Ergebnissen kommt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in der Auswertung der tariflichen Ausbildungsvergütungen für das Jahr 2011.

Ermittelt wurden die durchschnittlichen Vergütungen für 185 Berufe in West- und 150 Berufe in Ostdeutschland. In diesen Berufen werden 89 % der Auszubildenden ausgebildet. Zwischen den Ausbildungsberufen gibt es jedoch erhebliche Unterschiede in der Vergütungshöhe. So waren 2011 in den Berufen des Bauhauptgewerbes (zum Beispiel Maurer/Maurerin) hohe Ausbildungsvergütungen vor allem in Westdeutschland tariflich vereinbart: Sie lagen dort mit durchschnittlich 943 € pro Monat noch deutlich höher als in Ostdeutschland mit 750 €. Ebenfalls hoch waren die Vergütungen beispielsweise in den Berufen Mechatroniker/Mechatronikerin (West: 868 €, Ost: 847 €) und Industriemechaniker/Industriemechanikerin (West: 865 €, Ost: 826 €); die Ost-West-Abweichungen fielen hier wesentlich geringer aus. Einheitlich hohe Vergütungen in West- und Ostdeutschland waren zum Beispiel in den Berufen Medientechnologe/Medientechnologin Druck mit jeweils 885 € sowie Kaufmann/Kauffrau für Versicherungen und Finanzen mit jeweils 853 € zu verzeichnen.

Eher niedrige Ausbildungsvergütungen wurden dagegen zum Beispiel in den Berufen Tischler/Tischlerin (West: 543 €, Ost: 433 €), Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin (West und Ost: 528 €), Bäcker/Bäckerin (West: 500 €,

Ost: 463 €), Florist/Floristin (West: 460 €, Ost: 312 €) und Friseur/Friseurin (West: 456 €, Ost: 269 €) gezahlt.

Bei den ermittelten berufsspezifischen Durchschnittswerten ist jedoch zu beachten, dass häufig auch im gleichen Beruf die tariflichen Ausbildungsvergütungen je nach Branche und Region erheblich voneinander abweichen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die tariflichen Ausbildungsvergütungen nur in der betrieblichen Ausbildung gelten. In der aus öffentlichen Mitteln finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung erhalten die Auszubildenden in der Regel erheblich niedrigere Vergütungen, die hier nicht mit einbezogen sind.

Insgesamt verteilen sich die tariflichen Ausbildungsvergütungen in den untersuchten Berufen im Jahr 2011 wie folgt: In Westdeutschland bewegten sich die Vergütungen für 59 % der Auszubildenden zwischen 500 und 799 €. Weniger als 500 € erhielten 3 % der Auszubildenden, 800 € und mehr gingen an 38 % der Auszubildenden. In Ostdeutschland waren für 51 % der Auszubildenden Vergütungen von 500 bis 799 € zu verzeichnen. Unter 500 € lagen die Vergütungen für 27 % der Auszubildenden, 22 % erhielten eine Vergütung von 800 € und mehr.

Auch zwischen den Ausbildungsbereichen bestanden 2011 in West- und Ostdeutschland deutliche Unterschiede. Überdurchschnittlich hohe Ausbildungsvergütungen wurden in Industrie und Handel (West: 781 €, Ost: 701 €) und im Öffentlichen Dienst (West und Ost: 760 €) erreicht. Unter dem Gesamtdurchschnitt lagen dagegen die Vergütungen im Handwerk, bei den Freien Berufen und in der Landwirtschaft. Zu berücksichtigen ist hier allerdings, dass insbesondere in den Bereichen Industrie und Handel sowie Handwerk die Vergütungen zwischen den einzelnen Berufen stark differieren.

Das BIBB errechnet auch die Vergütungsdurchschnitte für die weiblichen und männlichen Auszubildenden: Danach kamen 2011 in Westdeutschland die männlichen Auszubildenden auf durchschnittlich 721 €, die weiblichen auf 688 €. In Ostdeutschland betrug der tarifliche Durchschnittswert für männliche Auszubildende 658 € und für weibliche 614 €. Die abweichenden Vergütungsdurchschnitte erklären sich dadurch, dass junge Frauen häufiger in Berufen mit einer eher niedrigeren Ausbildungsvergütung anzutreffen sind als junge Männer.

Bei allen Beträgen handelt es sich jeweils um die durchschnittlichen tariflichen Vergütungen während der gesamten Ausbildungszeit. Für die einzelnen Ausbildungsjahre ergeben sich für 2011 folgende Werte: In Westdeutschland betragen die Vergütungen im 1. Ausbildungsjahr

durchschnittlich 633 €, im zweiten 703 € und im dritten 785 € pro Monat. In Ostdeutschland beliefen sich die Ausbildungsvergütungen im 1. Ausbildungsjahr auf durchschnittlich 571 €, im zweiten auf 642 € und im dritten auf 706 € pro Monat.

Dietmar Leischner

Bildungssysteme in Europa

Das Buch enthält eine Zusammenstellung der Bildungssysteme von 34 europäischen Staaten. Die Texte über die Bildungsgänge (Schulen) mit je einer graphischen Darstellung zur Struktur des jeweiligen Bildungs-systems sind übersichtlich und vergleichbar gegliedert.



Broschüre mit 156 Seiten Text incl. 34 graphischen Darstellungen
Format DIN A 5, ISBN 978-3-925547-45-4, Sonderpreis: 5,- Euro

Verlag VLB e.V., Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (089) 59 52 70, E-Mail: info@vlb-bayern.de

Südkärntner Seen

Baden-Wandern-Segeln-Heidelb.-
Pilze. Ausfl. nach Venedig & Verona.
Alleinstehendes **Einfamilienhaus**,
herrliche und sehr ruhige Lage nahe
Presseggersee, Telefon 0 73 03/62 07,
E-Mail: aundbmueller@web.de

Autorenverzeichnis

Bonz, Bernhard

Paracelsusweg 17, 75378 Bad Liebenzell,
Tel.: (07052) 1392

Dietrich, Hans

VLB-Referent FOS/BOS,
Postfach 1234, 95011
Hof, Tel.: (09281) 766130

Dr. Fußstetter, Hermann

Unghauser Str. 33, 84489 Burghausen,
Tel.: (08677) 63820

Greubel, Manfred

VLB-Referent Bildungspolitik
Händelstr. 25, 90751 Schwaig,
Tel.: (0911) 500041

John, Randolph

VLB-Referent Wirtschaftsschule
WS, Westendstr. 6c, 83043 Bad Aibling,
Tel.: (08061) 495200-0

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Landvorsitzender und
VLB-Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: (09363) 5278

Liebel, Alexander

stellvertr. VLB-Landvorsitzender
BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg,
Tel.: (0911) 231-3948

Reemtsma, Ralph

WS, Eilgutstraße 10, 90443 Nürnberg;
Tel.: (0911) 23071-0

Schiffelholz, Winfried

BS, Neudegger Allee 7, 86609 Donau-
wörth, Tel.: (0906) 70602-70

Völker, Horst

Peter-Vischer-Str. 29, 91207 Lauf a. d.
Pegnitz, Tel.: (09123) 98 95 44

Westenthanner, Josef

stellvertr. VLB-Landvorsitzender
BS; Am Lurzenhof 5, 84036 Landshut,
Tel.: (0871) 9523-600

Wegmann, Claudia

BOS, Claußweg 10, 87700 Memmingen,
Tel.: (08331) 953040

Pressemitteilung des VLB:

Der VLB unterstützt die geplante zukunftsorientierte Neuausrichtung der bayerischen Wirtschaftsschule

Seit Oktober 2010 wurde unter der Federführung des Kultusministeriums in einem intensiv geführten Diskussionsprozess mit zahlreichen Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Bildung sowie der Eltern und der Vertreter aus den Schulen die curriculare Neukonzeption der bayerischen Wirtschaftsschule erarbeitet.

Im Rahmen der Arbeitstagung „Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schule“ stellte das Kultusministerium die geplanten Reformmaßnahmen (neue Stundentafel, Stärkung der mathematischnaturwissenschaftlichen Kompetenzen, die didaktisch-methodische Weiterentwicklung der Übungsfirmenarbeit, Prüfungsfächer) vor. Vor dem Hintergrund gravierender demografischer Umwälzungen, der Veränderung in den Arbeitsprozessen, der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft sowie den gestiegenen Anforderungen in weiterführenden Schulen betrachtet der VLB die besprochenen Reformmaßnahmen als einen gelungenen Beitrag auf dem Weg zu einer zukunftsorientierten Neukonzeption der bayerischen Wirtschaftsschule.

Zur Sicherung des Reformprozesses fordert der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB) ...

- > Die zeitnahe Umsetzung der Lehrplanarbeit unter Beteiligung erfahrener Kolleginnen und Kollegen
- > Die Beschäftigungssicherung der Lehrkräfte für Textverarbeitung
- > Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen durch spezielle Fortbildungsmaßnahmen im Hinblick auf die neuen Lehrpläne Erstellung von Handreichungen und Lehrmaterialien zur zeitnahen Umsetzung der Lehrplaninhalte.